

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Herausgegeben vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
Direktoren: Holger Fleischer, Ralf Michaels und Reinhard Zimmermann

Die Schriftenreihe *Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht (StudIPR)* wurde 1980 gegründet. Als Äquivalent zur Reihe BtrIPR befasst sich die Reihe *StudIPR* mit allen Themen aus den Aufgabengebieten des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht und versammelt vor allem herausragende Dissertationen, aber auch Sammelbände verschiedenster Art, so zum Beispiel die Ergebnisse von Symposien, etwa zur Reform des Internationalen Privatrechts oder zur empirischen Rechtsforschung.

Ansprechpartnerin:

Dr. Julia Caroline Scherpe-Blessing, LL.M. (Cantab)

Programmleitung Privatrecht, Strafrecht, Verfahrensrecht

ISSN: 0720-1141 - Zitiervorschlag: StudIPR

Stand: 26.10.2020. Preisänderungen vorbehalten.

Jetzt bestellen:

https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/studien-zum-auslaendischen-und-internationalen-privatrecht-studipr?no_cache=1
order@mohrsiebeck.com

Telefon: +49 (0)7071-923-0

Telefax: +49 (0)7071-51104

Ergöen, Onur

Das türkische Schiedsrecht und die Rolle der türkischen Gerichte in der internen und internationalen Schiedsgerichtsbarkeit

Mit vergleichenden Erörterungen zum deutschen und schweizerischen Recht

2021. Ca. 540 Seiten.
erscheint im Dezember

ISBN 9783161547836
fadengeheftete Broschur ca. 80,00 €

ISBN 9783161547843
eBook PDF ca. 80,00 €

Die private Schiedsgerichtsbarkeit kommt in einigen prozessualen Bereichen nicht ohne Mitwirkung der staatlichen Gerichte aus. Das Hauptthema des Buches bildet die vergleichende Betrachtung des neuen türkischen Rechts der internen und internationalen privaten Schiedsgerichtsbarkeit im Hinblick auf die Rolle der staatlichen Gerichte im schiedsrichterlichen Verfahren bis zum Erlass des Schiedsspruchs. Onur Ergöen behandelt die Einzelprobleme des türkischen Schiedsrechts aus der Sicht des türkischen Richters unter Bezugnahme auf die Rechtsgrundlagen. Er analysiert das neue türkische Schiedsrecht in systematischer Sicht und versucht somit zur Gerichtspraxis zum neuen Recht nach der Reform des Zivilprozessrechts im Jahr 2011 beizutragen. Bei der Lösung der Einzelprobleme des neuen türkischen Schiedsrechts werden die schweizerische und deutsche Literatur und Rechtsprechung herangezogen.

Aleiner, Leonid

Unternehmensrechtliche Selbstregulierung und ihre Erfolgsbedingungen

Eine rechtsökonomische, -soziologische und -vergleichende Untersuchung unter Berücksichtigung übernahme- und insiderrechtlicher Regelungen in Deutschland und dem Vereinigten Königreich sowie des DCGK

2021. Ca. 220 Seiten.
erscheint im März

ISBN 9783161592898
fadengeheftete Broschur ca. 50,00 €

ISBN 9783161592904
eBook PDF ca. 50,00 €

Der klassische Gesetzgeber begegnet auf dem Feld des Unternehmensrechts einer starken Verlagerung der Regulierung vom staatlichen Recht zu einer Regelsetzung durch private Akteure. Wie kann der staatliche Regelgeber – derart herausgefordert – sich das Instrumentarium privaten Rechts erfolgreich zunutze machen? Und welche Voraussetzungen müssen für einen effektiven Einsatz autoregulativer Elemente erfüllt sein? Wie sind dabei die notwendige Akzeptanz und Befolgung von Selbstregulierung durch die Marktteilnehmer zu erreichen? Leonid Aleiner plädiert für einen planvollen gesetzgeberischen Umgang mit privater Rechtsetzung und ihre bewusste Implementierung in das allgemeine Regulierungsgefüge. Die Ideengeschichte der Selbstregulierung und die interdisziplinären Erklärungen für ihre Wirkungsweise offenbaren dabei ihre Vorzüge sowie Risiken und zeigen insbesondere ihre Abhängigkeit von außerrechtlichen, sozialen und ökonomischen Faktoren.

Gubenko, Elena

Die Abgrenzung des Erbstatuts vom Sachstatut in der EuErbVO

Im Rahmen internationaler Erbfälle überschneiden sich die Regelungsbereiche des Erbstatuts und des Sachstatuts, was zu kollisionsrechtlichen Konflikten führt. Insbesondere stellt sich die Frage, wie fremde dingliche Rechte, die durch ein ausländisches Erbstatut angeordnet werden, im Inland behandelt werden sollen. Elena Gubenko analysiert in diesem Zusammenhang die Wirkungen eines vom Erbstatut angeordneten Vindikationslegats sowie des dinglich wirkenden Nießbrauchs in Deutschland. Ferner untersucht sie, wie diese dinglichen Rechte im Europäischen Nachlasszeugnis und im deutschen Erbschein abzubilden sind. Dabei arbeitet die Autorin heraus, dass die GBO und das IntErbRVG nach dem Urteil des EuGH in der Sache Kubicka nicht mit höherrangigem europäischem Recht vereinbar sind und macht Änderungsvorschläge.

2021. Ca. 340 Seiten.
erscheint im Januar

ISBN 9783161593666
fadengeheftete Broschur ca. 60,00 €

ISBN 9783161593673
eBook PDF ca. 60,00 €

Ziereis, Marie-Therese

Die Staatensukzession im Internationalen Privatrecht

Welche Auswirkungen haben Staatensukzessionen auf das anwendbare Recht? Ausgehend von den Begriffen des Staates und der Staatensukzession sowohl im Völkerrecht als auch im Internationalen Privatrecht untersucht Marie-Therese Ziereis diese Fragestellung. Dabei analysiert sie, wie mit ortsbezogenen Verweisungen umzugehen ist, die sich auf ein von einer Staatensukzession betroffenes Gebiet beziehen, und welche Folgen sich für Anknüpfungspunkte wie etwa die Staatsangehörigkeit ergeben können. Ebenso klärt die Autorin Fragen auf Ebene des Sachrechts, z.B. ob die Völkerrechtswidrigkeit einer Sukzession ein Eingreifen des ordre public erfordert, wie mit Handeln unter nicht mehr bestehendem Recht umzugehen ist oder wie mit durch Staatensukzessionen bedingten Rückwirkungen zu verfahren ist.

2021. Ca. 290 Seiten.
erscheint im Januar

ISBN 9783161597947
fadengeheftete Broschur ca. 55,00 €

ISBN 9783161597954
eBook PDF ca. 55,00 €



Bremenkamp, Fernanda Luisa

Rechtliche Governance von Zulieferverträgen

Eine vergleichende Untersuchung in der Automobilindustrie zum deutschen, italienischen und englischen Recht

2020. Ca. 350 Seiten.
erscheint im November

ISBN 9783161593895
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161593901
eBook PDF 64,00 €

Moderne Zulieferbeziehungen in der Automobilindustrie sind paradigmatisch für komplexe Langzeitbeziehungen. Aus dem Langzeitcharakter, der Notwendigkeit enger Kooperation – auch innerhalb eines Netzwerks – und aus daraus resultierender gegenseitiger Abhängigkeit entstehen Spannungsverhältnisse, für die in Unkenntnis der künftigen Entwicklung angemessene Regelungen zu treffen sind. Die Problemkreise des Fehlerrisikos, der Vertragsbeendigung sowie des Schutzes geistigen Eigentums und Know-hows untersucht Fernanda Luisa Bremenkamp unter Einbeziehung des Rechts der Europäischen Union für die englische, die italienische und die deutsche Rechtsordnung. Auf Grundlage einer detaillierten Analyse des jeweiligen rechtlichen Rahmens, der Rechtsprechung und der Standard-Einkaufsbedingungen mehrerer großer Automobilhersteller verknüpft sie nationale Dogmatiken, moderne Privatrechtstheorie und Vertragspraxis. Dabei arbeitet sie die übergreifenden Strukturen privater und staatlicher Regelsetzung heraus.

Dregelies, Max

Territoriale Reichweite von Unterlassungsansprüchen

Eine Studie mit Schwerpunkt im deutschen und europäischen Persönlichkeits- und Immaterialgüterrecht

Band 454
2020. XXIV, 293 Seiten.
erscheint im November

ISBN 9783161597664
fadengeheftete Broschur 59,00 €
ISBN 9783161598111
eBook PDF 59,00 €

In einer globalisierten Welt beschränken sich Streitigkeiten häufig nicht mehr auf das Territorium eines Staates. Durch den internationalen Handel, insbesondere aber das Internet, werden immer mehr private Konflikte auch über die Staatsgrenzen hinaus geführt. Von besonderer Bedeutung sind hier die persönlichkeits- und immaterialgüterrechtlichen Unterlassungsansprüche, konsumieren wir doch Medien aus allen Teilen der Welt. Dabei steht der Schutz der Persönlichkeitsrechte immer im Konflikt mit der Meinungs- und Pressefreiheit – und dieser Konflikt wird innerhalb der EU sehr unterschiedlich gelöst. Wie weit reichen nationale Unterlassungsansprüche in internationalen Konflikten? Max Dregelies erörtert diese Frage und setzt dabei die Schwerpunkte auf das Internationale Zivilprozessrecht sowie das Internationale Privatrecht.

Rudert, Adrian

Der Konflikt zwischen Sicherungsnehmer und Vollstreckungsgläubiger

Eine rechtsvergleichende Studie zu Sicherungseigentum nach deutschem und security interest nach kanadischem Recht

Band 453
2020. XXI, 299 Seiten.
erscheint im November

ISBN 9783161597718
fadengeheftete Broschur 59,00 €
ISBN 9783161598104
eBook PDF 59,00 €

Wie gelingt es einem Sicherungsnehmer, sich den Verwertungs- und Befriedigungsvorrang an einer schuldnerischen Sache gegenüber anderen Gläubigern – namentlich Vollstreckungsgläubigern – zu sichern? Wie können Vollstreckungsgläubiger ihrerseits einen Vorrangstatus erwerben? Und wie koordiniert eine Rechtsordnung konfligierende Rechtspositionen an einem körperlichen Vermögensgegenstand des Schuldners? Adrian Rudert widmet sich diesen Fragen aus rechtsvergleichender Perspektive. Dabei stellt er dem Sicherungseigentum nach deutschem Recht als publizitätsloser Vollrechtsübertragung das security interest nach kanadischem Recht als hypothekarisch ausgestaltete und in einem digitalen Register publizierte Vorrangposition gegenüber. Im Anschluss an den komparativen Teil der Arbeit untersucht er die Vorzüge und Nachteile der jeweiligen Konfliktlösungsansätze.

Cejka, Jaroslav

Kollisionsrechtliche Probleme grenzüberschreitender Überweisungen

Ein Beitrag zur Diskussion um die akzessorische Anknüpfung



Band 452
2020. XXII, 365 Seiten.
erscheint im November

ISBN 9783161594274
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161594281
eBook PDF 69,00 €

Eine grenzüberschreitende Überweisung besteht regelmäßig aus einer Kette von Giroverhältnissen, die vom Überweisenden über eine oder mehrere Banken bis zum Überweisungsempfänger reicht. Bei einer fehlerhaften Ausführung der Überweisung stellt sich zum einen die Frage nach der Rückgewähr des Überweisungsbetrags. Zum anderen ist zu klären, ob und auf welche Weise dem Überweisenden etwaige Folgeschäden ersetzt werden müssen. Traditionellerweise wird das anwendbare Recht für jeden bilateralen Girovertrag in der Überweisungskette gesondert ermittelt, wodurch Normenwidersprüche entstehen können. Jaroslav Cejka setzt sich mit der Fragestellung auseinander, ob dieser segmentbezogene Ansatz im internationalen Überweisungsrecht interessengerecht ist, oder ob der sachliche Zusammenhang der einzelnen rechtlichen Glieder einer Überweisung es erfordert, eine einzige Rechtsordnung auf den gesamten Überweisungsvorgang anzuwenden.

Bornheim, Jan Jakob

Property Rights and Bijuralism

Can a Framework for an Efficient Interaction of Common Law and Civil Law Be an Alternative to Uniform Law?

Band 451
2020. XXXVII, 554 Seiten.

ISBN 9783161591686
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161591693
eBook PDF 89,00 €

Das kanadische Zivilrecht bewahrt das englische und das kontinentaleuropäische Erbe. Jan Jakob Bornheim weist nach, dass eine effiziente Koexistenz der beiden Rechtssysteme möglich ist und zeigt Alternativen zur Rechtsvereinheitlichung im Einheitsstaat auf.

Diehl, Yannick

Die Dogmatik der »Berücksichtigung« im Internationalen Deliktsrecht

Zu Art. 17 Rom II-VO

Band 450
2020. XVIII, 218 Seiten.

ISBN 9783161596551
fadengeheftete Broschur 54,00 €

ISBN 9783161596568
eBook PDF 54,00 €

Im internationalen Deliktsrecht kommt es immer wieder zu Friktionen, wenn das anwendbare Recht nicht dem Recht des Ortes der schädigenden Handlung entspricht. Der maßgebliche haftungsbegründende Verhaltensmaßstab ist für den Schädiger, der sich im Regelfall am Recht des Handlungsortes orientiert, in solchen Konstellationen nur schwer vorherzusehen. Der europäische Ordnungsgeber hat daher mit Art. 17 Rom-II-VO eine Norm geschaffen, die die »Berücksichtigung« von Sicherheits- und Verhaltensregeln des Handlungsortes unabhängig vom anwendbaren Recht allgemein anordnet. Diese »Berücksichtigung« statutsfremder Regeln ist ein Fremdkörper im hergebrachten Methodengefüge des kontinentalen IPR. Vor diesem Hintergrund untersucht Yannick Diehl Möglichkeiten zur Entwicklung einer tragfähigen dogmatischen Untermauerung der bisher zu großen Teilen diffus gebliebenen Rechtsfigur.

Guedjev, Lubomir N.

Das Internationale Familienrecht Bulgariens

Band 449
2020. XXXIX, 519 Seiten.

ISBN 9783161590245
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161590252
eBook PDF 84,00 €

Das Internationale Familienrecht Bulgariens ermöglicht den Ehegatten erstmalig die Wahl eines Rechts, welches ihre güterrechtlichen Beziehungen am besten widerspiegelt, sei es hinsichtlich ihres gesamten oder auch nur eines Teils ihres vorhandenen Vermögens. Besondere Probleme bei der Güterrechtswahl entstehen, wenn sie zu einem Statutenwechsel führt. Lubomir N. Guedjev geht der Frage nach, wie in einem solchen Fall die Transponierung von dem Alt- in den Neugüterstand zu erfolgen hat. Die güterrechtlichen Wirkungen der Ehe spielen eine große Rolle, wenn bulgarische Ehegatten Grundeigentum in Deutschland erwerben und umgekehrt oder wenn ein deutsch-bulgarisches Ehepaar eine Immobilie in Bulgarien erwirbt. Wie lautet dann die Eintragung im deutschen Grundbuch? Und im bulgarischen? Diesen und vielen anderen Fragen aus dem internationalen Eheschließungs-, Adoptions-, Abstammungs- oder Namensrecht beantwortet der Verfasser unter Einbeziehung und Auswertung der bulgarischen Rechtsprechung.

Beck, Marcel

Erblasserwille und Testamentwortlaut

Eine vergleichende Untersuchung des deutschen und englischen Rechts zur Reformation und Kassation einseitiger testamentarischer Verfügungen



Band 448
2020. XX, 342 Seiten.

ISBN 9783161593970
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161593987
eBook PDF 64,00 €

Wie soll das Recht auf eine Abweichung zwischen Erblasserwille und Testamentswortlaut reagieren? Marcel Beck unterzieht die Ansätze des deutschen und englischen Rechts einem kritischen Vergleich. Dabei arbeitet er heraus, dass das englische common law mit den reformierenden Instrumenten der »interpretation« und »rectification« wichtige Impulse für die Lösung des seit jeher konfliktträchtigen Spannungsfelds liefert. Vor diesem Hintergrund zeigt der Autor, welche Änderungen im deutschen Erbrecht nötig sind, um dem Interesse des Erblassers an der unverfälschten Verwirklichung seines letzten Willens gerecht zu werden. Im Sinne einer möglichst effektiven Durchsetzung des wirklich Gewollten plädiert er für ein Neukonzept, das den bislang janusköpfigen Mechanismus der Auslegung und Irrtumsanfechtung um das Institut der Testamentskorrektur erweitert.

Dietrich, Marc

Die situative Anwendung von Art. 17 Brüssel Ia-VO und Art. 6 Rom I-VO

Eine Untersuchung des kollisions- und zuständigkeitsrechtlichen Verbraucherschutzes unter Berücksichtigung US-amerikanischer Grundsätze

Band 447
2020. XXV, 363 Seiten.

ISBN 9783161594090
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161594106
eBook PDF 69,00 €

Die Vorschriften in Art. 17 ff. Brüssel Ia-VO und Art. 6 Rom I-VO sollen Verbraucher bei grenzüberschreitenden Geschäften im europäischen Binnenmarkt schützen. Der EuGH hat den situativen Anwendungsbereich dieser Verbraucherschutzvorschriften immer weiter ausgelegt und dafür rege Kritik erfahren. Marc Dietrich nähert sich den Problemen bei der Auslegung des situativen Anwendungsbereiches durch einen umfangreichen Vergleich der europäischen Vorschriften mit der Rechtslage in den USA. Aus einer weitreichenden Analyse des US-Fallrechts, bundesstaatlicher Normen und der Vorschriften des Second Restatement of Conflict of Laws entwickelt er einen unternehmerzentrierten Ansatz zur Lösung des Auslegungsproblems und setzt sich im Anschluss mit den Auswirkungen der Verbote der neuen Geoblocking-VO auf den unternehmerzentrierten Ansatz auseinander.

Danninger, Nadja

Organhaftung und Beweislast

Die Organhaftung zeigt eine beweisrechtliche Besonderheit: Nicht die Gesellschaft muss die Pflichtverletzung beweisen, sondern das Organmitglied muss sich nach § 93 Abs. 2 Satz 2 AktG (analog) entlasten. Die Beweislastumkehr wirft in der Praxis eine Reihe von Problemen auf, und auch ihre theoretische Fundierung harpte bislang einer abschließenden Klärung. Nadja Danninger beleuchtet das Thema nach einer beweisrechtlichen Einführung aus fünf Blickwinkeln: Rechtsgeschichte, Rechtsdogmatik, Rechtspraxis, Rechtsvergleichung und Rechtspolitik. Die Verfasserin legt die römisch-rechtlichen Wurzeln ebenso frei wie die höchst unterschiedliche Behandlung der Beweislastfrage in 15 untersuchten Rechtsordnungen. Neben der Analyse der Theorie untersucht sie ausgewählte praktische Konstellationen und zeigt damit auf, wie der beweisrechtliche Balanceakt in Theorie und Praxis gelingen kann.

Band 446
2020. XXVII, 228 Seiten.

ISBN 9783161594670
fadengeheftete Broschur 54,00 €
ISBN 9783161594687
eBook PDF 54,00 €

Raach, Stephanie-Marleen

Herausgabeklagen in internationale Kulturgutleihgaben

Inwieweit sind Klagen Dritter auf die Herausgabe von Kulturgütern eines ausländischen Staates, die für eine Ausstellung vorübergehend ausgeliehen werden, vor deutschen Gerichten zulässig? Ist eine Vollstreckung in solche Leihgaben möglich? Diese Fragen bewegen sich im Spannungsfeld zwischen der besonderen Bedeutung, die Kulturgütern im Interesse der Allgemeinheit zukommt, und dem Justizgewährungsanspruch sowie dem Eigentumsrecht des Einzelnen. Mit der Chance, die der vorübergehende Transfer eines Kulturguts in einen anderen Staat für einen potentiellen Kläger eröffnet, geht das Risiko des Leihgebers einher, das Objekt niemals zurückzuerhalten. Die Arbeit ist damit am Schnittpunkt des internationalen Zivilverfahrensrechts mit dem Völkerrecht angesiedelt und umfasst auch Aspekte der Rechtsvergleichung, des internationalen Privatrechts sowie des öffentlichen Rechts.

Band 445
2020. XXIV, 308 Seiten.

ISBN 9783161591624
fadengeheftete Broschur 59,00 €
ISBN 9783161591631
eBook PDF 59,00 €

Galneder, Bernd

Vertragsumsteuerung wegen antizipierten Vertragsbruchs im Vorfeld der Insolvenz

Eine rechtsvergleichende Untersuchung des § 323 IV BGB und Art. 72 CISG unter besonderer Berücksichtigung der §§ 103 ff. InsO

Band 444
2020. XXX, 510 Seiten.

ISBN 9783161593307
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161593314
eBook PDF 79,00 €

Das gesetzliche Rücktrittsrecht wegen antizipierten Vertragsbruchs aus § 323 IV BGB führt zu einer Vorverlagerung von Gläubigerrechten, die es erlaubt, frühzeitig auf drohende Vertragsverletzungen des Schuldners zu reagieren. Damit stellt sich aus Gläubigersicht insbesondere die Frage, inwiefern auch eine drohende Insolvenz des Schuldners zum Rücktritt berechtigen kann. Neben den damit verbundenen Prognoseschwierigkeiten wirft dies prinzipielle insolvenzvertragliche Fragen auf. Schließlich scheint die Behandlung von gegenseitigen noch nicht vollständig erfüllten Verträgen in der Insolvenz auf dem Boden der Suspensivtheorie des BGH einem Rücktritt vor Fälligkeit von vornherein entgegenzustehen. Bernd Galneder ordnet die Behandlung solcher schwebender Verträge in der Insolvenz bei Anwendbarkeit deutschen Insolvenzrechts neu ein und schildert Vertragsumstimmungsmöglichkeiten des Gläubigers sowohl aus § 323 IV BGB als auch aus Art. 72 CISG.

Behr, Angelina Maria

Schmerzensgeld und Hinterbliebenengeld im System des Schadensrechts

Ein deutsch-italienischer Rechtsvergleich unter besonderer Berücksichtigung der Haftung im Straßenverkehr

Band 443
2020. XXXVIII, 323 Seiten.

ISBN 9783161592041
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161592072
eBook PDF 64,00 €

Angelina Maria Behr stellt die Rahmenbedingungen für die Haftung im Straßenverkehr nach deutschem und italienischem Recht dar und geht auf Besonderheiten bei der Verjährung solcher Ansprüche ein. Sie setzt sich eingehend mit der Entwicklung, dem Entschädigungsgehalt und der Bemessung des Schmerzensgeldes für Unfallopfer in beiden Rechtsordnungen auseinander und zeigt erstmals auf, nach welcher Maßgabe solche Ansprüche im Wege der Erbfolge auf Angehörige von verstorbenen Unfallopfern übergehen und ein Hinterbliebenengeld bzw. ein sog. »Angehörigenschmerzensgeld« zuerkannt wird. Dabei wird die Entwicklung in beiden Rechtsordnungen anhand der gesetzlichen Regelungen und der richterlichen Rechtsfortbildung aufgezeigt und kritisch gegenübergestellt. Die Autorin betrachtet das Haftungs- und Schadensrecht beider Länder, führt die so gewonnenen Erkenntnisse schließlich vergleichend zusammen und spricht konkrete Handlungsempfehlungen aus.

Seifer, Jan-Hendrik

Ausländische Mobiliarkreditsicherungsrechte im inländischen Rechtsverkehr

Eine kollisionsrechtliche, rechtsvergleichende und unionsrechtliche Untersuchung am Beispiel schwedischer Kreditsicherungsrechte

Band 442
2020. XXXV, 420 Seiten.

ISBN 9783161582462
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161582479
eBook PDF 74,00 €

Die Verkehrsfähigkeit von ausländischen Mobiliarkreditsicherungsrechten in der inländischen Rechtsordnung wird in der Rechtswissenschaft seit einigen Jahren viel diskutiert. Die Frage, inwieweit ausländische Mobiliarkreditsicherungsrechte auch Wirkungen in der inländischen Rechtsordnung entfalten, berührt sowohl das Kollisionsrecht als auch materielles ausländisches und inländisches Recht. In einem europäischen Kontext steht die Frage nach der Verkehrsfähigkeit von Kreditsicherungsrechten zudem in einem Spannungsverhältnis zu der Kapitalverkehrsfreiheit des EU-Binnenmarkts. Jan-Hendrik Seifer untersucht am Beispiel schwedischer Kreditsicherungsrechte die Verkehrsfähigkeit ausländischer Mobiliarkreditsicherungsrechte in der deutschen Rechtsordnung. Ausgehend von den dogmatischen Grundlagen des Kollisionsrechts bietet die Arbeit einen umfangreichen Vergleich von deutschem und schwedischem Recht und eine Auseinandersetzung mit dem Einfluss des Unionsrechts auf das Kollisionsrecht und das materielle Recht.

Wächter, Vincent

Die Schiedseinrede bei Auslandsberührung

Die Schiedseinrede ist die bedeutendste prozesshindernde Einrede des deutschen Zivilprozessrechts. Sie verleiht der Schiedsvereinbarung ihre prozessuale Bedeutung. Durch die Verwurzelung der Schiedseinrede im nationalen Prozessrecht fällt ihre Ausgestaltung jedoch international bis heute sehr unterschiedlich aus. Vincent Wächter erläutert diese Unterschiede rechtsvergleichend mit einem besonderen Fokus darauf, ob, wann und mit welcher Prüfungsintensität das staatliche Zivilgericht die Schiedsbindung des ihm vorliegenden Streitgegenstands untersuchen darf. Für den staatlichen Zivilrichter stehen aufgrund des weltweit zunehmend verflochtenen Wirtschafts- und Soziallebens gerade auch bei der Schiedseinrede immer öfter Fragen des anwendbaren Rechts im Fokus. Der Autor leistet einen Beitrag dazu, das von dem staatlichen Richter zu beachtende Kollisionsrecht vollständig zu erarbeiten und rechtsvergleichend einzuordnen.

von Falkenhausen, Marie

Menschenrechtsschutz durch Deliktsrecht

Unternehmerische Pflichten in internationalen Lieferketten

Band 441
2020. XXXIII, 395 Seiten.

ISBN 9783161591396
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161591402
eBook PDF 69,00 €



Band 440
2020. XX, 394 Seiten.

ISBN 9783161593147
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161593154
eBook PDF 69,00 €

In vielen Lieferketten weltweit herrschen derart desolate soziale und ökologische Verhältnisse, dass sie als Menschenrechtsverletzungen bezeichnet werden. Marie von Falkenhausen untersucht, ob den Opfern einer solchen Menschenrechtsverletzung nach deutschem Deliktsrecht Schadenersatzansprüche gegen ein inländisches Unternehmen zustehen, das unter entsprechenden Bedingungen hergestellte Produkte einkauft. Dafür ist einerseits ausschlaggebend, ob das Deliktsrecht für den Abnehmer Pflichten zur Vermeidung der von einem Zulieferbetrieb ausgehenden menschenrechtlichen Gefahren vorsieht. Andererseits müssen für eine Haftung die menschenrechtlich geschützten Güter auch vom deliktsrechtlichen Schutzbereich erfasst sein. Die vorliegende Untersuchung bewegt sich somit im Zusammenspiel von Völkerrecht und nationalem Deliktsrecht. Dabei berücksichtigt sie die aktuelle Rechtsprechung in Großbritannien und gibt Impulse für eine mögliche Rechtsentwicklung in Deutschland.

Gleim, Jakob

Letzwillige Schiedsverfügungen

Geltungsgrund und Geltungsgrenzen

Band 439
2020. XXVI, 354 Seiten.

ISBN 9783161592850
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161592867
eBook PDF 69,00 €

Nach §1066 ZPO gelten die Vorschriften über vertraglich vereinbarte Schiedsgerichte entsprechend für »Schiedsgerichte, die in gesetzlich statthafter Weise durch letztwillige [...] Verfügungen angeordnet werden«. Während solche letztwilligen Schiedsverfügungen im 20. Jahrhundert sehr selten waren, beschäftigen sie heute die deutschen Gerichte mit gewisser Regelmäßigkeit. Mit Zunahme der praktischen Relevanz rücken auch die dogmatischen Grundlagen letztwilliger Schiedsverfügungen in den Fokus: Warum darf der Erblasser nicht nur materielle, sondern auch prozessuale Verfügungen von Todes wegen treffen? Wie weit reicht die Zuständigkeit des letztwillig eingesetzten Schiedsgerichts? Und welches Recht ist anzuwenden, wenn der Erbfall grenzüberschreitende Bezüge aufweist? Jakob Gleim beantwortet diese Fragen und bezieht dabei im Rahmen eines Rechtsvergleichs auch das US-amerikanische Recht ein. Für die vorliegende Dissertation wurde Jakob Gleim mit der 2020 der Max-Planck-Gesellschaft ausgezeichnet.

Wurm, Christoph

Der Gläubiger- und Schuldnerwechsel im reformierten französischen Recht

Eine Betrachtung aus nationaler und europäischer Perspektive

Band 438
2020. XXIII, 215 Seiten.

ISBN 9783161593062
fadengeheftete Broschur 54,00 €

ISBN 9783161593079
eBook PDF 54,00 €

Mit der Schuldrechtsreform vom 1. Oktober 2016 hat der französische Gesetzgeber die Forderungsabtretung erheblich erleichtert und erstmals Regelungen zur identitätswahrenden Schuldabtretung getroffen. Mit der rechtsgeschäftlichen Surrogation, der Delegation sowie der Novation bleiben aber auch in Zukunft vielfältige Alternativkonstruktionen zum Austausch der Gläubiger- bzw. Schuldnerposition in einem Schuldverhältnis möglich. Nach einer umfassenden Darstellung der jeweiligen Voraussetzungen und Rechtsfolgen ermittelt Christoph Wurm zunächst, inwieweit die einzelnen Institute aus französischer Sicht noch von eigenständiger Bedeutung sind. Anschließend wird mithilfe eines Vergleichs mit den entsprechenden Regelungen des deutschen Rechts sowie der europäischen Modellentwürfe der Frage nachgegangen, ob von der Reform Impulse für eine Rechtsvereinheitlichung ausgehen können.

Hardung, Philipp F.

Die europäische Titelfreizügigkeit

Ein Beitrag zur Konsolidierung und Kohärenzförderung

Band 437
2020. XXX, 374 Seiten.

ISBN 9783161582608
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161582615
eBook PDF 69,00 €

Der Teilbereich des europäischen Zivilverfahrensrechts, der die Anerkennung und Vollstreckbarkeit von Entscheidungen beinhaltet, ist durch die Verteilung einer großen Anzahl an Normen zur Regelung ähnlicher Lebenssachverhalte auf eine ebenso große Anzahl an Verordnungen geprägt. Nach aktueller Gesetzeslage stehen dem Gläubiger fünf verschiedene Modelle zur grenzüberschreitenden Wirkungserstreckung gerichtlicher Entscheidungen zur Verfügung, deren Anwendungsbereiche teilweise konkurrieren und denen kein kohärentes System zugrunde liegt. Der Status Quo der europäischen Titelfreizügigkeit ist demzufolge durch eine unübersichtliche Gemengelage einander überholender EU-Verordnungen sowie durch einen Zustand mangelnder Rechtssicherheit und Rechtsklarheit gekennzeichnet. Philipp F. Hardung unternimmt eine Konsolidierung dieses Rechtsbereichs mit dem Ziel, die Kohärenz und Anwenderfreundlichkeit der bestehenden Rechtsinstrumente zu erhöhen, um eine effizientere Erreichung individueller Rechtsschutzziele zu ermöglichen.

Breder, Sebastian

Die Verzahnung der Brüssel Ia-VO mit der Schiedsgerichtsbarkeit bei Parallelverfahren



Band 436
2020. XXX, 380 Seiten.

ISBN 9783161590818
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161590825
eBook PDF 69,00 €

Das Verhältnis des Europäischen Zivilprozessrechts zur Schiedsgerichtsbarkeit ist seit jeher umstritten. Doch gerade während des siebenjährigen Revisionsprozesses bis zum Inkrafttreten der Brüssel Ia-VO hat sich eine Debatte entwickelt, die an Umfang und Intensität kaum zu übertreffen ist. Das schwierigste und relevanteste Szenario betrifft grenzüberschreitende Parallelverfahren vor staatlichen Gerichten und Schiedsgerichten. Sebastian Breder durchleuchtet die möglichen Mechanismen zur Unterbindung des jeweils anderen Parallelverfahrens, insbesondere den Erlass von Prozessführungsverboten, die Berufung auf die materielle Rechtskraft und die Geltendmachung von Schadensersatz wegen der Verletzung der Schiedsabrede. Zudem untersucht er, wie der Konflikt der Hauptsacheentscheidungen aufgelöst werden kann, wenn beide Parallelverfahren mit widersprüchlichen Ergebnissen zu Ende geführt wurden. Dabei fächert er aus Sicht deutscher, englischer und französischer Gerichte die verschiedenen Fallkonstellationen präzise auf. Das macht die Arbeit zu einer wertvollen Quelle – für Akademiker und Praktiker gleichermaßen.

Weitzdörfer, Julius

Verbraucherkreditregulierung in Japan

Band 435
2020. XX, 440 Seiten.

ISBN 9783161569661
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161569678
eBook PDF 69,00 €

Julius Weitzdörfer analysiert die Ursachen und Folgen organisierter Kreditkriminalität in Japan sowie Lösungswege aus rechtssoziologischer und rechtsökonomischer Sicht. Denn seit der Jahrtausendwende hat sich Japans Verbraucherkreditwesen durch intensive Regulierung, extensive Rechtsprechung und forcierte Strafverfolgung grundlegend gewandelt. Der Autor zeichnet ein lebendiges Bild der Rechtsstatsachen und leistet so auch einen Beitrag zur Beleuchtung der Schattenseiten der jüngeren Wirtschafts- und Sozialgeschichte Japans, einschließlich des illegalen Inkassos und der Schuldnersuizide. Dabei wird nicht nur eine letzte Forschungslücke im Bereich der Finanzmarktreflexionen seit Beginn der Japankrise vor 30 Jahren geschlossen. Auch die Aufarbeitung der weltweiten Neuregulierung von Verbraucherrediten nach der globalen Finanzkrise wird um Japan ergänzt. Dabei entsteht ein empirisch reichhaltiges Bild des japanischen Zivil-, Straf- und Aufsichtsrechts bis zum Ende der *Heisei*-Periode.

Schmitz, Christine

Die »Annahme« öffentlicher Urkunden nach Art. 59 Abs. 1 EuErbVO

Band 434
2020. XVII, 302 Seiten.

ISBN 9783161589935
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161589942
eBook PDF 59,00 €

Erbfälle mit Auslandsbezug gewinnen zunehmend an Bedeutung, damit einhergehend auch der Einsatz öffentlicher Urkunden in Erbschaftsangelegenheiten. Zur Förderung von deren Freizügigkeit wurde in der seit 2015 geltenden Europäischen Erbrechtsverordnung erstmals die »Annahme« öffentlicher Urkunden geregelt. Christine Schmitz untersucht diese neue Regelungsmethode. Dabei arbeitet sie zunächst den Anwendungsbereich der Norm heraus und nimmt in diesem Rahmen eine verordnungsautonome Qualifikation des deutschen Erbscheins vor. Darauf aufbauend ermittelt sie das neue Konzept der grenzüberschreitenden Beweiskraftwirkung. Hierbei zeigt die Autorin, dass es sich nicht um eine Inhaltsanerkennung, sondern um eine verfahrensrechtliche Kollisionsnorm und eine Wirkungserstreckung der formellen Beweiskraft öffentlicher Urkunden handelt. Weiterhin untersucht sie den zentralen Begriff der formellen Beweiskraft, für den sie abschließend eine verordnungsautonome Definition vorschlägt.

Rüsing, Christian

Grenzüberschreitende Versicherungsvermittlung im Binnenmarkt

Internationales Aufsichts- und Privatrecht

Band 433
2020. XXVI, 389 Seiten.

ISBN 9783161590221
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161590238
eBook PDF 69,00 €

Mit der Richtlinie über Versicherungsvertrieb (IDD) hat die EU einen weiteren Schritt zur Realisierung eines Versicherungsbinnenmarkts unternommen. Hierdurch wurde das Recht der Versicherungsvermittlung in den Mitgliedstaaten allerdings nicht vollständig harmonisiert. Betreuen Versicherungsvermittler Kunden aus anderen Staaten oder vertreiben sie Produkte ausländischer Versicherer, müssen sie daher weiterhin wissen, welches Recht sie beachten müssen. Christian Rüsing untersucht, welches Aufsichts- und Privatrecht in diesen Fällen gilt, und analysiert insbesondere das Verhältnis beider Rechtsgebiete. Er arbeitet die Regelungskompetenzen bei der grenzüberschreitenden Aufsicht über Versicherungsvermittler heraus und qualifiziert auf Basis rechtsvergleichender Untersuchungen die privatrechtlichen Beziehungen der Versicherungsvermittler zu ihren Kunden und zu Versicherern. Die Arbeit wurde mit dem Harry Westermann-Preis 2019 der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, dem Helmut-Kollhoser-Preis 2019 vom Verein zur Förderung der Forschungsstelle für Versicherungswesen der Universität Münster e.V., dem Berliner Preis für Versicherungswissenschaft 2019 vom Verein zur Förderung der Versicherungswissenschaft in Berlin e.V. und dem Excellence Award 2019 des Vereins zur Förderung der Versicherungswissenschaft in Hamburg e.V. ausgezeichnet.

Sahner, Andreas

Materialisierung der Rechtswahl im Internationalen Familienrecht

Zur Bedeutung des Schwächerenschutzes im Europäischen Kollisionsrecht



Band 432
2019. XXVII, 522 Seiten.

ISBN 9783161582622
fadengeheftete Broschur 79,00 €
ISBN 9783161582639
eBook PDF 79,00 €

Das Europäische Internationale Familienrecht gewährt den Parteien Rechtswahlfreiheit. Es besteht jedoch die Gefahr, dass diese ein Recht wählen, das ihren eigenen Interessen widerspricht. Daher stellt sich die Frage, ob Parteiautonomie ein bloß formelles Prinzip ist oder einen materiellen Kern beinhaltet. Auf der Grundlage eines materiellen Verständnisses von Rechtswahlfreiheit werden die Rom III-Verordnung, die Güterrechtsverordnungen und das Haager Unterhaltsprotokoll daraufhin untersucht, ob sie den Anforderungen zum Schutz der Entscheidungsfreiheit schwächerer Parteien gerecht werden. Die Untersuchung reicht dabei von generalisierten Schutzinstrumenten wie der Begrenzung der Wahlmöglichkeiten über Formvorschriften bis hin zu flexiblen Wirksamkeitskontrollen im Einzelfall. Zugleich dient die Materialisierung der Parteiautonomie als Beispiel für die Materialisierung des Kollisionsrechts und des Rechts im Allgemeinen.

Eichenhofer, Philipp

Rechtsmissbrauch

Zu Geschichte und Theorie einer Figur des Europäischen Privatrechts

Band 431
2019. XVII, 272 Seiten.

ISBN 9783161562822
fadengeheftete Broschur 59,00 €
ISBN 9783161562839
eBook PDF 59,00 €

Die Figur des Rechtsmissbrauchs gibt Beobachtern der europäischen Privatrechtsordnungen immer noch Rätsel auf. Scheint es einigen, als nähere sich Europa einer gemeinsamen Idee des Rechtsmissbrauchs an, so konstatieren andere das Gegenteil: Je gründlicher das Konzept in den einzelnen Rechtsordnungen entfaltet wurde, desto deutlicher zeigten sich fundamentale Unterschiede. Philipp Eichenhofer untersucht die drei Rechtsordnungen, die besonders deutliche Positionen in der Frage des Rechtsmissbrauchs eingenommen haben – das französische, deutsche und englische Recht. Diese drei Positionen lassen sich nicht allein durch den Vergleich von Regeln und Fallgruppen erschließen. In allen drei Ländern ist die Sicht auf den Rechtsmissbrauch vielmehr von privatrechtstheoretischen Diskursen geprägt, die bis heute nachwirken. Der Autor beleuchtet diese und versucht, ein tieferes Verständnis der nationalen Perspektiven zu erlangen, um dem Rätsel des Rechtsmissbrauchs auf die Spur zu kommen.

Harms, Charlotte

Neuaufgabe der Datumtheorie im Internationalen Privatrecht

Band 430
2019. XX, 256 Seiten.

ISBN 9783161568886
fadengeheftete Broschur 59,00 €
ISBN 9783161568893
eBook PDF 59,00 €

Im Internationalen Privatrecht ordnen Verweisungsregeln einem Sachverhalt das mit ihm am engsten verbundene Recht zu. Diese typisierte Zuordnung eines Sachverhaltes zu einer bestimmten Rechtsordnung wird der Vielgestaltigkeit internationalprivatrechtlicher Fälle nicht immer gerecht. Es ist deshalb seit jeher üblich, dass Gerichte bei der Falllösung im Einzelfall bestimmte, verweisungsrechtlich nicht anwendbare Rechtsnormen mitberücksichtigen. Die Datumtheorie legt diesen Berücksichtigungsvorgang offen und konturiert ihn. Anders als ihr bisweilen zugeschrieben wird, führt sie dabei nicht zu einer Berücksichtigung ausländischen Rechts als Tatsache. Insofern ist die Datumtheorie entgegen der an ihr geübten Kritik weder ein »Taschenspielertrick« noch stellt sie eine »willkürliche Manipulation« der verweisungsrechtlichen Entscheidung dar. Im Gegenteil: Indem der Vorgang der Berücksichtigung durch die Datumtheorie transparent und nachvollziehbar wird, trägt sie zu Rechtsklarheit und Rechtssicherheit bei.

Weber, Kathrin

Sanktionen bei vorvertraglicher Informationspflichtverletzung

Eine Untersuchung am Beispiel des elektronischen Geschäftsverkehrs sowie sonstiger Fernabsatzverträge

Band 429
2019. XXVI, 402 Seiten.

ISBN 9783161582356
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161582363
eBook PDF 69,00 €

Vorvertragliche Informationspflichten haben sich zu einem bedeutenden Instrument des Verbraucherschutzes entwickelt. Kathrin Weber widmet sich der Frage, inwiefern, korrespondierend zu den ausufernden Regelungen vorvertraglicher Informationspflichten, für den Fall einer Verletzung Sanktionen auf europäischer und nationaler Ebene existieren und im Einzelfall Anwendung finden. Die Untersuchung erfolgt am Beispiel des elektronischen Geschäftsverkehrs sowie sonstiger Fernabsatzverträge und analysiert in vergleichender Betrachtung neben einschlägigen Richtlinien und ausgewählten Referenzwerken (DCFR und GEK-Vorschlag) Sanktionen des nationalen Rechts. Vor dem Hintergrund eines derzeit fehlenden einheitlichen Sanktionssystems auf europäischer Ebene unterbreitet die Autorin einen eigenen Vorschlag eines europäischen Sanktionsmodells, mit welchem sich bislang bestehende Defizite und Rechtsunsicherheiten beheben lassen.

Holst, Jan Frederik C.

Die Separierung von Unternehmensteilen in insolvenzrechtlichen Sanierungsverfahren

Ein deutsch-spanischer Rechtsvergleich



Band 428
2019. XLIV, 520 Seiten.

ISBN 9783161582035
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161582042
eBook PDF 79,00 €

Europaweit streben Gesetzgeber danach, ihr sanierungsrechtliches Portefeuille zu modernisieren, um wertvernichtende Unternehmenserschlagungen abzuwenden. In Abkehr von ihrer exekutorischen Provenienz wandeln sich Sanierungsverfahren stetig von schuldenbereinigenden Verfahren zu gesellschaftsrechtlichen Gestaltungsinstrumenten. Ganz in diesem Sinne hat der deutsche Gesetzgeber durch Schaffung der neuen Königsnorm des Sanierungsrechts in § 225a Abs. 3 InsO mannigfaltige Gestaltungen in einem Insolvenzplan denkbar werden lassen. Ständen dabei bislang vornehmlich unternehmersträgerbezogene Gestaltungen im Vordergrund, wurde der neue translative Horizont des Insolvenzplanverfahrens – die neuen Möglichkeiten einer universalsukzessiven Separierung von Unternehmensteilen durch umwandlungsrechtliche Abspaltung und Ausgliederung – in der bisherigen Betrachtung weitgehend vernachlässigt. Jan Frederik C. Holst misst Verfahren und Techniken translativer Gestaltungen und die dadurch neu provozierten Gesellschafter-Gläubiger-Konflikte am spanischen Recht. Dabei zeigt er auf, wie die im spanischen Recht verankerten Ansätze zur Unternehmensteilkontinuität auch im deutschen Recht zu einer marktkonformen Allokation des Schuldnervermögens beitragen könnten.

Engel, Andreas

Internationales Kapitalmarktdeliktsrecht

Eine Untersuchung zum anwendbaren Recht der Prospekthaftung und der Haftung für fehlerhafte Sekundärmarktinformation (insbesondere Ad-hoc-Publizität) in den USA und der EU

Band 427
2019. XXXI, 371 Seiten.

ISBN 9783161565717
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161565724
eBook PDF 69,00 €

Kapitalmärkte werden immer internationaler. Doch nach welchem Recht werden die Ansprüche von Anlegern bestimmt, die durch fehlerhafte Kapitalmarktinformationen geschädigt wurden? Andreas Engel untersucht diese kollisionsrechtliche Frage und vergleicht, welcher Methodik und welcher Anknüpfungskriterien sich Gerichte in den USA und in der EU hierfür bedienen. Dabei wird deutlich, dass weder die Rechtsprechung des US-amerikanischen Supreme Court (*Morrison v. National Australia Bank*) noch die europäische Rom II-Verordnung zu hinreichender Vorhersehbarkeit und Rechtssicherheit führen. Das gefährdet sämtliche Ziele beider Kollisionsrechte. Streitigkeiten können nicht effizient beigelegt werden; Anleger und Markt sind nicht hinreichend geschützt. Abschließend legt der Autor einen Reformvorschlag vor, mit dem sich diese Defizite jedoch beheben lassen.

Bader, Richard Johannes

Koordinationsmethoden im Internationalen Privat- und Verfahrensrecht

Das Internationale Privat- und Verfahrensrecht enthält eine Vielzahl von Rechtsakten, die auf drei unterschiedlichen Regelungsebenen entstanden sind: auf nationaler, EU-rechtlicher und staatsvertraglicher Ebene. Bei der Fülle von Rechtsnormen auf diesen Regelungsebenen stellt sich die Frage, ob die jeweiligen Normgeber darauf achten, dass diese mit anderen Normen und Rechtsakten auf derselben oder auf einer anderen Ebene koordiniert sind – und wenn das nicht der Fall ist: wie die Koordination verbessert werden kann. Zu diesem Zweck arbeitet Richard Johannes Bader zunächst die einzelnen Methoden dieser Koordination heraus und kategorisiert sie. Aus den so herausgearbeiteten Methoden leitet er sodann Koordinationsprobleme ab und führt sie jeweils einer Lösung zu. Diese Lösungen werden nach Gruppen geordnet, um hieraus schließlich Prinzipien zur Lösung von Koordinationsproblemen herzuleiten.

Band 426
2019. LI, 527 Seiten.

ISBN 9783161570155
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161570162
eBook PDF 89,00 €

Gräf, Stephan

Drittbeziehungen und Drittschutz in den Europäischen Güterrechtsverordnungen

Die Zahl internationaler Ehen und eingetragener Partnerschaften nimmt stetig zu. Nach welcher Rechtsordnung bestimmen sich aber deren vermögensrechtliche Beziehungen? Diese Frage ist auch für den allgemeinen Rechtsverkehr von größter Relevanz; denn gerade die nationalen Regeln über das Außengüterrecht divergieren stark. Zu bösen Überraschungen können etwa ausländische Verfügungsbeschränkungen führen, an denen der Immobilienerwerb eines Dritten scheitern kann. Die Folge ist ein erheblicher Drittschutzbedarf auf kollisionsrechtlicher Ebene. Lösungen sind künftig auf Grundlage der seit dem 29. Januar 2019 geltenden Europäischen Güterrechtsverordnungen zu entwickeln. Stephan Gräf widmet sich der Drittdimension der EuGüVO und der EuPartVO umfassend und bezieht dabei neben Gutglaubens- und Bestandsschutzproblemen u.a. auch das Verhältnis zwischen Güter- und Sachenstatut sowie Fragen der internationalen gerichtlichen Zuständigkeit mit ein.

Band 425
2019. XXXIV, 531 Seiten.

ISBN 9783161581991
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161582004
eBook PDF 79,00 €

Hemler, Adrian

Die Methodik der »Eingriffsnorm« im modernen Kollisionsrecht

Zugleich ein Beitrag zum Internationalen Öffentlichen Recht und zur Natur des *ordre public*



Band 424
2019. XXV, 315 Seiten.

ISBN 9783161583162
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161583179
eBook PDF 64,00 €

Adrian Hemler identifiziert die Anwendung von »Eingriffsnormen« als Symptom zahlreicher dogmatischer Unklarheiten im IPR und nutzt deren Untersuchung zur Entwicklung einer modernen Kollisionsrechtsdogmatik. Er stellt fest, dass das Institut der »Eingriffsnorm« den Blick dafür stellt, dass es auch im Kollisionsrecht einer Fortentwicklung durch ggf. neu zu bildende Spezial-Kollisionsnormen bedarf. Auf dem Weg zu diesem Ergebnis zeigt der Autor auf, dass es keinen methodischen Unterschied zwischen der Anwendung fremden Öffentlichen Rechts und der Anwendung fremden Privatrechts gibt. Er weist ferner anhand zahlreicher Fallgruppen und Beispiele nach, dass sich die Bildung neuer Kollisionsnormen nach den Maximen herkömmlicher Interessenjurisprudenz abspielt. Abschließend betrachtet er die Methodik des *ordre public* umfassend, den er abweichend von der herrschenden Meinung weitgehend als deklaratorische Wiedergabe des Prinzips vom Vorrang höherrangiger Rechtssätze versteht.

Lendermann, Marc

Strafschadensersatz im internationalen Rechtsverkehr

Die Behandlung ausländischer punitive damages im deutsch-französischen Rechtsvergleich

Band 423
2019. XXII, 337 Seiten.

ISBN 9783161558689
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161558696
eBook PDF 69,00 €

Wenngleich die Rechtsordnungen kontinentaleuropäischer Länder keinen Strafschadensersatz kennen, können ihre Gerichte im Rahmen des internationalen Privat- und Zivilverfahrensrechts mit diesem ausländischen Rechtsinstitut befasst sein. Wie beispielsweise haben Gerichte zu entscheiden, wenn die Vollstreckung eines amerikanischen Urteils über punitive damages beantragt wird? Ausgehend von der abweichenden Rechtsprechung in Deutschland und Frankreich untersucht Marc Lendermann die unterschiedliche Auslegung des *ordre public* aus rechtsvergleichender Perspektive. Im Ergebnis plädiert er für eine Gleichbehandlung ausländischen Strafschadensersatzes in beiden Ländern. Er zeigt auf, dass in Frankreich und Deutschland Lösungen für unterschiedliche Rechtsfragen betreffend den Umgang mit ausländischem Strafschadensersatz gefunden wurden, die für Gesetzgeber und Gerichte des jeweils anderen Landes als Orientierung dienen können. Die Arbeit wurde mit dem *Prix de la République française* (Preis der Französischen Republik) 2019 ausgezeichnet, der von der französischen Regierung gestiftet wird.

Himmer, Thomas

Das europäische Konzerninsolvenzrecht nach der reformierten EuInsVO

Band 422
2019. XXIV, 484 Seiten.

ISBN 9783161575877
fadengeheftete Broschur 84,00 €
ISBN 9783161575884
eBook PDF 84,00 €

In der ursprünglichen Fassung der EuInsVO setzte der europäische Gesetzgeber in puncto Konzerninsolvenz aus praktischen und politischen Gründen ganz bewusst auf Lücke. Insbesondere in grenzüberschreitenden Konstellationen wurde das Fehlen eines speziellen Rechtsrahmens für Konzerninsolvenzen als enormes Hindernis für deren effiziente Abwicklung empfunden. Mit den seit dem 26.6.2017 geltenden Konzerninsolvenzrechtsvorschriften der reformierten EuInsVO versucht der europäische Gesetzgeber, dieser Problematik entgegenzutreten. Thomas Himmer zeigt auf und analysiert, welche Wirkkraft diese neuen europäischen Vorschriften hinsichtlich eines kohärenten und damit funktionsfähigen Konzerninsolvenzrechts entfalten können. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Regelungen zum einheitlichen COMI, zur allgemeinen Verfahrenskooperation sowie zum Gruppen-Koordinationsverfahren.

Brüggemann, Niklas

Die Anerkennung prorogationswidriger Urteile im Europäischen und US-amerikanischen Zivilprozessrecht

Band 421
2019. XXV, 334 Seiten.

ISBN 9783161566837
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161566844
eBook PDF 64,00 €

Gerichtsstandsvereinbarungen gewährleisten zuständigkeitsrechtliche Vorhersehbarkeit und Rechtssicherheit. Innerhalb der EU motivieren Gerichtsstandsvereinbarungen wie kein zweites Instrument des IZPR zu grenzüberschreitendem Handel und fördern so die europäische Integration. Zugleich wird unter Verweis auf die Errungenschaften des wechselseitigen Vertrauens und des Anerkennungsprinzips in der EU die zuständigkeitsrechtliche Nachprüfung von Urteilen, die auf Gerichtsstandsvereinbarungen beruhen, abgelehnt. Urteile des *forum derogatum* werden europaweit anerkannt. Niklas Brüggemann analysiert internationale Gerichtsstandsvereinbarungen umfassend aus zuständigkeitsrechtlicher, rechtshängigkeitsrechtlicher und anerkennungsrechtlicher Perspektive. Er zeigt auf systematischer, rechtspolitischer und rechtsvergleichender Grundlage, dass die Derogationswirkung internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen *de lege ferenda* durch einen Anerkennungsversagungsgrund geschützt werden sollte.

Aliyev, Azar

Konzessionen in Russland und Kasachstan

Vertragsrechtliche Aspekte



Band 420
2019. XXX, 389 Seiten.

ISBN 9783161546662
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161547751
eBook PDF 69,00 €

In vielen Staaten bezieht die öffentliche Hand zur Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge auch private Unternehmen ein. Azar Aliyev untersucht den Konzessionsvertrag als ein Instrument solcher öffentlich-privater Partnerschaften im russischen und kasachischen Recht. Konzession ist in beiden Staaten gesetzlich als Vertrag über Errichtung, Modernisierung, Betrieb und Rückübereignung von öffentlichen Infrastrukturobjekten durch Private definiert. Ebenso wie in Deutschland spielen dabei Privatrecht und öffentliches Recht zusammen; allerdings liegt der Schwerpunkt der Diskussion in den untersuchten Staaten anders als in Deutschland nicht im Verwaltungs-, sondern im Privatrecht. Die Arbeit diskutiert die Konzession auch als Mittel, im Kontext eher labiler juristischer Infrastruktur »Inseln der Stabilität« für langfristige und komplexe Großprojekte zu schaffen. Dabei werden viele Grundsatzfragen des Zivilrechts sowie des Wirtschaftsprivat- und Wirtschaftsverwaltungsrechts aufgegriffen und analysiert.

Gröning, Jonas Christian

Gesellschafter- und Geschäftsleiterhaftung im internationalen Zivilverfahrensrecht

Zur internationalen Zuständigkeit nach Brüssel Ia-VO und EuInsVO

Band 419
2019. XX, 247 Seiten.

ISBN 9783161568442
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161568459
eBook PDF 64,00 €

Haftungsklagen gegen Gesellschafter und Geschäftsleiter stellen das internationale Zivilverfahrensrecht vor große Herausforderungen. Die regelmäßig erforderliche Bestimmung der internationalen Zuständigkeit wirft insbesondere die Frage auf, welchen Normen die vielfältigen Klagen zugeordnet werden können. Am Beispiel diverser Haftungsansprüche des deutschen Rechts untersucht Jonas Christian Gröning diese Fragestellung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des EuGH. Im Lichte insolvenzbezogener Klagen entwickelt er zunächst eine Demarkationslinie zwischen Brüssel Ia-VO und EuInsVO. Im Rahmen der Brüssel Ia-VO stehen sodann die Bedeutung des arbeitsvertraglichen Zuständigkeitsregimes für die Geschäftsleiter von Kapitalgesellschaften sowie die Grenzziehung zwischen Vertrags- und Deliktgerichtsstand im Fokus der Betrachtung.

Zander, Ines

Irrtumsanfechtung und Sachmängelgewährleistung beim Kauf von Kunstwerken

Ein Rechtsvergleich des deutschen, französischen und englischen Rechts

Band 418
2019. XXIV, 264 Seiten.

ISBN 9783161557989
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161557996
eBook PDF 64,00 €

Rekorderlöse auf internationalen Auktionen einerseits und Skandale um Fälschungen andererseits – das sind die Themen, an die man denkt, wenn es um den Handel mit Kunstwerken geht. Besonders die Herkunft älterer Kunstwerke ist oft ungewiss, sodass sich bestehende Zuordnungen durch Neubestimmungen verändern können. Dies kann für einen Käufer, der ein Kunstwerk in der Erwartung erworben hat, es stamme von einem bestimmten Künstler, aus einer bestimmten Schule oder Periode, erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen haben. Andererseits kann auch der Verkäufer Nachteile erleiden, wenn sich nachträglich herausstellt, dass er unwissentlich ein Meisterwerk veräußert hat. Unter Anwendung der rechtsvergleichenden Methode beleuchtet Ines Zander die Rechtsbehelfe von Käufern und Verkäufern beim Kauf von Kunstwerken, die sich als nicht authentisch erweisen oder deren Echtheit zweifelhaft wird und zieht unter Berücksichtigung der Ergebnisse der rechtsvergleichenden Untersuchung Schlussfolgerungen für das deutsche Recht.

Gößling, Sebastian

Europäisches Kollisionsrecht und internationale Schiedsgerichtsbarkeit

Die Bedeutung der Rom I-Verordnung bei der Bestimmung des anwendbaren materiellen Rechts durch internationale Handelsschiedsgerichte mit Sitz in der EU

Band 417
2019. XX, 250 Seiten.

ISBN 9783161558122
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161558139
eBook PDF 64,00 €

Die Frage, inwieweit internationale Handelsschiedsgerichte vom Anwendungsbefehl staatlichen Rechts erfasst sind, ist seit langem Gegenstand der rechtswissenschaftlichen Diskussion. Sie ist bis heute in vielen Bereichen ungeklärt. Besondere Relevanz kommt ihr bei der kollisionsrechtlichen Bestimmung des materiellen Rechts zu. Vor dem Hintergrund der europäischen Kollisionsrechtsharmonisierung und des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts stellt sich die Frage aktueller denn je. Sebastian Gößling nimmt die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen zum Anlass, den Anwendungsbereich des europäischen Kollisionsrechts neu zu analysieren. Anhand einer Untersuchung der Rom I-Verordnung werden dabei konkrete Folgen für die Rechtsanwendung durch Handelsschiedsgerichte mit Sitz in der Europäischen Union abgeleitet und übergreifende Gedanken zur Integration der Handelsschiedsgerichtsbarkeit in den europäischen Rechtsraum entwickelt.

Centner, Björn

Iura novit curia in internationalen Schiedsverfahren

Eine historisch-rechtsvergleichende Studie zu den Grundlagen der Rechtsermittlung

Band 416
2019. XXII, 391 Seiten.

ISBN 9783161568329
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161568336
eBook PDF 69,00 €

Iura novit curia. Das klingt poetisch. Tatsächlich handelt es sich um Redewendung, Wortspiel und Reim zugleich. Der schöne Klang verblasst jedoch, wenn die Redewendung im schiedsverfahrensrechtlichen Kontext ertönt, weil sie dort bislang vornehmlich mit Gefahren in Verbindung gebracht wird. So droht die Aufhebung des Schiedsspruchs von zwei Seiten: einerseits wegen des Verstoßes gegen Verfahrensgrundsätze, andererseits wegen der Missachtung zwingender materieller Vorschriften. Allerdings gilt: Wo Gefahren sind, da ist auch Hoffnung. Ziel der Arbeit ist deshalb, einen Wegweiser zu verfassen, um die mit iura novit curia verbundenen Gefahren in internationalen Schiedsverfahren zu vermeiden. Dieser Wegweiser baut auf den Erfahrungen der Rechtsgeschichte und der Rechtsvergleichung auf und berücksichtigt gleichzeitig die Besonderheiten der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.

Die Arbeit wurde vom Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg mit dem Serick-Preis 2018 und mit dem ersten Preis des DIS-Förderpreises 2019/2020 ausgezeichnet.

Schirmer, Fabian Laurent

Die Selbstbindung des Erblassers im deutschen und französischen Recht

Band 415
2019. XIV, 263 Seiten.

ISBN 9783161566233
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161566240
eBook PDF 59,00 €

Ein Odium, heißt es, begleitet die erbrechtliche Bindung, wie sie durch Erbvertrag oder Schenkung von Todes wegen durch den Erblasser selbst hervorgebracht werden kann. Sie gilt sowohl im deutschen als auch im französischen Recht als eine Beschränkung der Testierfreiheit, sodass von Freiheit auch dann gesprochen wird, wenn dem Erblasser verboten ist, eine erbrechtliche Bindung einzugehen. Nicht nur das Verbot der Erbverträge im Code civil, die *prohibition des pactes sur succession future*, sondern auch die Vorgaben des BGB offenbaren hier ein restriktives Verständnis erbrechtlicher Privatautonomie. Vor diesem Hintergrund wird in beiden Rechtsordnungen große Sorgfalt auf die diffizile Unterscheidung zwischen Vertragsfreiheit auf der einen und Ausübung von Testierfreiheit auf der anderen Seite gelegt, d.h. die Abgrenzung von Rechtsgeschäften unter Lebenden und von Todes wegen.

Die vorliegende Arbeit wurde mit dem Fachbereichs-Preis des Fachbereichs Rechtswissenschaften für das akademische Jahr 2017/2018 der Philipps-Universität Marburg ausgezeichnet.

Jarass, Insa Stephanie

Privates Einheitsrecht

Band 414
2019. XXII, 290 Seiten.

ISBN 9783161561313
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161561320
eBook PDF 59,00 €

Die zumeist nationale Fragmentierung des Handelsrechts wird seit jeher als Hemmnis für den internationalen Handel verstanden. Neben staatlichen Bemühungen, Rechtseinheit durch völkerrechtliche Verträge zu erzeugen, haben sich auch private Akteure, wie beispielsweise die Internationale Handelskammer in Paris, durch die Schaffung eigener nichtstaatlicher Regelwerke dem Ziel der Rechtsvereinheitlichung auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts verschrieben. Die Einordnung solcher Regelwerke stellt die Rechtsquellenlehre vor Herausforderungen. Insa Stephanie Jarass arbeitet den Begriff des »privaten Einheitsrechts« als eigenständige dogmatische Kategorie heraus. Ausgehend von den Funktionsbedingungen privaten Einheitsrechts definiert sie dessen Tatbestand und Rechtsfolgen. Grundlage hierfür ist eine empirische Analyse der englischen und deutschen Rechtsprechung zu ausgewählten Regelwerken (Incoterms, Einheitliche Richtlinien und Gebräuche für Dokumentenakkreditive, beide herausgegeben von der Internationalen Handelskammer sowie die Grundregeln für Internationale Handelsverträge von UNIDROIT).

Die Arbeit wurde mit der Otto-Hahn-Medaille 2017 der Max-Planck-Gesellschaft ausgezeichnet.

Issad, Andrea

Islamisch inspirierte Testamente

Ein Beitrag zur Inhaltskontrolle von Verfügungen von Todes wegen

Band 413
2019. XV, 140 Seiten.

ISBN 9783161558009
fadengeheftete Broschur 49,00 €

ISBN 9783161558016
eBook PDF 49,00 €

Das deutsche Erbrecht ermöglicht es grundsätzlich jedem, sein Erbe nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Andrea Issad untersucht, ob und inwieweit muslimische Erblasser die Testierfreiheit nutzen können, um ihren Nachlass nach den traditionellen erbrechtlichen Vorschriften der Scharia zu verteilen. Sie arbeitet die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Strukturmerkmale des Erbgeschehens heraus. Aus der Funktion der Sittenwidrigkeitskontrolle entwickelt sie Kriterien zur Beurteilung von Testamenten allgemein sowie von islamisch inspirierten Verfügungen von Todes wegen.

Die Arbeit reiht sich damit ein in die Diskussion zur Behandlung von Islam und Muslimen in Deutschland sowie allgemeiner zur Privatautonomie von Todes wegen und der Balance von Freiheit und Gleichheit im Privatrecht.

Brosch, Marlene

Rechtswahl und Gerichtsstandsvereinbarung im internationalen Familien- und Erbrecht der EU



Band 412
2019. XXI, 288 Seiten.

ISBN 9783161562730
fadengeheftete Broschur 59,00 €
ISBN 9783161562747
eBook PDF 59,00 €

Das internationale Privatrecht und das internationale Zivilverfahrensrecht der EU haben in den letzten Jahren gerade im Bereich des Familien- und Erbrechts durch die Einführung mehrerer Verordnungen einen grundlegenden Wandel erfahren. In diesen Verordnungen ist insbesondere die Tendenz zu beobachten, den Parteien die Wahl des anzuwendenden Rechts und des Gerichtsstands innerhalb gewisser Grenzen zu ermöglichen. Marlene Brosch untersucht diese Rechtsakte umfassend hinsichtlich der Zulässigkeit, der formellen und materiellen Gültigkeit der Rechtswahl und Gerichtsstandsvereinbarung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf einem Vergleich der einzelnen Verordnungen, um Unstimmigkeiten und Lücken festzustellen. Darauf aufbauend diskutiert Marlene Brosch verschiedene Lösungsvorschläge mit dem Ziel, die zahlreichen Regeln zur Rechtswahl und Gerichtsstandsvereinbarung kohärenter auszugestalten.

Kämper, Lukas

Forderungsbegriff und Zession

Geschichte und Dogmatik der Abtretung in Frankreich und Deutschland

Band 411
2019. XXI, 272 Seiten.

ISBN 9783161561771
fadengeheftete Broschur 59,00 €
ISBN 9783161561788
eBook PDF 59,00 €

Das Zessionsrecht bildet einen wichtigen Gegenstand internationaler Rechtsvereinheitlichung. Doch schon in den nationalen Rechtsordnungen Europas divergieren Einzelregelungen, wie etwa zu Abtretungsanzeige und Abtretungsverboten, grundlegend. Lukas Kämper untersucht in einer historisch-vergleichenden Analyse am Beispiel des französischen und deutschen Rechts die dogmatischen Verbindungen dieser Einzelfragen zum Forderungsbegriff. Dabei zeigt er, dass nationale Besonderheiten im Abtretungsrecht vielfach auf eine aus heutiger Sicht unplausible normative Entkopplung der Zessionsdogmatik vom Forderungsbegriff zurückgehen. Vor diesem Hintergrund reflektiert der Autor Sonderwertungen des Zessionsrechts kritisch am modernen Forderungsbegriff einerseits und der ökonomischen Bedeutung der Zession im 21. Jahrhundert andererseits. Anschließend formuliert er Vorschläge für künftige Vereinheitlichungsbemühungen.

Beil, Lydia

Personale Differenzierung im Kaufrecht

Rechtsvergleichende Studie unter Einbeziehung deutscher und französischer Regelungen und internationaler Regelwerke (CISG, UNIDROIT PICC, CESL, CFR)

Band 410
2018. XXVII, 337 Seiten.

ISBN 9783161561290
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161561306
eBook PDF 64,00 €

Benötigen wir ein spezielles Kaufrecht für Verbrauchsgüterkauf- oder Unternehmerkaufverträge? Die aktuelle Situation ist paradox: In Deutschland versuchen Rechtsprechung und Gesetzgebung seit Jahren, einheitliche Regelungen für alle Personen zu schaffen und müssen dabei regelmäßig im Konflikt mit dem Europäischen Gerichtshof neue Ausnahmen für Verbraucherverträge einfügen oder Begriffe »gespalten auslegen«. In Frankreich existieren sogar zwei (bzw. drei) komplette Kaufrechts-Regime nebeneinander. In beiden Fällen ist die Rechtslage für den juristischen Laien unmöglich zu verstehen. Lydia Beil untersucht anhand eines umfassenden Vergleichs nationaler und internationaler Kaufrechtsinstrumente und unter Verwendung der ökonomischen Analyse, welche Differenzierungen dabei noch sachlich gerechtfertigt sind. Damit trägt sie insbesondere auch zur Diskussion um einen sinnvollen Inhalt für ein zukünftiges einheitliches europäisches Kaufrechtsinstrument bei.

Rosentritt, Sebastian

Die Gefahrtragung im europäischen und internationalen Kaufrecht

CISG, INCO-Terms, Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht, Verbraucherrechterichtlinie und deutsches Recht in vergleichender Perspektive

Band 409
2018. XXIII, 343 Seiten.

ISBN 9783161558023
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161558030
eBook PDF 69,00 €

Die verkaufte Ware wird bei der Abwicklung des Kaufvertrages der Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Beschädigung ausgesetzt. Kaufverträge können auf ganz unterschiedliche Art und Weise abgewickelt werden und damit kann die gegenständliche Ware auch in unterschiedlichem Umfang Gefahren ausgesetzt sein. Geht die Ware nun nach dem Vertragsschluss unter oder gelangt sie beschädigt zum Käufer, stellt sich die Frage, wer das wirtschaftliche Risiko des Untergangs oder der Beschädigung trägt. Kann der Käufer weiterhin die Lieferung verlangen und muss er den Kaufpreis zahlen? Sebastian Rosentritt geht dieser klassischen schuldrechtlichen Frage rechtsvergleichend im europäischen und internationalen Kontext unter Berücksichtigung der Praxis des internationalen Handels nach.



Schwemmer, Anja Sophia

Anknüpfungsprinzipien im Europäischen Kollisionsrecht

Integrationspolitische Zielsetzungen und das Prinzip der engsten Verbindung

Band 408
2018. XXII, 252 Seiten.

ISBN 9783161558870
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161558887
eBook PDF 59,00 €

Das vereinheitlichte Europäische Kollisionsrecht bedient sich der klassischen kollisionsrechtlichen Technik allseitiger Verweisungsnormen. Bei der Wahl der Anknüpfungspunkte werden jedoch neue Akzente gesetzt. Nicht immer lassen sich die neuen Anknüpfungen als Konkretisierungen des Savigny'schen Prinzips der engsten Verbindung darstellen. Vor diesem Hintergrund untersucht Anja Sophia Schwemmer die Anknüpfungsprinzipien des Europäischen Kollisionsrechts unter Berücksichtigung primärrechtlicher Wertungsvorgaben. Dabei beantwortet sie insbesondere auch die Frage, inwieweit der Unionsgesetzgeber bei der Wahl der Anknüpfungsmomente noch dem klassischen Prinzip der engsten Verbindung und dem Neutralitätsparadigma folgt, und inwieweit diese durch integrationspolitische Zielsetzungen überlagert oder gar verdrängt werden.

Seeger, Sebastian

Erbverzichte im neuen europäischen Kollisionsrecht

Unter besonderer Berücksichtigung rechtsvergleichender Bezüge und der Problematik des Statutenwechsels

Band 407
2018. XXIV, 254 Seiten.

ISBN 9783161558382
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161558399
eBook PDF 59,00 €

Erbverzichtverträge sind im deutschen Recht verwurzelte Instrumente einer modernen Nachfolgeplanung. In zahlreichen europäischen Rechtsordnungen sind sie allerdings verboten, woraus sich in internationalen Sachverhalten Friktionen ergeben können. Wie wirkt es sich aus, wenn ein Erblasser seinen gewöhnlichen Aufenthalt ins Ausland verlegt und eine Rechtsordnung Anwendung findet, die den Erbverzicht verbietet? Sebastian Seeger ordnet Erbverzichte in das neue europäische Kollisionsrecht ein und untersucht klassische und neue Methoden des internationalen Privatrechts zur Lösung der Problematik des Statutenwechsels. Die Arbeit wird mit dem Serick-Preis des Instituts für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg und dem Gerhard-Kegel-Preis der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht 2019 ausgezeichnet.

Keinert, Patrick

Vertragsbeendigung in der Insolvenz

Insolvenzbezogene Lösungsklauseln im Rechtsvergleich

Band 406
2018. XXVIII, 434 Seiten.

ISBN 9783161561948
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161561955
eBook PDF 74,00 €

In welchem Umfang und warum verbieten verschiedene Rechtsordnungen den Einsatz von insolvenzbezogenen Lösungsklauseln? Welche Regelungskonzepte gibt es? Patrick Keinert beschäftigt sich mit diesen Fragen und sucht nach der bestmöglichen Lösung im Umgang mit Beendigungsrechten in der Insolvenz. Hierzu untersucht und vergleicht er die Rechtslage in Deutschland, in der Schweiz, in Österreich, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und in England. Anhand weiterer Rechtsordnungen zeichnet er den internationalen Trend nach. Aus dem Rechtsvergleich erarbeitet er einen konkreten Gestaltungsvorschlag und anschließend einen Gesetzesvorschlag. Dabei spricht sich der Autor für ein grundsätzliches Verbot von insolvenzbezogenen Lösungsrechten aus. In Anlehnung an die österreichische Lösung sieht der Gestaltungsvorschlag fallgruppenabhängig die Nichtigkeit oder eine Ausübungssperre der Lösungsklauseln vor. Die vorliegende Arbeit wurde mit dem Gravenbrucher Kreis Wissenschaftspreis 2018 ausgezeichnet.

Neu, Leonie-Pascale

Der Trust im italienischen Recht

Eine rechtsvergleichende Untersuchung vor dem Hintergrund des Haager Trust-Übereinkommens

Band 405
2018. XXVIII, 384 Seiten.

ISBN 9783161557637
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161557644
eBook PDF 74,00 €

Der Trust entstammt der angelsächsischen Rechtstradition und ist dort seit Jahrhunderten ein konsolidiertes Konzept. Mit den Rechtsordnungen des *civil law* wurde er aufgrund Unvereinbarkeit mit seinen tragenden Prinzipien jedoch lange Zeit als inkompatibel angesehen. Trotz fortbestehender Vorbehalte haben verschiedene *civil law*- Rechtsordnungen den Trust inzwischen rezipiert oder ihm nachgebildete neue Institute kodifiziert. Anstoß zu dieser Entwicklung gab nicht zuletzt das »Haager Übereinkommen über das auf Trusts anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung« (»HTrÜ«). Italien hat als erstes Land mit *civil law*- Rechtsordnung seine Pflicht begründet, den Trust »anzuerkennen«. So wurden durch den Beitritt zum HTrÜ schwierige Fragen des »Ob«, »Wie« und »Inwieweit« einer Anerkennung des Trusts aufgeworfen. Am Beispiel Italiens zeigt Leonie Neu auf, dass der Trust nicht ein zwangsläufig dem angelsächsischen Rechtskreis vorzubehaltendes Institut ist, sondern dass er, funktionsgerecht adaptiert, auch in den Rechtsordnungen des *civil law* eine sinnvolle Rolle übernehmen kann.



Gerdemann, Simon

Transatlantic Whistleblowing

Rechtliche Entwicklung, Funktionsweise und Status quo des Whistleblowings in den USA und seine Bedeutung für Deutschland

Band 404
2018. XVIII, 590 Seiten.

ISBN 9783161559167
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161559174
eBook PDF 89,00 €

»Whistleblowing« – wohl kein anderer englischsprachiger Rechtsbegriff kann in den letzten Jahren auf eine vergleichbare Karriere sowohl in der öffentlichen Diskussion und internationalen Wirtschaftspraxis als auch der deutschen Rechtswissenschaft und Rechtspolitik zurückblicken.

Simon Gerdemann geht den Ursprüngen und Hintergründen des modernen Whistleblowingrechts in den USA aus historischer, empirischer und rechtsdogmatischer Perspektive auf den Grund. Er zeigt auf, wie Whistleblowing über Landes- und Rechtsgebietsgrenzen hinweg seinen Weg nach Deutschland gefunden hat, welche aktuellen Folgen seine Diskussion und Adaption für das deutsche Arbeits-, Gesellschafts-, Datenschutz- und Verwaltungsrecht haben und wie man die Erfahrungswerte aus 150 Jahren der Geschichte des Whistleblowingrechts in den USA nutzen kann, um die Zukunft des Whistleblowings in Deutschland sinnvoll zu gestalten.

Wiegandt, Dirk

Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen im Zivilprozess

Zur Verzahnung von Kartellverwaltungs- und Kartellprivatrecht

Band 403
2018. XX, 332 Seiten.

ISBN 9783161559181
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161559198
eBook PDF 64,00 €

Der Nachweis des Kartellrechtsverstoßes bildet einen neuralgischen Punkt bei der Durchsetzung kartellrechtlicher Schadensersatzansprüche. Der durch den Beibringungsgrundsatz geprägte Zivilprozess erweist sich insofern gegenüber dem kartellbehördlichen Verfahren, das den Wettbewerbsbehörden weitreichende Ermittlungsbefugnisse an die Hand gibt, als strukturell unterlegen. Die Bindungswirkung schafft hier Abhilfe, indem sie die private mit der behördlichen Kartellrechtsdurchsetzung verzahnt und den Kläger vom Nachweis des Kartellrechtsverstoßes befreit. Dirk Wiegandt beleuchtet das Instrument der Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen im Zivilprozess und zeigt zugleich, dass es seinerseits auf die behördliche Kartellrechtsdurchsetzung zurückwirkt.

Mayer, Wendelin

Sprache und Recht bei der Europäischen Aktiengesellschaft

Band 402
2018. XXV, 432 Seiten.

ISBN 9783161557941
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161557958
eBook PDF 79,00 €

Was bedeutet 'Rechtspersönlichkeit' der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) und ist dafür relevant, was der Terminus in den Rechtsordnungen der europäischen Mitgliedsstaaten bezeichnet? Während Rückgriffe auf nationales Recht zunächst grundsätzlich der autonomen Auslegung zuwiderlaufen, geschehen sie doch häufig und unbewusst. Bedingt auch durch sich überschneidende Termini nationaler (z.B. deutscher) und europäischer Rechtssprache kommt es hier zu einer Sprachverwirrung, die ein europäisch-einheitliches Rechtsverständnis gefährdet. Wendelin Mayer plädiert dafür, den Rückgriff gerade nicht auszuschließen, sondern Rechenschaft abzulegen über das – regelmäßig von nationalem Recht geprägte – Vorverständnis, um eine Auseinandersetzung mit diesem zu ermöglichen. Ausgangspunkt für eine autonome Auslegung sollte dann ein durch Rechtsvergleichung ermitteltes, gemeinsames Vorverständnis sein.

Repasi, René

Wirkungsweise des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs im autonomen IPR

Band 401
2018. XXVIII, 538 Seiten.

ISBN 9783161553066
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161553073
eBook PDF 84,00 €

60 Jahre Freizügigkeit innerhalb der EU haben ihre Spuren in den Lebensverhältnissen der Menschen hinterlassen. Immer mehr wirtschaftliche und private Beziehungen sind grenzüberschreitend, so dass eine Vielzahl nationaler Rechtsordnungen diese Beziehungen regelt. Die Koordinierung dieser Rechtsordnungen obliegt klassischerweise dem internationalen Privatrecht. Sind die beteiligten Personen zudem unionsansässig oder Unionsbürger, stellt das EU-Recht eigene Vorgaben für das Rechtsanwendungsergebnis auf. René Repasi untersucht den Konflikt zwischen den Vorgaben des EU-Rechts und den Rechtsanwendungsergebnissen, an denen eine nationale Kollisionsnorm beteiligt ist. Aus der Sicht des EU-Rechts untersucht er das nationale autonome IPR. Der unionsrechtliche Anwendungsvorrang strukturiert die Auflösung des Konflikts. Statt einer dogmatischen Neuausrichtung des IPR folgt aus dieser Perspektive eine Stärkung der Parteiautonomie im autonomen IPR.



Peter, Matthis

Zivilprozessuale Gruppenvergleichsverfahren

Einvernehmliche Streitbeilegung im kollektiven Rechtsschutz

Band 400
2018. XXV, 260 Seiten.

ISBN 9783161559358
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161559365
eBook PDF

In der europaweit geführten Diskussion über Verfahren des kollektiven Rechtsschutzes rücken anstelle der Sammelklagen zunehmend Instrumente der einvernehmlichen Streitbeilegung in den Mittelpunkt. Anstatt auf Anspruchsprüfung und Urteil sind Gruppenvergleichsverfahren ausschließlich auf den Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs unter den zahlreichen Parteien ausgerichtet. Matthis Peter untersucht aus vergleichender Perspektive die Funktionsweise und die Wirksamkeit ausgewählter Gruppenvergleichsverfahren in den USA, den Niederlanden und Deutschland. Auf Basis der Länderberichte diskutiert er mit Blick auf einen schweizerischen Gesetzesentwurf einige Kernprobleme dieses relativ neuartigen Verfahrensansatzes.

Bueren, Eckart

Der Rechnungsschock: Hinweispflichten im Bürgerlichen Recht und ihre Grenzen

Rechtsdogmatik, Rechtsvergleichung, Rechtsökonomik

Band 399
2018. XV, 182 Seiten.

ISBN 9783161560545
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161560552
eBook PDF 59,00 €

Die rasche allgegenwärtige Verfügbarkeit von Mobilfunk und immer schnellerem stationärem wie mobilem Internet begünstigt Situationen, in denen Nutzer Technik oder Tarife nicht wie gedacht beherrschen und in der Folge einen 'Rechnungsschock' erleiden. Eckart Bueren systematisiert zunächst das reichhaltige Fallrecht und erörtert die Reaktion der Rechtsordnung im Regulierungs- und Zivilrecht. Darauf aufbauend untersucht er den Ansatz der deutschen Zivilgerichte und die sachgerechte Zuweisung der Nutzungsrisiken kritisch im Lichte von Rechtsdogmatik, Rechtsvergleichung und Rechtsökonomie. Abschließend zeigt er alternative zivilrechtliche Lösungswege auf. Die bei der Untersuchung bedeutsamen Fragen führen zugleich zu grundlegenden Problemstellungen des allgemeinen Bürgerlichen Rechts und des Schuldrechts, die bisher nur spärlich ausgeleuchtet sind.

Kleweta, Fritz

Die Sicherungsfunktion der Floating Charge in Deutschland

Band 398
2018. XXIII, 257 Seiten.

ISBN 9783161555244
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161555329
eBook PDF 59,00 €

Die Floating Charge des englischen Rechts ermöglicht es einem Sicherungsnehmer, durch einen einfachen Vorgang das gesamte Vermögen einer englischen Limited im In- und Ausland zu besichern. Dabei gewährt sie ihm in der Insolvenz des Sicherungsgebers jedoch lediglich ein sehr eingeschränktes Vorrecht. Daher greift die Kreditpraxis häufig nur im Hinblick auf solche Vermögensgegenstände auf die Floating Charge zurück, die nicht ohnehin anderweitig erstrangig dinglich besichert werden können. Der maßgebliche Vorteil dieses Sicherungsmittels liegt dagegen in der Möglichkeit zur Bestellung eines Unternehmensverwalters. Der Unternehmensverwalter ersetzt dabei weitgehend die Geschäftsführung und ist nicht an Weisungen der Gesellschafter gebunden. Idealerweise führt er das Unternehmen zurück in die Profitabilität oder verwertet die Floating Charge, wenn der »turn-around« nicht mehr möglich scheint. Fritz Kleweta analysiert die Möglichkeit einer Floating Charge über das Vermögen einer Limited, die den Mittelpunkt ihrer hauptsächlichen Interessen in Deutschland hat (CoMI), und zeigt, inwiefern ein Unternehmensverwalter auch in Deutschland eingesetzt werden könnte.

Thürk, Sophie Charlotte

Belegenheitsgerichtsstände

Band 397
2018. XX, 322 Seiten.

ISBN 9783161557057
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161557064
eBook PDF 64,00 €

Obschon Gerichtsstände am Ort der Belegenheit einer Sache in fast jeder Rechtsordnung ihren Platz haben und gewichtige Zuständigkeitsinteressen wie Sach-, Beweis- und Rechtsnähe realisieren, waren sie bisher nicht Gegenstand monographischer Analysen. Diese Lücke in der wissenschaftlichen Diskussion schließt Sophie Thürk mit der vorliegenden Arbeit: Anhand der drei ausgewählten Rechtssysteme der USA, der Schweiz und Deutschlands arbeitet sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten der nationalen Belegenheitsgerichtsstände heraus und geht den Fragen nach, ob, unter welchen Voraussetzungen und aus welchen Gründen die Belegenheitszuständigkeit einen (interessen-)gerechten Gerichtsstand bietet. Stellen Belegenheitsgerichtsstände eine geeignete Grundlage für die Ausübung weltweiter Zuständigkeit in einem supranationalen Zuständigkeitsübereinkommen dar?

Junge, Wolfgang

Die Kognitionsbefugnis über Zurückbehaltungsrechte im internationalen Zivilverfahrensrecht



Band 396
2018. XXII, 217 Seiten.

ISBN 9783161546846
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161549465
eBook PDF 59,00 €

Die Kognitionsbefugnis des Gerichts, also die Reichweite seiner Entscheidungsbefugnis, ist im internationalen Zivilverfahrensrecht von erheblicher praktischer Bedeutung. Ein Gericht darf grundsätzlich über sämtliche vom Klagebegehren berührte Fragen unabhängig davon entscheiden, ob sie im Wege des Klagangriffs oder vom Beklagten durch eine Einrede aufgeworfen werden. Ungeklärt ist allerdings, ob ein Gericht auch über ein Zurückbehaltungsrecht entscheiden darf, wenn dem angerufenen Gericht die internationale Zuständigkeit für die eingewendete Gegenforderung fehlt, die Forderung also vor diesem Gericht nicht aktiv eingeklagt werden könnte. Judikatur und Schrifttum begnügen sich bislang mit dem Hinweis auf die bei der Aufrechnung geltenden Grundsätze. Wolfgang Junge wendet sich gegen diese herrschende Meinung und entwickelt ein von der Parallele zur Aufrechnung losgelöstes Modell für die Kognitionsbefugnis über Zurückbehaltungsrechte.

von Bary, Christiane

Gerichtsstands- und Schiedsvereinbarungen im internationalen Erbrecht

Band 395
2018. XXII, 386 Seiten.

ISBN 9783161557965
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161557972
eBook PDF 74,00 €

Unter welchen Voraussetzungen und durch wen kann bei einem internationalen Erbfall das Streitbeilegungsorgan privatautonom bestimmt werden? Christiane von Bary untersucht den Abschluss von Gerichtsstands- und Schiedsvereinbarungen und berücksichtigt aufgrund der erbrechtlichen Besonderheiten auch einseitige Zuständigkeitsbestimmungen und Schiedsanordnungen. Sie analysiert die im Wortlaut sehr offene Regelung der Europäischen Erbrechtsverordnung zu Gerichtsstandsvereinbarungen und ordnet diese dabei in das System der Verordnung und des europäischen internationalen Zivilverfahrensrechts ein. Zudem werden die sich bei grenzüberschreitenden erbrechtlichen Schiedsverfahren stellenden Fragen des anwendbaren Rechts und der Vollstreckbarkeit unter Ausgleich des unterschiedlichen Stellenwerts der Privatautonomie im Schieds- und Erbrecht einer Lösung zugeführt. Nicht zuletzt vergleicht die Autorin Gerichtsstands- und Schiedsvereinbarungen, zeigt bestehende Wertungswidersprüche auf und gibt Hinweise zur praktischen Anwendung.

Kern, Carsten

Schiedsgericht und Generalklausel

Zur Konkretisierung des Gebots des *fair and equitable treatment* in der internationalen Investitionsschiedsgerichtsbarkeit

Band 394
2017. XXII, 443 Seiten.

ISBN 9783161552182
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161554445
eBook PDF 69,00 €

Durch die Diskussion über den Abschluss von Freihandelsabkommen hat die Schiedsgerichtsbarkeit eine bislang ungekannte Aufmerksamkeit erfahren. Für den internationalen Investitionsschutz durch bilaterale und multilaterale Abkommen ist es zudem prägend, dass der jeweils zu Gunsten des ausländischen Investors maßgebende Schutzstandard unter Rückgriff auf Generalklauseln formuliert wird. Dies betrifft insbesondere das Gebot des *fair and equitable treatment*, den zentralen Schutzstandard des internationalen Investitionsrechts. Ein generelles Problem auf der 'Nutzerseite' schiedsrichterlicher Streitbeilegung im Bereich des internationalen Investitionsschutzes besteht im Fehlen einer allgemein anerkannten Konkretisierung dieser Generalklauseln. Ein Teil der gegenüber der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit vorgebrachten Kritik beruht auf diesem Befund. Hier setzt Carsten Kern an und zielt, unter Berücksichtigung der institutionellen Rahmenbedingungen der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit, auf die Beantwortung der methodischen wie auch der inhaltlichen Frage nach der angemessenen Konkretisierung des Gebots des *fair and equitable treatment*.

Flohr, Martin

Rechtsdogmatik in England

Band 393
2017. XIII, 342 Seiten.

ISBN 9783161552809
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161552816
eBook PDF 59,00 €

Lässt sich die Präsenz dogmatischen Denkens als Beleg für den europäischen Charakter des englischen Rechts anführen? Martin Flohr erhellt den geistesgeschichtlichen Hintergrund des englischen Rechtsdenkens, zeichnet ein Bild der englischen Rechtsmentalität und deckt die institutionellen Hindernisse auf, die der Verbreitung dogmatischer Methoden entgegenstanden. Seit einigen Jahren ist ein tiefgreifender Wandel des Selbstverständnisses englischer Universitätsjuristen zu beobachten. In der lebhaften Debatte darüber, ob und gegebenenfalls wie das Fallrecht systematisiert werden kann, ohne es zu verfälschen und seiner Anpassungsfähigkeit zu berauben, wird der Mentalitätsbruch besonders deutlich. Während die ältere Generation der Rechtslehrer sich mit einer akkuraten Darstellung der Kasuistik begnügt hatte, sucht der wissenschaftliche Nachwuchs nach der inneren Struktur des Rechts sowie den bestmöglichen Erklärungen für dessen Regeln. Martin Flohr stellt verschiedene Forschungsansätze vor, die eine Rationalisierung des Privatrechts versprechen, und eröffnet damit auch eine neue Perspektive auf die Grundlagen der kontinentaleuropäischen Jurisprudenz.

Wiedemann, Denise

Vollstreckbarkeit

Entwicklung, Wirkungserstreckung und Qualifikation im System Brüssel Ia



Band 392
2017. XXVII, 348 Seiten.

ISBN 9783161554803
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161554810
eBook PDF 64,00 €

Die seit dem 10. Januar 2015 geltende Brüssel Ia-VO setzt einen Meilenstein für die grenzüberschreitende Zwangsvollstreckung in der Europäischen Union. Bisher mussten Entscheidungen ein Zwischenverfahren, das sogenannte Exequaturverfahren oder auch Vollstreckbarerklärungsverfahren durchlaufen, bevor sie in einem anderem Mitgliedstaat vollstreckt werden konnten. Die Brüssel Ia-VO beseitigt das Exequaturverfahren. Bei der unmittelbar grenzüberschreitenden Vollstreckung fließen das Recht des Ursprungsstaates, das Recht des Vollstreckungsstaates und das Unionsrecht zusammen. Denise Wiedemann untersucht, welche dieser Rechtsordnungen Anwendung auf einzelne Fragen der Zwangsvollstreckung findet.

Spiegel, Torsten

Independent Directors in Japan

Die japanische Corporate Governance und effektives Monitoring aus rechtsvergleichender Sicht

Band 391
2017. XXV, 305 Seiten.

ISBN 9783161556906
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161556913
eBook PDF 64,00 €

Die effektive Überwachung der Geschäftsführung stellt das Kernproblem einer jeden Aktiengesellschaft dar. Ein Instrument zum Ausgleich der Überwachungsdefizite ist der unabhängige Direktor. Er gehört weltweit zum Standard guter Corporate Governance, ist jedoch zunehmend in die Kritik geraten. Seine Rezeption in Japan hat demgegenüber erst in jüngerer Vergangenheit vor dem Hintergrund des Wirtschaftsprogramms Abenomics an Fahrt aufgenommen. Torsten Spiegel geht der Frage nach, wie sich der unabhängige Direktor in das bislang weitgehend vor unternehmensexternem Einfluss abgeschottete System der Corporate Governance in Japan einfügt. Er leitet aus seinen rechtsvergleichenden Untersuchungen zu den USA, dem Vereinigten Königreich und Deutschland ein Analysekonzept ab. Anhand dessen untersucht er sowohl die strukturellen Rahmenbedingungen als auch die bisherige Ausgestaltung des unabhängigen Direktors in Japan.

Göckler, Till

Angstfaktor und unlautere Handelspraktiken

Eine Untersuchung anlässlich des Grünbuchs der Europäischen Kommission über unlautere Handelspraktiken in der b2b-Lieferkette

Band 390
2017. XXII, 371 Seiten.

ISBN 9783161552038
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161552939
eBook PDF 64,00 €

Wenn in einer Handelsbeziehung große Unternehmen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) gegenüberstehen und diese unlauteren Handelspraktiken aussetzen, bedarf es zunehmend gesetzlicher Regelungen, die einen Ausgleich unausgewogener Verhandlungspositionen bewirken. Doch selbst wo derartige materiell-rechtliche Regelungen bestehen, zeigen sich Defizite bei ihrer Durchsetzung. Diese Aspekte hat die Europäische Kommission erkannt und den Problembereich unlauterer Handelspraktiken Wissenschaft und Praxis zur Diskussion vorgelegt. Till Göckler zeigt, welche Bereiche des deutschen Rechts zum Schutz von KMU besonders geeignet sind und wieso trotz einer KMU-freundlichen Rechtslage Defizite bei der Rechtsdurchsetzung bestehen. Dazu erstellt er auf der Grundlage verhaltensökonomischer Annahmen einen Prüfungsrahmen, der auf die Durchsetzungsmittel und Sanktionen des Zivilprozesses, der überindividuellen AGB-Kontrolle, des Kartellrechts sowie einer neuen Form der alternativen Streitbeilegung angewendet wird. Abschließend erarbeitet er Lösungsansätze für eine effektivere Durchsetzung des KMU-Schutzes in Deutschland.

Kühn, Franziska

PartGmbH und UK-LLP als hybride Gesellschaftsformen

Eine rechtsvergleichende Würdigung der Haftungsrisiken im Innen- und Außenverhältnis, des Gründungs- und Umstrukturierungsaufwands sowie der steuerlichen Belastung im Inland

Band 389
2017. XXV, 327 Seiten.

ISBN 9783161553516
fadengeheftete Broschur 59,00 €
ISBN 9783161553523
eBook PDF 59,00 €

Im Wege einer Reform des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes wurde im Juli 2013 die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung als spezielle Rechtsform für Angehörige freier Berufe eingeführt. Ziel des Gesetzgebers war es, das bekannte Modell der Partnerschaftsgesellschaft so zu modifizieren, dass es als attraktive Gesellschaftsform gegenüber der englischen LLP konkurrenzfähig ist. Hintergrund ist der aufgrund der Gründungstheorie innerhalb der Europäischen Union vorherrschende Wettbewerb der Gesellschaftsformen. Franziska Kühn überprüft kritisch den gesetzgeberischen Anspruch, indem sie aus der Perspektive von Freiberuflern die für die Rechtsformwahl entscheidungserheblichen Kriterien untersucht. Zur praktischen Handreichung werden die Gründung sowie der Betrieb einer Sozietät in den Fokus gestellt, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem Aspekt der vorzuhaltenden Berufshaftpflichtversicherung liegt. Die Autorin zeigt hierbei bestehende Problemfelder und Defizite auf.

Weber, Philipp

Gleichgeschlechtliche Elternschaft im Internationalen Privatrecht

Band 388
2017. XX, 256 Seiten.

ISBN 9783161555282
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161555299
eBook PDF 69,00 €

Eine wachsende Zahl ausländischer Rechtsordnungen ermöglicht die gleichgeschlechtliche Elternschaft durch Anerkennung einer zweiten Frau neben der Geburtsmutter oder in Leihmutterchaftskonstellationen. Für den deutschen Rechtsanwender stellt sich die Frage, inwieweit eine derartige im Ausland begründete Abstammungszuordnung auch im Rahmen der deutschen Rechtsordnung Wirkung entfaltet. Ausgehend von einer rechtsvergleichenden Darstellung und Einordnung ausländischer Abstammungsregelungen zugunsten gleichgeschlechtlicher Eltern untersucht Philipp Weber grundlegende kollisionsrechtliche Fragen im deutschen Abstammungsrecht. Dabei berücksichtigt er verfassungsrechtliche und europarechtliche Vorgaben. Im Zuge dessen wird die aktuelle Rechtsprechung im Bereich des internationalen Abstammungsrechts dargestellt und analysiert.

Schröder, Martin

Der Unternehmerregress beim Verbrauchsgüterkauf im Falle von grenzüberschreitenden Handelskäufen

Eine rechtsvergleichende und kollisionsrechtliche Betrachtung unter Berücksichtigung des deutschen und österreichischen Rechts sowie des UN-Kaufrechts, des DCFR und des Vorschlags für ein GEK

Band 387
2017. XXII, 347 Seiten.

ISBN 9783161544170
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161544187
eBook PDF 79,00 €

Vertragsketten, die vom Hersteller über Zwischenhändler bis zum Letztverkäufer reichen, sind aus dem wirtschaftlichen Alltag nicht mehr wegzudenken. Solche Vertragsketten bergen jedoch potentielle rechtliche Risiken für die Glieder der Vertragskette – insbesondere, wenn der Letztverkäufer an einen Verbraucher verkauft hat. Art. 4 der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie (1999/44/EG) enthält eine rudimentäre Regel über den Regress, die von den Mitgliedstaaten höchst unterschiedlich umgesetzt wurde. Während die §§ 478, 479 BGB zum Regress entlang der Lieferkette ausgefeilte Regelungen enthalten, hat Österreich sich mit § 933b ABGB für eine andere Umsetzung des Kettenregresses entschieden. Nach einer vergleichenden Untersuchung der Umsetzungen geht Martin Schröder den folgenden Fragen nach: Wie gestalten sich die Regressfragen, wenn ein grenzüberschreitender Handelskauf vorliegt? Wie behandeln das UN-Kaufrecht und europäische Regelungsvorschläge den Regress des Letztverkäufers? Welchen Lösungsansatz hält das Internationale Privatrecht bereit?

Walter, Mareike

Die Preisbindung der zweiten Hand

Eine Neubewertung im Licht der ökonomischen Analyse und des US-amerikanischen, europäischen, deutschen und schweizerischen Kartellrechts

Band 386
2017. XXV, 399 Seiten.

ISBN 9783161553301
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161553318
eBook PDF 69,00 €

Preisvereinbarungen ermöglichen es Marktteilnehmern, den Wettbewerb zu beschränken. Das Verbot der Preisbindung der zweiten Hand ist deshalb auch bei rechtsvergleichender Betrachtung ein zentraler Grundsatz von Kartellrechtsordnungen in den USA und Europa. In jüngster Vergangenheit ist dieses strikte Verbot jedoch in die Kritik geraten. Mareike Walter untersucht, wie sich Kartellrechtsordnungen seit dem Rechtsprechungswechsel des U.S. Supreme Court in der Leegin-Entscheidung 2007 gegenüber vertikalen Preisvereinbarungen und alternativen Strategien verhalten. Sie überprüft, ob rechtsdogmatische oder ökonomische Erkenntnisse sowohl in Bezug auf klassische als auch moderne Klauseln in Online-Geschäftsmodellen ein ehemals unumstößliches Verbot tatsächlich nachhaltig in Frage stellen können. Auch Umgehungsstrategien und Bereichsausnahmen finden in dieser Neubewertung besondere Berücksichtigung.

Segger, Sören

Der Amicus Curiae im Internationalen Wirtschaftsrecht

Eine rechtsvergleichende Untersuchung des U.S.-amerikanischen, deutschen, europäischen, Welthandels- und Investitionsschutzrechts sowie der Principles of Transnational Civil Procedure

Band 385
2017. XXX, 584 Seiten.

ISBN 9783161550775
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161551628
eBook PDF 89,00 €

Das Rechtsinstitut des amicus curiae ist insbesondere aus dem U.S.-amerikanischen Recht bekannt: Ein am Prozess an sich unbeteiligter Dritter gibt dem Gericht eine Stellungnahme ab mit Informationen über Hintergrund oder Umfeld der zu entscheidenden Frage. Mittlerweile sind amici in einer Vielzahl unterschiedlicher Rechtsordnungen geläufig. Sören Segger untersucht auf breiter rechtsvergleichender Grundlage eingehend die prozessualen Einzelfragen einer amicus-Beteiligung: Was sind die Voraussetzungen einer Beteiligung? Wann ist eine amicus-Stellungnahme einzureichen? Können tatsächliche Informationen als Beweis verwertet werden? Welche Rolle spielt hierbei der Beibringungsgrundsatz? Welche prozessualen Rechte hat ein amicus? Neben der Erörterung einer Vielzahl weiterer Fragen wird auch geprüft, inwiefern das Institut des amicus nicht auch in das deutsche und europäische Prozessrecht übertragen werden sollte.



Woyciechowski, Sarah

Haftungsgrenzen im französischen Deliktsrecht

Zur Reichweite der deliktischen Generalklausel in Art. 1382f. Code civil

Band 384
2017. XXII, 382 Seiten.

ISBN 9783161552670
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161552687
eBook PDF 69,00 €

Die Frage der adäquaten Formulierung des Schutzbereichs gehört zu den ungeklärten Grundproblemen des europäischen Haftungsrechts. Dem deutschen Modell der »drei kleinen Generalklauseln« steht die unbeschränkte deliktische Generalklausel in Art. 1382 Code civil gegenüber. Sarah Woyciechowski untersucht, woher dieser Gegensatz stammt und inwieweit die unbeschränkte Formulierung des Schutzbereichs der Haftung das französische Recht von Anfang an geprägt hat. Die Autorin zeigt, wie sich die Reichweite der deliktischen Generalklausel im französischen Recht vom ersten Aufkommen einer solchen Generalklausel im Naturrecht über das *ancien droit* und den Code civil bis in die Gegenwart entwickelt hat. Dies erfordert zeitweise einen differenzierenden Blick auf Lehre und Rechtsprechung, die für die jeweilige Bestimmung des Schutzbereichs mitunter unterschiedliche »Techniken« herangezogen haben.

Vedie, Ina

Arthur T. von Mehren und das internationale Zivilverfahrensrecht im transatlantischen Dialog

Band 383
2017. XXVI, 417 Seiten.

ISBN 9783161552021
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161553158
eBook PDF 64,00 €

Ein weltweites Übereinkommen auf dem Gebiet des internationalen Zivilverfahrensrechts kann nur Erfolg haben, wenn der transatlantische Dialog verbessert wird. Ina Vedie widmet sich diesem Dialog und rückt die Lehren des U.S.-Amerikaners Arthur Taylor von Mehren (1922–2006) in den Mittelpunkt der transatlantischen Rechtsvergleichung. Sie untersucht Fragen der internationalen Zuständigkeit, der grenzüberschreitenden Verfahrenskoordination und der Urteilsanerkennung. Dazu werden Entscheidungen des U.S. Supreme Court wie *McIntyre v. Nicastro* (2011) und *Daimler v. Bauman* (2014) herangezogen und grundlegende europäische Konzeptionen wie das Prinzip des *actor sequitur forum rei* und die Prioritätsregel für Parallelverfahren den amerikanischen Lösungsansätzen gegenübergestellt. Abschließend analysiert die Autorin den Einfluss von Mehrens auf die Arbeiten der Haager Konferenz für IPR vor dem Hintergrund des aktuellen *Judgments Project*.

Rentsch, Bettina

Der gewöhnliche Aufenthalt im System des Europäischen Kollisionsrechts

Band 382
2017. XXXII, 465 Seiten.

ISBN 9783161551727
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161552243
eBook PDF 74,00 €

Im Zuge der europäischen Kollisionsrechtsharmonisierung hat der gewöhnliche Aufenthalt erheblich an Bedeutung gewonnen. Inhaltlich und strukturell ist der Begriff aber weitgehend unerschlossen. Unklar ist auch, ob er einheitlich gehandhabt werden kann. Bettina Rentsch nimmt diese Unsicherheit zum Anlass, um den gewöhnlichen Aufenthalt sowohl historisch als auch konzeptionell und rechtspolitisch zu analysieren. Sie entwickelt eine rechtsaktübergreifende Begriffssystematik, die sich an Gegenstand und Reichweite der unionskollisionsrechtlichen Rechtswahlbestimmungen orientiert. Der so skizzierte, rechtswahlakzessorische Aufenthaltsbegriff nimmt das Gesetzesrecht ernst und führt unterschiedliche kollisionsrechtliche Rechtsquellen zusammen. So können Kohärenzdefizite im Europäischen Kollisionsrecht auf lange Sicht durch die Rechtsdogmatik eingeehrt werden. Die vorliegende Arbeit wurde mit dem Serick-Preis der Universität Heidelberg 2017 und dem Ruprecht-Karls-Preis 2018 ausgezeichnet.

Dedual, Alessia

Geltungserhaltende Reduktion

Richterliche Ersatzregelbildung im schweizerischen Vertragsrecht

Band 381
2017. XX, 313 Seiten.

ISBN 9783161552755
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161552762
eBook PDF 59,00 €

Der Begriff 'geltungserhaltende Reduktion' steht im kontinentaleuropäischen Diskurs für eine komplexe Rechtsfigur im Graubereich von Auslegung, richterlicher Rechtsfortbildung und Vertragsanpassung. Im Kern bezeichnet der Ausdruck nämlich die Rückführung einer rechtswidrigen und deswegen an sich unwirksamen vertraglichen Vereinbarung auf eine noch zulässige Gestaltung. Tief in der schweizerischen Rechtskultur verwurzelt, wird die geltungserhaltende Reduktion in Deutschland seit langem mehrheitlich verworfen. Bislang war diese Diskussion vor allem geprägt von Überlegungen zur Reichweite der gerichtlichen Vertragsinhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen und der normativen Verbindlichkeit des Parteiwillens. Alessia Dedual fragt aus einer regulierungstheoretischen Perspektive nach den Möglichkeiten und Grenzen der geltungserhaltenden Reduktion vor allem im Zusammenhang der schweizerischen Rechtsordnung. Dabei verbindet sie ökonomische Theorieansätze mit dogmatischer Rekonstruktion und kann auf diese Weise Lösungsvorschläge entwickeln, die über das schweizerische Privatrecht hinausreichen. Die Arbeit wurde 2018 sowohl von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich mit dem Issekutz Preis für hervorragende Leistungen im Bereich des Wirtschaftsrechts als auch mit dem Prof. Walter Hug Preis ausgezeichnet. Zusätzlich wurde die herausragende Arbeit mit dem Mercator Award 2019 der Universität Zürich ausgezeichnet.



Wojtas, Małgorzata

Die Haftung für culpa in contrahendo in Polen und in Deutschland

Eine Analyse im Kontext des europäischen und internationalen Privatrechts

Band 378
2017. XXIV, 320 Seiten.

ISBN 9783161551741
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161553738
eBook PDF 59,00 €

Die Haftung für culpa in contrahendo beschreibt die Verantwortlichkeit der Verhandlungsparteien für ihr Fehlverhalten in der vorvertraglichen Phase. Was stellt ein vorvertragliches Fehlverhalten dar und welche haftungsrechtliche Konsequenzen löst es aus? Trotz fortschreitender Harmonisierung des europäischen Vertragsrechts ist dies bis heute im polnischen und deutschen Rechtssystem unterschiedlich geregelt. Małgorzata Wojtas arbeitet zunächst eine europarechtliche Definition der culpa in contrahendo heraus, welche anschließend als Grundlage für einen Rechtsvergleich der deutschen und polnischen Gestaltung der vorvertraglichen Haftung verwendet wird. Danach arbeitet sie einheitliche Grundsätze der vorvertraglichen Haftung im polnischen Recht heraus. Abschließend untersucht sie verschiedene Lösungen der rechtlichen Gestaltung von grenzüberschreitenden Rechtsgeschäften auf Grundlage des europäischen und internationalen Privatrechts, mit welchen sich die aus den festgestellten national-rechtlichen Differenzen resultierenden Nachteile vermeiden lassen.

Horst, Sophie-Isabelle

Das Spannungsverhältnis zwischen Schiedsrichter und Parteivertreter in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit

Insbesondere unter den IBA Guidelines on Party Representation in International Arbitration

Band 379
2017. XXII, 299 Seiten.

ISBN 9783161551857
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161553141
eBook PDF 69,00 €

Die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Schiedsrichter spielen eine entscheidende Rolle in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Gleiches gilt für das Recht der Schiedsparteien auf freie Auswahl ihrer Parteivertreter. Beide Rechtspositionen kollidieren, wenn zwischen Schiedsrichter und Parteivertreter eine Verbindung besteht, die die Unvoreingenommenheit des Schiedsrichters gefährdet. Sophie-Isabelle Horst untersucht das Spannungsverhältnis zwischen Schiedsrichter und Parteivertreter insbesondere im Hinblick auf die Schiedsrichterablehnung und die Rolle der Schiedsparteien bei der Vermeidung von Interessenkonflikten. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Vermeidung von Interessenkonflikten und dem Ausschluss des Parteivertreters nach den im Jahr 2013 veröffentlichten IBA Guidelines on Party Representation in International Arbitration.

Päßler, Jacqueline

Das Gebot zur Führung des Rechtsformzusatzes im Kapitalgesellschaftsrecht

Verstoßfolgen und kollisionsrechtliche Anknüpfung

Band 378
2017. XXV, 192 Seiten.

ISBN 9783161551222
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161551642
eBook PDF 59,00 €

Kapitalgesellschaften ermöglichen es ihren Gesellschaftern, das persönliche Risiko auf die geleistete Einlage zu begrenzen und das Risiko des unternehmerischen Scheiterns auf die Gläubiger zu verlagern. Entsprechend skeptisch werden Gesellschaften mit geringem Stammkapital beurteilt. Dies setzt wiederum erhebliche Anreize, die Rechtsform zu verschleiern. Auch im grenzüberschreitenden Verkehr bestehen solche Anreize. Denn ist der potentielle Kontrahent mit der Rechtsform nicht vertraut, so steht zu befürchten, dass er ungeachtet der Wettbewerbsfähigkeit von Produkt und Unternehmen vom Vertragsschluss Abstand nimmt. Jacqueline Päßler untersucht, wie das deutsche Zivilrecht auf Verschleierungen der Rechtsform durch in- und ausländische Kapitalgesellschaften reagiert und ob diese Mechanismen auch international-privatrechtlich zur Anwendung gelangen.

Sammeck, Sarah

Die internationale Produkthaftung nach Inkrafttreten der Rom II-VO im Vergleich zu der Rechtslage in den USA

Band 377
2017. XXIII, 218 Seiten.

ISBN 9783161544620
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161545740
eBook PDF 64,00 €

Zur Bestimmung des anwendbaren Rechts in grenzüberschreitenden Produkthaftungsfällen hat der europäische Gesetzgeber mit Art. 5 der Rom II-VO eine komplexe Kollisionsnorm geschaffen, die sehr kontrovers diskutiert wird. Sarah Sammeck geht der Frage nach, ob die Kollisionsnorm des Art. 5 Rom II-VO mit seiner starren Anknüpfungssystematik oder die flexibleren Ansätze in den Bundesstaaten New York und Louisiana die überzeugendere Lösung zur Ausbalancierung der antagonistischen Regelungsziele Vorhersehbarkeit und Einzelfallgerechtigkeit bereitstellen und zu einem angemessenen Ausgleich der Interessen der Beteiligten eines Produkthaftungsfalles führen. Die vergleichende Bewertung zeigt, dass es aufgrund der Vielfalt kollisionsrechtlicher Sachverhalte aus dem Bereich der Produkthaftung unangemessen ist, nach Art. 5 Rom II-VO schematisch einzelne Anknüpfungsmerkmale zu isolieren und unter ihnen eine Priorisierung vorzunehmen. Die Autorin kommt zu dem Ergebnis, dass die Eröffnung der Möglichkeit einer vielfältigeren Kombination von Anknüpfungsmomenten kodifizierbar ist und nicht zwangsläufig zu Lasten der Vorhersehbarkeit und damit der Rechtssicherheit gehen muss.



Wäschle, Jonas

Die internationale Zuständigkeit für Schadensersatzklagen gegen Weltkartelle

Koordination der Gerichtspflichtigkeit in Europa und den USA

Band 376
2017. XX, 268 Seiten.

ISBN 9783161550171
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161552496
eBook PDF 69,00 €

Kartellrecht wird in jüngster Zeit in Europa vermehrt mit den Mitteln des Privatrechts durchgesetzt. Bei global agierenden Kartellen steht den Geschädigten für Schadensersatzklagen gegen die Beteiligten des Kartells häufig eine Vielzahl potenzieller Gerichtsstände zur Verfügung. Dabei kommt dem Gerichtsstand für den Ausgang derartiger Verfahren eine erhebliche praktische Bedeutung zu. Jonas Wäschle untersucht die internationale Zuständigkeit für Kartellschadensersatzklagen anhand des deutschen und US-amerikanischen Rechts. Aufbauend auf den gewonnenen Erkenntnissen werden Möglichkeiten ausgelotet, wie die Handhabung der internationalen Zuständigkeit bei Weltkartellen in deutsch-amerikanischen Rechtsverkehr koordiniert werden kann.

Richter, Thomas

Parteiautonomie im Internationalen Immaterialgüterrecht

Eine rechtsvergleichende Untersuchung de lege lata und de lege ferenda

Band 375
2017. XXXIV, 430 Seiten.

ISBN 9783161549816
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161550522
eBook PDF 79,00 €

Im Zusammenhang mit Immaterialgüterrechten wie Marken, Patenten und dem Urheberrecht genießen das Territorialitätsprinzip und die daraus fließende Anwendung des Schutzlandrechts international Anerkennung. Thomas Richter untersucht die Zulässigkeit und Reichweite der Rechtswahl im Immaterialgüterrecht de lege lata und de lege ferenda. Dabei geht er insbesondere auf die Bedeutung der Rechtswahl für das dingliche Verfügungsgeschäft beziehungsweise die Abgrenzung zwischen Vertragsstatut und dinglichem Statut sowie die Zulässigkeit einer Rechtswahl bei der Verletzung von Immaterialgüterrechten ein. Die Untersuchung erfolgt rechtsvergleichend anhand der bestehenden Kollisionsregeln in der EU, den USA und der Schweiz und bezieht die Lösungsansätze von Modellgesetzen mit ein. Abschließend entwickelt Thomas Richter auf Grundlage der kollisionsrechtlichen Dogmatik neue Regeln unter Berücksichtigung des Interesses der Parteien an Rechtssicherheit und niedrigen Transaktionskosten sowie marktordnungsrechtlicher Erfordernisse im Bereich der Immaterialgüter.

Hoischen, Nicola

Die Vermögensauseinandersetzung nichtehelicher Lebensgemeinschaften in Deutschland und Frankreich

Eine rechtsvergleichende Analyse mit abgrenzender Betrachtung der Vermögensauseinandersetzung von Ehen und registrierten Partnerschaften

Band 374
2017. XX, 323 Seiten.

ISBN 9783161541919
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161541926
eBook PDF 64,00 €

Wer als Paar zusammenlebt ohne zu heiraten, stellt sich bewusst außerhalb des Rechts und kann bei Trennung keinen rechtlichen Schutz erwarten, so die jahrzehntelang herrschende Meinung in der Rechtsprechung und Literatur. Durch zwei Grundsatzentscheidungen hat der BGH 2008 jedoch eine Kehrtwende vollzogen und die Vermögensauseinandersetzung bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften an diejenige von Gütertrennungsehen angelehnt. In Frankreich macht aktuell eine stetig wachsende Zahl nichtehelicher Paare von der Möglichkeit Gebrauch, durch die Eingehung eines *Pacte civil de Solidarité* (*PACS*) ihrer Partnerschaft einen festen rechtlichen Rahmen zu geben und so die Konsequenzen einer Trennung im Voraus zu regeln. Nicola Hoischen untersucht rechtsvergleichend die Vermögensauseinandersetzung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und geht dabei der Frage nach, ob sich der *PACS* auch für die deutsche Rechtsordnung empfiehlt.

Antomo, Jennifer

Schadensersatz wegen der Verletzung einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung?

Eine Untersuchung von Schadensersatz- und anderen materiellrechtlichen Erstattungsansprüchen wegen der Missachtung einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung



Band 373
2017. XXXVI, 719 Seiten.

ISBN 9783161548864
fadengeheftete Broschur 99,00 €

ISBN 9783161549137
eBook PDF 99,00 €

Parteien internationaler Handelsverträge vereinbaren häufig die ausschließliche Zuständigkeit der Gerichte eines bestimmten Staates. Solche Gerichtsstandsvereinbarungen werden von den Vertragspartnern jedoch nicht immer beachtet und sind auch vor den Gerichten mancher Staaten nicht wasserfest. Abwehrmöglichkeiten, etwa Prozessführungsverbote, sind nur bedingt verfügbar und geeignet, die redliche Partei vor den Folgen einer Klage im derogierten Forum zu schützen. Können aus der Missachtung der Gerichtsstandsvereinbarung Schadensersatzansprüche erwachsen? Jennifer Antomo untersucht die einschlägige ausländische Rechtsprechung und erörtert die dogmatischen und rechtspolitischen Aspekte der Thematik aus Sicht der deutschen Gerichte. Auch die Besonderheiten, die sich aus der Geltung des Haager Gerichtsstandsübereinkommens oder der revidierten EuGVVO ergeben können, werden umfassend diskutiert.

Zwirlein, Susanne

Versprechen und Zufall

Eine historisch-vergleichende Studie zur Gefahrtragung beim Kauf beweglicher Sachen im englischen und deutschen Recht

Band 372
2017. XIII, 331 Seiten.

ISBN 9783161551369
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161552380
eBook PDF 69,00 €

Inwieweit sind Vertragsparteien an ihre Versprechen gebunden, obwohl der Zufall ihre Pläne durchkreuzt hat? Diese Frage nach der Gefahrtragung zielt auf Grundprobleme des Vertragsrechts. Susanne Zwirlein analysiert die Genese der Regeln zu Unmöglichkeit und Gefahrtragung beim Kauf beweglicher Sachen im englischen und deutschen Recht in ihrem ideengeschichtlichen Kontext. Flankierend unternimmt sie einen kritischen Ausblick auf Möglichkeiten und Grenzen einer Rechtsvereinheitlichung auf diesem Gebiet. Sie zeigt auf, welche erheblichen Unterschiede die historische Entwicklung und die dogmatischen Tiefenstrukturen von Unmöglichkeit und Gefahrtragung im englischen und deutschen Recht aufweisen. Die Verfasserin gewinnt ihre Ergebnisse durch eine historisch-vergleichende Analyse, die Quellen von der Antike bis in die Gegenwart umfasst.

Leibkühler, Peter

Die Parteiautonomie im chinesischen internationalen Privatrecht

Das Recht der Volksrepublik China im Lichte eines Vergleichs mit deutschem und europäischem Kollisionsrecht

Band 371
2017. XXIV, 292 Seiten.

ISBN 9783161549670
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161549687
eBook PDF 64,00 €

Für jede international-privatrechtliche Streitigkeit stellt sich die wichtige Frage des anwendbaren Rechts. Die angemessene Antwort suchen nationale Kodifikationen heute in zunehmendem Maße in der Delegation der Bestimmung des anwendbaren Rechts auf die Parteien selbst. Die bei der Einräumung dieser Freiheit zu beachtenden Umstände stehen im Spannungsfeld von Parteiwille, staatlicher Souveränität und Rechtssicherheit. Die VR China hat im Jahre 2010 ein neues Gesetz zum internationalen Privatrecht verabschiedet und hierin erstmals der Parteiautonomie einen prominenten Platz eingeräumt. Peter Leibkühler bietet eine Analyse dieser neuesten rechtlichen Entwicklung in Gesetzesrecht, Literatur und staatlicher Rechtsprechung. Ein besonderes Augenmerk legt er dabei auf die gerichtliche Umsetzung und die Frage der tatsächlichen Ermittlung und Anwendung ausländischen Rechts. Die Untersuchung erfolgt als Vergleich mit den entsprechenden deutschen bzw. europäischen Regelungen.

Geuenich, Berit

Die Bestimmung des anwendbaren Rechts im Falle der internationalprivatrechtlichen Verweisung auf einen territorialen Mehrrechtsstaat

Rechtsvergleich, Haager Übereinkommen, Art. 4 Abs. 3 EGBGB, Europäisches IPR

Band 370
2017. XXXIV, 487 Seiten.

ISBN 9783161548536
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161548543
eBook PDF 84,00 €

Bei der Bestimmung des anwendbaren materiellen Rechts im Falle eines Sachverhalts mit grenzüberschreitenden Bezügen stößt der Rechtsuchende bisweilen auf territoriale Mehrrechtsstaaten, innerhalb derer mehrere Rechtsordnungen in verschiedenen räumlichen Gebieten nebeneinander existieren. Dann fragt sich, wie aus den verschiedenen Rechtsordnungen eine einzelne Partikularrechtsordnung auszuwählen ist.

Auf diese Frage nach der Unteranknüpfung, eines der umstrittensten Probleme des IPR, sucht die Autorin eine Antwort, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Rechtsebene. Dazu betrachtet sie rechtsvergleichend die historischen Ursprünge der Problembehandlung, untersucht die Entwicklung der Regelungen in den Haager Übereinkommen, die nationale Vorschrift des Art. 4 III EGBGB sowie die Unteranknüpfungsregelungen der Europäischen Verordnungen und bietet abschließend einen Lösungsvorschlag.



Rußmann, Dominik

Erwerb mit Mitteln der Erbschaft

Die rechtsgeschäftliche dingliche Surrogation gemäß §§ 2019 I, 2111 I 1 BGB vor dem Hintergrund des »tracing« im englischen Recht

Band 369
2017. XX, 377 Seiten.

ISBN 9783161549397
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161549472
eBook PDF 69,00 €

Die Mittelsurrogation nach § 2019 I BGB und § 2111 I BGB steht in grundlegendem Widerspruch zum Vermögensrecht des BGB. Indem diese Tatbestände die vermögensrechtliche Zuordnung eines Gegenstands an die Herkunft der Erwerbsmittel knüpfen, durchbrechen sie die fundamentale Trennung von Schuld- und Sachenrecht. Erstaunlicherweise führen sie indes bislang ein wissenschaftliches Schattendasein. Ganz anders ergeht es hingegen ihrem englischen Pendant, dem sogenannten *tracing*, dem seit Jahrzehnten vertiefte Diskussionen gewidmet sind.

Dominik Rußmann nutzt das *law of tracing* als Inspirationsquelle und Kontrastfolie, um die Grundprinzipien der Mittelsurrogation herauszuarbeiten. Er entwickelt neue Lösungen für zahlreiche problematische und streitige Fallgruppen, insbesondere im Bereich der Regeln zur Identifikation von Surrogaten. Im Fokus stehen sachen- und erbrechtliche Fragen sowie ihre Verflechtung mit dem Insolvenzrecht.

Moeller, Axel

Alternative Initial Public Offering Models

The Law and Economics Pertaining of Shell Company Listings on German Capital Markets

Band 368
2016. XIX, 112 Seiten.

ISBN 9783161538940
fadengeheftete Broschur 44,00 €

ISBN 9783161540004
eBook PDF 44,00 €

Die anhaltende Suche nach besseren Methoden der öffentlichen Eigenkapitalfinanzierung hat in jüngerer Vergangenheit zur Herausbildung alternativer Börsengangmodelle für Unternehmen geführt. Axel Moeller widmet sich den Fragen bezüglich der Umsetzung solcher Modelle in Deutschland aus einem juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Blickwinkel.

Seibold, Stefanie

Die Haftung von Ratingagenturen nach deutschem, französischem, englischem und europäischem Recht

Band 367
2016. XXI, 240 Seiten.

ISBN 9783161545856
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161545863
eBook PDF 64,00 €

Seit der weltweiten Finanzkrise im Jahr 2008 wird eine intensive Diskussion um notwendige Maßnahmen zur Begrenzung der Marktmacht von Ratingagenturen geführt. Ein zentrales Element bildet hierbei die Frage nach ihrer Haftung für fehlerhafte Ratings, welche Stefanie Seibold für drei wichtige Mitgliedstaaten der Europäischen Union umfassend rechtsvergleichend analysiert: Ausgehend von den bestehenden europäischen Vorschriften zur Regulierung und Haftung von Ratingagenturen beleuchtet sie die Haftungsfrage sowohl gegenüber Emittenten beim Auftragsrating bzw. beim auftragslosen Rating als auch gegenüber sämtlichen Anlegergruppen nach deutschem, englischem und französischem Recht. Des Weiteren wird der Einfluss des Art. 35a der Verordnung (EU) Nr. 462/2013 auf die gefundenen Ergebnisse untersucht und die Frage nach dem Erfordernis weiterer Harmonisierungsmaßnahmen in Bezug auf die Haftung von Ratingagenturen gestellt.

Chambellan, Agnieszka

Europäisierung des Reisevertragsrechts

Die Mängelrechte des Reisenden im deutsch-polnischen Rechtsvergleich

Band 366
2016. XX, 216 Seiten.

ISBN 9783161540431
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161540592
eBook PDF 59,00 €

Das Reiserecht mit seinem grenzüberschreitenden Charakter, sich stetig wandelnder Rechtsprechung und dem unterschiedlichen länderabhängigen Verbraucherschutzniveau stellt ein komplexes Rechtsgebiet dar. Agnieszka Chambellan vergleicht die deutschen und polnischen Systeme bezüglich der reisevertraglichen Mängelrechte. Obwohl beide Systeme mit dem europäischen Recht, insbesondere mit der Pauschalreiserichtlinie 90/314/EWG, übereinstimmen müssen, weisen sie unterschiedliche Regelungen auf. Im Zusammenhang damit arbeitet die Autorin Unterschiede und Gemeinsamkeiten einzelner Mängelrechte heraus und beurteilt diese Regelungen hinsichtlich des Verbraucherschutzes. Neben einem Vergleich der historischen Entwicklungen des Reiserechts in beiden Ländern und aktuellen Tendenzen beschreibt sie die wichtigsten Definitionen und Probleme des Reiserechts und setzt sich fundiert mit dem Begriff 'Reisemangel' und einzelnen Mängelrechten auseinander.



Laugwitz, Helena Charlotte

Die Anerkennung und Vollstreckung drittstaatlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

Rechtsvergleichende Betrachtung und europäische Regelungsoptionen

Band 365
2016. XXV, 531 Seiten.

ISBN 9783161544095
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161544101
eBook PDF 89,00 €

Unter welchen Voraussetzungen entfaltet eine ausländische Entscheidung im Inland rechtliche Wirkungen? Seit der EuGVVO und dem Luganer Übereinkommen findet sich auf diese Frage hinsichtlich der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen aus dem europäischen Raum eine einheitliche Antwort. Bezüglich drittstaatlicher Entscheidungen ist der Rechtsanwender hingegen nach wie vor mit einem nur schwer zu handhabenden Normengeflecht aus autonomem Recht und Staatsverträgen konfrontiert.

Helena Laugwitz untersucht im Hinblick auf dieses komplexe Netz aus Rechtsquellen das deutsche, englische und französische Anerkennungsrecht und erarbeitet aufbauend auf den Ergebnissen ihrer rechtsvergleichenden Analyse europäische Regelungsoptionen.

Kummer, Maximilian

Sprachprobleme und Sprachrisiken

Lösungsansätze des Draft Common Frame of Reference

Band 364
2016. XX, 285 Seiten.

ISBN 9783161546372
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161546471
eBook PDF 69,00 €

Um Verträge auszuhandeln, sie abzuschließen oder Streitfragen im Zusammenhang mit ihrem Zustandekommen und ihrer Ausführung zu lösen, bedarf es der Kommunikation. Sprache ist das Medium jeder juristischen Interaktion. Maximilian Kummer untersucht anhand des Entwurfs für einen europäischen Referenzrahmen des Privatrechts (DCFR), ob der Umstand, dass Missverständnisse in grenzüberschreitenden Sachverhalten vermehrt auftreten, bei den europäischen Bemühungen einer Privatrechtsvereinheitlichung ausreichend berücksichtigt wird. Dazu evaluiert er zunächst den Umgang der Vorschriften des DCFR mit Sprachproblemen oder Missverständnissen auf verschiedenen Ebenen des Vertragsrechts wie dem Zugang, der Auslegung oder der Anfechtung. Daran schließt sich eine Betrachtung solcher Vorschriften des DCFR an, welche in unterschiedlichem Maße direkt oder indirekt Einfluss auf die Sprachverwendung im Rechtsverkehr nehmen.

Panych, Nazar

Schadensversicherung im ukrainischen Recht

Band 362
2016. XXVII, 354 Seiten.

ISBN 9783161546389
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161547546
eBook PDF 69,00 €

Die Privatversicherung – und damit auch die Schadensversicherung – hat in der Ukraine eine große wirtschaftliche Bedeutung. Sie zeigt eine konstante Wachstumstendenz und gehört daher zu den sich am schnellsten entwickelnden Segmenten des ukrainischen Marktes der Finanzdienstleistungen. Gleichzeitig trifft jeder sich für die ukrainische Versicherungsbranche interessierende Wissenschaftler oder Praktiker zu Beginn seiner Recherche auf das Problem, dass die ukrainische Privatversicherung in einem Spezialgesetz und in drei Gesetzbüchern normiert ist. Häufig weisen diese Regelungen an mehreren Stellen einen klaren Verbesserungsbedarf auf. Nazar Panych analysiert systematisch die Grundlagen der ukrainischen Schadensversicherung und stellt aufgrund der Untersuchung entwickelte rechtstheoretische und praxisrelevante Reformvorschläge dar.

Schellerer, Juliane

Gutgläubiger Erwerb und Ersitzung von Kunstgegenständen

BGB, Kunsthandel, Europäisches Privatrecht

Band 362
2016. XVIII, 198 Seiten.

ISBN 9783161542169
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161545177
eBook PDF 59,00 €

Kunstgegenstände sind in der Regel von längerem Bestand. Im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte durchlaufen sie zahlreiche Besitz- und Eigentumswechsel. Doch nicht immer beruhen diese auf einer freiwilligen Entscheidung des Eigentümers. Gelangen verlorengegangene oder auf sonstige Weise abhandengekommene Kunstgegenstände wieder in den Kunsthandel zurück, stellt sich die Frage, wem der jeweilige Kunstgegenstand nun gehört. Ist der ursprüngliche Eigentümer noch der Rechtsinhaber oder fand zwischenzeitlich ein gutgläubiger Erwerb oder eine Ersitzung statt? Juliane Schellerer geht dieser sachenrechtlichen Problematik unter Berücksichtigung der Kunsthandelspraxis und nationalen Rechtsprechung nach. Dabei vergleicht sie insbesondere die Regelungen des BGB mit den Vorschlägen des Draft Common Frame of Reference für ein Europäisches Sachenrecht.



Rademacher, Lukas

Verkehrsschutz im englischen Privatrecht

Zur Beständigkeit von Erwerbsvorgängen nach englischem Sachen-, Stellvertretungs-, Abtretungs- und Bereicherungsrecht

Band 361
2016. XVI, 286 Seiten.

ISBN 9783161548659
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161548802
eBook PDF 69,00 €

Im deutschen Eigentums-, Stellvertretungs-, Abtretungs- und Bereicherungsrecht gilt in unterschiedlichem Maße der Verkehrsschutzgedanke. Danach soll der Erwerb einer Rechtsposition grundsätzlich unabhängig sein von den Beziehungen zwischen dem Vertragspartner des Erwerbers und Dritten. Inwieweit lässt sich auch im englischen Recht ein allgemeines Verkehrsschutzprinzip identifizieren? Mit diesem Ansatz behandelt Lukas Rademacher aus vergleichender Perspektive übergreifende Fragen der ansonsten zumeist unverbundenen Rechtsgebiete *contract*, *property*, *tort*, *unjust enrichment* und *trust* – jeweils zusätzlich durchzogen von der bis heute lebendigen gedanklichen Parallelität von *common law* im engeren Sinne und *equity*. Dabei stellen die aus der deutschen Diskussion bekannten Problemfelder das Gerüst bereit, anhand dessen das englische Recht entfaltet wird. Dies ermöglicht einen unmittelbar vergleichenden Zugriff auf die jeweils zugrunde liegenden Wertungen.

Mogendorf, Mathäus

Der strukturell unterlegene Unternehmer im Internationalen Privat- und Verfahrensrecht

Eine vergleichende Untersuchung des europäischen und US-amerikanischen Rechts

Band 360
2016. XXIV, 403 Seiten.

ISBN 9783161545634
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161545894
eBook PDF 69,00 €

Mathäus Mogendorf untersucht den Schutz von Kleinunternehmern gegenüber ihnen strukturell überlegenen Vertragspartnern in grenzüberschreitenden Verträgen. In diesen Konstellationen fehlt es häufig an tatsächlicher Vertragsfreiheit, sodass eine Partei in der Lage ist, für sie günstige Vertragsbedingungen zu diktieren. Der Autor setzt sich mit den Bestimmungen des Europäischen Kollisions- und Zivilverfahrensrecht auseinander, die die freie Wahl des anwendbaren Rechts sowie die Wahl des Gerichtsstandes zum Zwecke des Schutzes eines unterlegenen Unternehmers einschränken. Insbesondere geht er auf die diesbezüglichen Vorschriften der Rom I-Verordnung, der Brüssel I-Verordnung sowie die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ein. Die Effektivität dieser Vorschriften überprüft er sodann anhand eines Vergleichs mit entsprechenden US-amerikanischen Regelungen. Abschließend entwickelt Mathäus Mogendorf einen Vorschlag zur Reform des Europäischen Internationalen Privat- und Verfahrensrechts.

Thier, Markus

Das japanische Insiderrecht

Band 359
2016. XVIII, 234 Seiten.

ISBN 9783161543036
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161543272
eBook PDF 59,00 €

Regeln zum Insiderhandel spielten in der japanischen Rechtswirklichkeit jahrzehntelang keine Rolle. Zeitweise galt der japanische Kapitalmarkt als ein »Paradies für Insider«. Erst in jüngerer Vergangenheit hat das Insiderrecht in Japan erhebliche Bedeutung erlangt und findet in der japanischen Wissenschaft und Praxis Beachtung. Markus Thier erschließt das in westlicher Sprache noch wenig behandelte und aufgrund seiner Komplexität schwer zugängliche Feld des japanischen Insiderrechts aus rechtsvergleichender Perspektive. Dabei dienen die ursprünglich aus dem US-amerikanischen Recht entlehnten Regeln zugleich als ein Anschauungsbeispiel für ein *legal transplant*, welches lange Zeit »totes Recht« geblieben ist. Die Analyse umfasst die Gründe für die mangelnde Effektivität der Regeln in der japanischen Rechtswirklichkeit und verdeutlicht, wie die übernommenen Regeln in einem sich wandelnden Kontext zu einem praktisch bedeutsamen, eigenständigen Instrument zur Bekämpfung des Insiderhandels fortentwickelt wurden.

Nietner, Sarah

Internationaler Entscheidungseinklang im europäischen Kollisionsrecht

Band 358
2016. XXVII, 366 Seiten.

ISBN 9783161543418
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161543425
eBook PDF 69,00 €

Das Prinzip des internationalen Entscheidungseinklangs gilt als Leitidee des deutschen Kollisionsrechts und beschreibt die Unabhängigkeit des Ergebnisses eines Rechtsstreits vom Ort des Forums. Nachdem der europäische Gesetzgeber nunmehr nicht nur im internationalen Vermögensrecht, sondern auch im Familien- und Erbrecht tätig geworden ist, steigt das Bedürfnis nach der Transportfähigkeit eines Status und der Vermeidung hinkender Rechtsverhältnisse. Sarah Nietner untersucht, welchen Stellenwert das europäische Kollisionsrecht dem internationalen Entscheidungseinklang in Drittstaatensachverhalten beimisst. Sie behandelt mit Renvoi, Mehrrechtsordnungen, Vorfragen, Eingriffsnormen und der Durchbrechung des Gesamtstatuts durch ein vorrangiges Einzelstatut die allgemeinen Rechtsfiguren des Kollisionsrechts und unterbreitet Normvorschläge für einen allgemeinen Teil des europäischen Internationalen Privatrechts.

Lignier, Chloé

Corporate Governance in Deutschland und Frankreich



Band 357
2016. XXVI, 326 Seiten.

ISBN 9783161545627
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161545948
eBook PDF 69,00 €

Im Kontext der Wirtschaftskrise wird die Wichtigkeit einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Unternehmensführung und -überwachung der börsennotierten Aktiengesellschaften in der politischen und rechtlichen Diskussion immer wieder betont. Im Vordergrund steht die Forderung nach krisenfesten Corporate Governance-Prinzipien und wirksamen Kontroll- und Sanktionsmechanismen, wobei stets auf die richtige Balance zwischen Selbstregulierung des Kapitalmarktes und gesetzlicher bzw. staatlicher Regulierung geachtet werden soll. Dabei spielen die nationalen Corporate Governance-Kodizes als *soft law* -Mechanismen eine zentrale Rolle. Chloé Lignier untersucht die Gemeinsamkeiten und Konvergenzen der Referenz-Kodizes in Deutschland und Frankreich und hinterfragt die Möglichkeit einer Rechtsangleichung bzw. Rechtsvereinheitlichung. Ferner befasst sie sich mit den *de lege lata* bestehenden Rechtswirkungen eines Verstoßes gegen die Entsprechenserklärung in den deutschen und französischen Rechtsordnungen. Schließlich werden die Perspektiven *de lege ferenda* dargestellt und vor allem die Frage der Sanktionswürdigkeit eines Verstoßes gegen die Entsprechenserklärung diskutiert.

Wennekers, Jonathan

Piraterie in der Seeversicherung des Reeders

Band 356
2016. XXI, 291 Seiten.

ISBN 9783161542657
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161543357
eBook PDF 64,00 €

Für viele galt die Piraterie schon lange als ein Phänomen vergangener Jahrhunderte. Auch im Recht der Seeversicherung gehörte sie zu den fast vergessenen Kapiteln. Seit Mitte der 2000er Jahre erlebte die Welt jedoch eine Renaissance der Piraterie vor den Küsten Somalias, die neben menschlichen Tragödien und wirtschaftlichen Einbußen auch die Transport- und Versicherungsbranche vor neue Herausforderungen stellte. In einer Grundlagenstudie greift Jonathan Wennekers diese Problematik auf und untersucht die Pirateriegefahr im Rechtsgefüge der Seeversicherung des Reeders unter Berücksichtigung deutschen und englischen Rechts. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen dabei die praxisrelevanten Rechtsfragen der modernen Lösegeldpiraterie, etwa die Frage der Ersetzbarkeit bezahlter Lösegelder unter den Bedingungen der Seekaskoversicherung des Reeders.

Resch, André-Pierre

Sicherungsinstrumente beim Grundstückserwerb

Eine rechtsvergleichende Betrachtung der Rechte an Grundstücken, der Grundstücksregister und des Grunderwerbsverfahrens in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika

Band 355
2016. XXIX, 498 Seiten.

ISBN 9783161540424
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161540639
eBook PDF 84,00 €

Welche Instrumente stellen die deutsche und US-amerikanische Rechtsordnung und Praxis zur reibungslosen Übertragung von Grundeigentum zur Verfügung? Ausgehend von den rechtlichen und rechtstatsächlichen Rahmenbedingungen stellt André-Pierre Resch in einem Systemvergleich die in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Verfügung stehenden Sicherungsinstrumente funktional gegenüber und ermittelt das jeweils mögliche bzw. in der Praxis vorzufindende Sicherungsniveau. Der Autor vermittelt die vielschichtigen Zusammenhänge der historisch gewachsenen Systeme und kommt zu dem Ergebnis, dass das deutsche, durch formalisiertes Grundbuchverfahren und Mitwirkung eines Notars geprägte System gegenüber dem auf die privatrechtliche »title insurance« zurückgreifenden US-amerikanischen Recht eine hohe Sicherheit gewährt und sich daher im Wettbewerb der Rechtsordnungen mehr als behaupten kann.

Höhne, Michael

Das Widerrufsrecht bei Kaufverträgen im Spannungsverhältnis von Opportunismus und Effektivität

Die Rückabwicklung nach Widerruf unter besonderer Berücksichtigung der Verhaltensökonomik

Band 354
2016. XXVII, 289 Seiten.

ISBN 9783161545115
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161545122
eBook PDF 64,00 €

Die typisierende Ausgestaltung des Widerrufsrechts bei Kaufverträgen im Rahmen von besonderen Vertriebsformen begünstigt eine zweckwidrig-opportunistische Ausnutzung dieses Verbraucherschutzinstruments durch die Verbraucher. Freilich müssen Begrenzungen opportunistischen Verhaltens mit der Effektivität des Widerrufsrechts in Einklang gebracht werden. In diesem Spannungsverhältnis müssen auch Erkenntnisse der Verhaltensökonomik berücksichtigt werden. Viele Verbraucher unterliegen Verhaltensanomalien, die die Effektivität des Widerrufsrechts generell verringern, sodass Begrenzungen opportunistischen Verhaltens noch behutsamer ausgestaltet werden müssen. Michael Höhne analysiert die Rückabwicklung nach Widerruf im Lichte des Spannungsverhältnisses von Opportunismus und Effektivität vor dem Hintergrund der durch die Verbraucherrechtgerichtlinie notwendig gewordenen Novellierungen im deutschen Recht. Hierbei konkretisiert er das geltende Recht und bereitet einen zukünftigen Diskurs vor.

Springob, Anne

Der verbraucherrechtliche Unternehmerbegriff

Seine Übertragung auf das deutsche HGB nach Vorbild der UGB-Reform in Österreich



Band 353
2016. XXI, 296 Seiten.

ISBN 9783161541049
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161541506
eBook PDF 64,00 €

Anne Springob beschäftigt sich mit der Reformbedürftigkeit des handelsrechtlichen Kaufmannsbegriffs und insbesondere mit der Frage, ob bei einer Reform des subjektiven Anwendungsbereichs des HGB auf die österreichische UGB-Reform zurückgegriffen werden könnte und sollte. Ein Blick über den Tellerrand lohnt sich, denn Österreich hat im Jahr 2007 den Kaufmannsbegriff abgeschafft und durch den verbraucherrechtlichen Unternehmerbegriff ersetzt, in einigen Bereichen aber Sonderregeln für Freiberufler und Land- und Forstwirte beibehalten. Nach einer Gegenüberstellung der relevanten Rechtsgebiete in beiden Ländern wird die Reichweite einer möglichen Übertragung der österreichischen UGB-Reform unter besonderer Berücksichtigung der Frage diskutiert, ob die bestehenden Privilegien für Freiberufler und Land- und Forstwirte noch eine Berechtigung haben und welche Gründe dafür sprechen, sie abzubauen.

Nguyen, Thi Hong Trinh

Private International Law in Vietnam

On General Issues, Contracts and Torts in Light of European Developments

Band 352
2016. XV, 264 Seiten.

ISBN 9783161541858
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161541865
eBook PDF 59,00 €

Trinh Nguyen untersucht das Internationale Privatrecht Vietnams vor dem Hintergrund europäischer Entwicklungen. Sie beschreibt und bewertet gegenwärtige Regelungen im vietnamesischen Recht und die dazugehörige Gerichtspraxis. Anhand einer kritischen Auseinandersetzung mit der westlichen Rechtslehre macht sie Vorschläge für das zukünftige vietnamesische Recht.

Finkelmeier, Max

Qualifikation der Vindikation und des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses

Zugleich ein Beitrag zur Qualifikationsmethodik und zur Rechtsvergleichung

Band 351
2016. XXX, 450 Seiten.

ISBN 9783161543050
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161544699
eBook PDF 84,00 €

Die Methodik der Qualifikation im Internationalen Privatrecht ist auch nach über einem Jahrhundert der rechtswissenschaftlichen Diskussion noch weitgehend ungeklärt. Durch die zunehmende verordnungsrechtliche Durchdringung des Kollisionsrechts und dem dadurch entstehenden Nebeneinander von europäischen und nationalen Kollisionsnormen hat sich diese Problematik noch einmal verschärft. Anhand der Qualifikation der Vindikation und der Ansprüche aus dem Eigentümer-Besitzer-Verhältnis entwickelt Max Finkelmeier eine zweistufige funktional-rechtsvergleichende Qualifikationsmethodik, die neben der sachgerechten Abgrenzung nationaler und europäischer Kollisionsnormen auch auf eine Vereinfachung der mittlerweile nahezu undurchdringbaren Diskussion zielt. Im Rahmen der konkreten Qualifikationsvorgänge wird diese Methodik auf Grundlage umfangreicher rechtsvergleichender Untersuchungen praktisch umgesetzt.

Schilling, Johannes

Das Internationale Privatrecht der Transportverträge

Die Bestimmung des Beförderungsvertragsstatuts im Spannungsfeld von Art. 5 Rom I-VO und materiellem Einheitstransportrecht

Band 350
2016. XXXV, 468 Seiten.

ISBN 9783161542534
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161542541
eBook PDF 79,00 €

Das internationale Transportrecht ist durch eine unübersichtliche Anzahl von materiellen Einheitsrechtsakten gekennzeichnet. Während im Gütertransport die völkerrechtlichen Konventionen, wie die CMR oder das MÜ, zum Tragen kommen, werden bei der Personenbeförderung in erster Linie die europäischen Fahrgastrechterechnungen relevant. Mittlerweile ist auch das für Beförderungsverträge maßgebliche Kollisionsrecht auf europäischer Ebene vereinheitlicht, und zwar in Art. 5 Rom I-VO. Angesichts dessen geht Johannes Schilling der Frage nach, welches Recht auf internationale Beförderungsverträge Anwendung findet. Im Fokus stehen dabei sowohl die Auslegung als auch das praktische Anwendungsfeld des neuen europäischen IPR für Beförderungsverträge. Darüber hinaus wird das supranationale Kollisionsrecht zu dem internationalen Einheitsrecht der Güter- und Personenbeförderung ins Verhältnis gesetzt.

Bierschenk, Lars

Die zweite Instanz im deutschen und französischen Zivilverfahren

Konzeptionelle Unterschiede und wechselseitige Schlussfolgerungen



Band 349
2015. XXVII, 265 Seiten.

ISBN 9783161540332
fadengeheftete Broschur 74,00 €
ISBN 9783161540349
eBook PDF 74,00 €

Der Wandel der Berufung zu einer Fehlerkorrekturinstanz stößt auch über zehn Jahre nach dem Zivilprozessreformgesetz auf breite Kritik in Rechtsprechung und Wissenschaft. Das französische Recht bildet mit dem *double degré de juridiction* einen Gegenpol zum deutschen Reformkonzept. Lars Bierschenk zieht einen historisch-dogmatischen Vergleich beider Rechtsmittelsysteme und leitet daraus Ergebnisse für die Rechtsanwendung ab. Er legt dar, wie sich noch der deutsche historische Gesetzgeber des 19. Jahrhunderts am französischen *appel* des napoleonischen *Code de procédure civile* orientierte, und wie sich beide Rechtsmittelsysteme im Anschluss auseinanderentwickelt haben. Die deutschen und französischen Rechtsmittel »zweiter Instanz« werden in Bezug zu ihrem jeweiligen prozessualen Umfeld gesetzt und unter den Aspekten des Streitwertes, der prozessualen Säumnis, der Rechtskraft und der richterlichen Verfahrensleitung analysiert. Besonderes Augenmerk legt der Autor auf die Frage nach der Zulässigkeit neuen Tatsachenvortrags und den bisweilen unzureichenden Schutz in sogenannten Bagatellsachen.

Stempel, Christian

Treu und Glauben im Unionsprivatrecht

Band 348
2016. XVII, 349 Seiten.

ISBN 9783161543500
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161544200
eBook PDF 69,00 €

Es gibt im Unionsprivatrecht wenige Begriffe, die über den einzelnen Rechtsakt hinaus von so großer Bedeutung und zugleich so wenig übergreifend und systematisierend erforscht sind wie *Treu und Glauben*. Dies mag daran liegen, dass man es mit einem in Anwendungsbereich, Inhalt und Rechtsfolgen höchst unbestimmten Grundsatz im Umfeld einer fragmentarischen Rechtsmaterie zu tun hat. Eine nationalrechtliche Vorprägung ist zwar durchgehend vorhanden, fällt jedoch unterschiedlich aus. Christian Stempel untersucht, wie sich vor diesem Hintergrund ein einheitliches Verständnis des unionsprivatrechtlichen Grundsatzes von *Treu und Glauben* entwickeln kann, der mittlerweile vom Unionsgesetzgeber und auch vom Europäischen Gerichtshof häufig verwendet wird. Er zeigt vorhandene Entwicklungen und Missstände auf, eröffnet aber auch Perspektiven für eine transparentere, einheitlichere und systematischere Handhabung des Grundsatzes auf unionaler wie auf nationaler Ebene.

Frank, Ansgar

Formwechsel im Binnenmarkt

Die grenzüberschreitende Umwandlung von Gesellschaften in Europa

Band 347
2016. XXIII, 355 Seiten.

ISBN 9783161543333
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161544873
eBook PDF 69,00 €

Bei einem Formwechsel handelt es sich um einen Vorgang, durch welchen eine Gesellschaft unter Beibehaltung ihrer rechtlichen Identität ihre Rechtsform ändert. Nach der jüngsten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs sollen grenzüberschreitende Formwechsel – also Umwandlungen zwischen Rechtsformen unterschiedlicher Jurisdiktionen – in Europa zulässig sein. Eine einheitliche normative Rechtsgrundlage hierfür besteht in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten jedoch nicht. In einer Grundlagenstudie unter Berücksichtigung des deutschen und des englischen Rechts widmet sich Ansgar Frank diesem praktisch überaus bedeutsamen Thema, dessen Komplexität nicht zuletzt daraus resultiert, dass es mit dem europäischen Primärrecht, dem Internationalen Privatrecht und dem materiellen Gesellschafts- und Umwandlungsrecht durch drei Rechtsgebiete beeinflusst wird, die zum Teil unterschiedliche Interessen verfolgen.

Labonté, Hendric

Forderungsabtretung International

Art. 14 Rom I-Verordnung und seine Reform

Band 346
2016. XXI, 283 Seiten.

ISBN 9783161541803
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161541810
eBook PDF 69,00 €

Die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung verschiedener Abtretungsgeschäfte bei gleichzeitig fortschreitender Globalisierung erfordert eine einfach zu handhabende Kollisionsregel für internationale Sachverhalte. Art. 14 Rom-I-Verordnung bietet ein Grundgerüst, löst aber insbesondere die wichtigste Frage bezüglich der Drittwirkung der Abtretung nicht. Die europäische Kommission ist seit 2010 im Verzug, diesen Missstand zu beheben. Hendric Labonté untersucht auf Grundlage des materiellen Abtretungsrechts Deutschlands, Frankreichs und Englands sowie verschiedener bereits kodifizierter kollisionsrechtlicher Lösungsansätze, welchen Regelungsgehalt Art. 14 Rom-I-Verordnung *de lege lata* hat. Davon ausgehend schlägt er unter Berücksichtigung der unterschiedlichen berührten Interessenlagen für die Drittwirkung die Maßgeblichkeit des Forderungsstatuts vor. Die Arbeit mündet in einen entsprechenden Regelungsvorschlag *de lege ferenda*.

Schünemann, Julia Alma

Die Firma im internationalen Rechtsverkehr

Zum Kollisionsrecht der Firma unter besonderer Berücksichtigung des Rechts der Europäischen Union



Band 345
2016. XXVII, 293 Seiten.

ISBN 9783161541513
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161541520
eBook PDF 69,00 €

Angenommen, eine englische Limited beantragt, im deutschen Handelsregister unter ihrer Firma »Auskunft Limited« eingetragen zu werden. Einer deutschen Gesellschaft würde die Eintragung unter einer entsprechenden Firma wegen Verstoßes gegen den Grundsatz der Firmenunterscheidbarkeit verweigert werden. Aber gilt dies auch für die englische Limited? Julia Alma Schünemann geht dieser Frage nach und untersucht, wie das maßgebliche Firmenstatut zwischen privaten Partei- sowie staatlichen und europäischen Ordnungsinteressen zu bestimmen ist. Dazu arbeitet sie die Grenzen zwischen Internationalem Privatrecht und Internationalem Öffentlichem Recht heraus und entwickelt ein System, wie international zwingendes Recht in das allseitige Verweisungssystem des IPR auf Grundlage einer modifizierten Interessenlehre integriert werden kann. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass eine gesellschaftsrechtliche Anknüpfung, anders als in bisherigen Gesetzesvorschlägen, auch im Lichte der Europäischen Grundfreiheiten weder geboten noch zweckmäßig ist.

Steger, Christian

Die Präklusion von Versagungsgründen bei der Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche

Eine Untersuchung im Rahmen des New Yorker Übereinkommens

Band 344
2015. XXV, 305 Seiten.

ISBN 9783161542497
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161542503
eBook PDF 74,00 €

Die Durchsetzbarkeit von Schiedssprüchen ist für die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit unabdingbar. Dabei ist es eine der zentralen Fragen, ob eine Partei mit Versagungsgründen im Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungsverfahren präkludiert sein kann, wenn diese Partei den Schiedsspruch zuvor nicht mit einem Aufhebungsverfahren im Ursprungsstaat angegriffen hat. Eine Präklusionswirkung könnte sich hierbei aus der Systematik des Schiedsverfahrensrechts und aus Treu und Glauben ergeben. Christian Steger bietet zu diesem Komplex einen detaillierten Rechtsvergleich für Deutschland, England und Belgien und geht auch auf andere wichtige Schiedsorte ein. Zudem setzt er sich kritisch mit Parteivereinbarungen zum Verzicht auf das Aufhebungsverfahren auseinander und unterbreitet Vorschläge zur Gesetzesänderung.

Jenderek, Fabian

Die arbeitsrechtliche Stellung geschäftsführender Organmitglieder im Internationalen Privatrecht

Band 343
2015. XXIX, 210 Seiten.

ISBN 9783161536991
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161537004
eBook PDF 64,00 €

Die Anwendung von Arbeitsrecht auf geschäftsführende Organmitglieder ist bereits im nationalen Recht Gegenstand kontroverser Diskussionen. Weist das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Organmitglied einen Auslandsbezug auf, etwa durch den Sitz oder das Gründungsrecht der Gesellschaft, stellen sich ähnliche Fragen auf der Ebene des Internationalen Privatrechts. Hier zeigt sich, dass nicht jedem Sachverhalt von vornherein die deutsche Sichtweise einer strikten Trennung von arbeits-/dienstvertraglichem Anstellungs- und gesellschaftsrechtlichem Bestellungsverhältnis zugrunde gelegt werden kann. Ein Vergleich mit dem englischen und französischen Recht verdeutlicht die Notwendigkeit der Berücksichtigung anderer Rechtsordnungen. Neben allgemeinen kollisionsrechtlichen Aspekten werden bei der Untersuchung insbesondere die unionsrechtlichen Anforderungen an einen Individualarbeitsvertrag relevant.

Bauermann, Thomas

Der Anknüpfungsgegenstand im europäischen Internationalen Lauterkeitsrecht

Band 342
2015. XXVI, 332 Seiten.

ISBN 9783161539084
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161539473
eBook PDF 74,00 €

Artikel 6 Abs. 1–2 Rom II-Verordnung enthält erstmals einheitliche europäische Kollisionsnormen für außervertragliche Schuldverhältnisse aus unlauterem Wettbewerbsverhalten. Untersucht wird das europäisch-autonome Verständnis dieses Anknüpfungsgegenstands, dessen Auslegung aufgrund großer Unterschiede im Lauterkeitsrecht der Mitgliedstaaten besondere Probleme aufwirft. Nach Klärung des maßgeblichen Verständnisses der Anknüpfungspunkte analysiert Thomas Bauermann, insbesondere unter Berücksichtigung des unionsrechtlichen Kontextes und der Ergebnisse der Rechtsvergleichung, ausführlich die Merkmale des Wettbewerbsverhaltens und der Unlauterkeit. Zentrale Bedeutung wird der Schutzrichtung lauterkeitsrechtlicher Sachnormen beigemessen, wobei die Schutzzwecke von Verhaltensnormen einerseits und Sanktionsnormen andererseits eingehend betrachtet werden. Auch die Abgrenzung zu anderen Anknüpfungsgegenständen wird umfassend erörtert.

Stübinger, Malte

Teilnehmerhaftung bei fehlerhafter Kapitalmarktinformation in Deutschland und den USA

Zugleich ein Beitrag zur Systematik des § 830 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB



Band 341
2015. XXVII, 408 Seiten.

ISBN 9783161538964
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161539398
eBook PDF 74,00 €

Wer haftet Kapitalanlegern, wenn aufgrund von fehlerhafter Marktinformation Kursverfälschungen und Vermögensschäden eintreten? In Deutschland betritt *terra incognita*, wer nach der Haftungssituation der Berater des Emittenten fragt, die an relevanter Fehlinformation in zurechenbarer Weise mitgewirkt haben, während die Voraussetzungen der Inanspruchnahme von emittierenden Gesellschaften und deren Geschäftsleitern am Primär- wie auch am Sekundärmarkt weitgehend als erschlossen gelten dürfen.

In den USA hat der Supreme Court seit 1994 in mehreren *landmark cases* die einst anerkannte Teilnehmerhaftung weit zurückgedrängt und so sichere Häfen für Berater geschaffen, was ihm neben Lob auch viel Tadel einbrachte. Malte Stübinger vergleicht und bewertet die Lage im deutschen und US-amerikanischen Recht und erforscht insbesondere, unter welchen Voraussetzungen eine Verbindung der allgemeinen Teilnehmerhaftung des § 830 BGB mit den spezialgesetzlichen Haftungstatbeständen des Kapitalmarktdeliktrechts statthaft ist.

Maslow, Christina

Der Schutz des immateriellen Erfüllungsinteresses bei Vertragsverletzung durch Schadensersatz

Eine rechtsvergleichende Untersuchung auf der Grundlage des deutschen und englischen Rechts

Band 340
2015. XX, 218 Seiten.

ISBN 9783161533662
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Christina Maslow untersucht, ob und unter welchen Voraussetzungen in Deutschland und England immaterielle Interessen an einer ordnungsgemäßen Vertragserfüllung durch Schadensersatz in Geld geschützt werden. Während in England eine Haftung für immaterielle Schäden – auch wenn sie nicht mit einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung einhergehen (»mental distress«) – nach dem Vertrags- oder Leistungszweck fest anerkannt ist, steht diesem Ansatz in Deutschland die restriktive Vorschrift des § 253 Abs. 1 BGB entgegen. Die Verfasserin arbeitet die Rechtsprechung in beiden Rechtsordnungen auf, analysiert und bewertet die jeweiligen Herangehensweisen und vergleicht sie miteinander. Die durch die Rechtsvergleichung gewonnenen Erkenntnisse werden schließlich zur Fortentwicklung des eigenen Rechts zu Nutze gemacht.

Alps, Heike

Beilegung individualarbeitsrechtlicher Streitigkeiten in Japan

Band 339
2015. XXIII, 352 Seiten.

ISBN 9783161533655
fadengeheftete Broschur 74,00 €
ISBN 9783161534034
eBook PDF 74,00 €

Individualarbeitsrechtliche Streitigkeiten sind in Japan über einen langen Zeitraum hinweg nicht als bedeutsamer Konflikttypus wahrgenommen worden. Erst zu Beginn des neuen Jahrtausends wurden zwei Systeme eingeführt, die landesweit für ganz Japan einheitliche Regelungen speziell nur für die Beilegung individualarbeitsrechtlicher Konflikte vorsehen. Im Jahr 2001 ist ein Vermittlungsverfahren auf Verwaltungsebene und im Jahr 2006 das Verfahren über die Verständigung in Arbeitssachen vor den japanischen Distriktgerichten eingeführt worden. Japan gilt als Land, in dem Konflikte überwiegend mit Hilfe von Verfahren gelöst werden, deren Ziel die einvernehmliche Beilegung eines Streites ist. Das Verständigungsverfahren weist viele Gemeinsamkeiten mit solch alternativen Streitbeilegungsverfahren auf. Die Analyse und rechtliche Einordnung der beiden neu etablierten Verfahren ist das Ziel dieses Beitrags.

Rupp, Caroline S.

Grundpfandrechte zwischen Flexibilität und Schutz

Ein kontinentaleuropäischer Rechtsvergleich und neue Gedanken zu einer »Eurohypothek«

Band 338
2015. XXVI, 746 Seiten.

ISBN 9783161541896
fadengeheftete Broschur 109,00 €
ISBN 9783161541902
eBook PDF 109,00 €

Trotz verschiedener Bestrebungen zur Schaffung einer »Eurohypothek« ist das Recht der Grundpfandrechte bisher eine nationale Domäne. Caroline S. Rupp analysiert den aktuellen Stand der Grundpfandrechte Deutschlands, Österreichs, der Schweiz, Frankreichs und Italiens sowie die Anforderungen, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts an ein gemeinsames europäisches Grundpfandrecht zu stellen sind. Auf dieser Grundlage entwickelt sie ein neues Modell für eine »Eurohypothek«. Im Vordergrund stehen dabei drei Aspekte: die Verbindung zwischen Grundpfandrecht und gesicherter Forderung (gesetzliche Akzessorietät oder vertragliche Bindung), die mit dem Registerrecht zusammenhängende Publizität (Ausmaß des Verkehrsschutzes) sowie die Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten durch zusätzliche »abstrakte« Forderungen und wertpapierrechtliche Konstruktionen.

Rosenkranz, Frank

Die Beschränkung der Rückwirkung von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs



Band 337
2015. XXXII, 584 Seiten.

ISBN 9783161536472
fadengeheftete Broschur 99,00 €
ISBN 9783161536625
eBook PDF 99,00 €

Wenn der EuGH entscheidet, erweist sich nicht selten, dass das nationale Recht mit den unionsrechtlichen Vorgaben unvereinbar ist: Die Rechtslage ist anders als gedacht, und zwar rückwirkend. Die Folgen für EU, Mitgliedstaaten und andere Rechtsunterworfenen können dann ganz erheblich sein und die Frage nach einer Beschränkung der zeitlichen Wirkung aufwerfen. Den zugrunde liegenden Konflikt der Geltung des Unionsrechts und der Rechtssicherheit erörtert Frank Rosenkranz von einem rechtstheoretischen Ausgangspunkt. Er analysiert die vom Gerichtshof aufgestellten Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgenanordnungen unter Einbeziehung sämtlicher Rechtsgebiete und Verfahrensarten. Dies liefert neue Erkenntnisse über die im Detail ausdifferenzierte Rechtsprechung. Da das Unionsrecht im Mehrebenensystem nur eine von mehreren Komponenten der Rechtsanwendung darstellt, klärt der Autor abschließend, welche Auswirkungen die Rückwirkungsbeschränkung auf die mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen hat und welche Spielräume für nationalen Vertrauensschutz verbleiben.

Behme, Caspar

Rechtsformwahrende Sitzverlegung und Formwechsel von Gesellschaften über die Grenze

Ein Beitrag zum Prinzip der gegenseitigen Anerkennung im europäischen Gesellschaftsrecht

Band 336
2015. XX, 347 Seiten.

ISBN 9783161534621
fadengeheftete Broschur 74,00 €
ISBN 9783161538995
eBook PDF 74,00 €

Die Rechtsprechung des EuGH zur Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften wird bislang vorwiegend aus einem kollisions- und aus einem gesellschaftsrechtlichen Blickwinkel analysiert. Im Vordergrund steht die Auslotung des praktischen Gestaltungsspielraums von Gesellschaften durch »Subsumtion« bestimmter Sachverhalte unter die in den Entscheidungen Daily Mail bis Vale getroffenen Aussagen des EuGH. Eher in den Hintergrund rückt dabei das Bestreben, das dahinter stehende Prinzip freizulegen und die Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften in ein übergreifendes System der Grundfreiheitsdogmatik einzuordnen. Eine solche Aufarbeitung aus dem Blickwinkel des Unionsrechts ist das Anliegen von Caspar Behme. Er zeigt auf, dass sich alle einschlägigen Judikate auf eine einheitliche Prämisse zurückführen lassen: die Auslegung der Grundfreiheiten im Sinne eines Prinzips der gegenseitigen Anerkennung. Dieses Prinzip ist zugleich der unionsrechtliche Maßstab für die Regulierung grenzüberschreitender Mobilität von Gesellschaften durch das mitgliedstaatliche Kollisions-, Gesellschafts- und Umwandlungsrecht.

Belakouzova, Alla

Widerrufsrecht bei Internetauktionen in Europa?

Eine vergleichende Analyse des deutschen, englischen, russischen und belarussischen Rechts unter Berücksichtigung der Rechtsentwicklung in der EU und der GUS

Band 335
2015. XXIV, 299 Seiten.

ISBN 9783161539091
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161539442
eBook PDF 69,00 €

Das BGH Urteil vom 3. 11. 2004 – VIII ZR 375/03, NJW 2005, 53 – »eBay« gibt dem erfolgreichen Bieter bei einer Internetauktion ein Widerrufsrecht. Alla Belakouzova sieht dies kritisch. Unter Heranziehung des deutschen, englischen, russischen und belarussischen Rechts erarbeitet sie rechtsvergleichend einen funktionalen Versteigerungsbegriff. Das führt zu der These, dass ein Widerrufsrecht das Rechtsinstitut der Versteigerung in seiner ökonomischen Funktionsfähigkeit und damit auch den Verbraucherschutz gefährde. Sodann zeigt die Autorin, dass auch nach den unionsrechtlichen Verbraucherschutzrichtlinien 2011/83/EU und 97/7/EG Internetauktionen (öffentliche) Versteigerungen sind. Das Einräumen des Widerrufsrechts bei der Verwendung von Online-Plattformen zu Versteigerungszwecken in ErwGr. 24 S. 4 der Richtlinie 2011/83/EU sei rechtstechnisch missglückt und revisionsbedürftig, gebiete jedoch eine differenzierende Betrachtungsweise bei der unionskonformen Auslegung des deutschen Rechts.

Boosfeld, Kristin

Gewinnausgleich

Vergleichende und systematisierende Gegenüberstellung der französischen, niederländischen und englischen Tradition

Band 334
2015. XVII, 325 Seiten.

ISBN 9783161539107
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161539152
eBook PDF 69,00 €

Wird unter Verletzung fremder Rechte ein Gewinn erzielt, so stellt sich die Frage, wem dieser zusteht: dem Rechtsinhaber, der zur Gewinnerzielung nicht beigetragen hat, oder dem Gewinnerzielenden, der ohne das fremde Recht den Gewinn nicht erzielt hätte. Kristin Boosfeld stellt die in Frankreich, den Niederlanden und England vertretenen Lösungsansätze gegenüber und stellt fest, dass nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der untersuchten Rechtsordnungen keine einheitlichen Argumentationsmuster bestehen. Je nachdem, welches Recht betroffen ist, sollen unterschiedliche Haftungsregimes greifen. Die hieraus folgenden Wertungswidersprüche sucht sie durch eine einheitliche Begründung des Gewinnausgleichs aufzulösen und geht der Frage nach, auf der Grundlage welcher Kriterien festgestellt werden kann, ob und in welcher Form ein Ausgleich in rechtswidriger Weise erzielten Gewinns zu erfolgen hat.



Duden, Konrad

Leihmutterschaft im Internationalen Privat- und Verfahrensrecht

Abstammung und ordre public im Spiegel des Verfassungs-, Völker- und Europarechts

Band 333
2015. XXIV, 392 Seiten.

ISBN 9783161540240
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161540257
eBook PDF 74,00 €

Was macht eine Frau zur Mutter? Moderne Leihmutterschaft erschüttert grundlegend unser Verständnis von Familie und Elternschaft: Frauen tragen für Andere Kinder aus, die meist genetisch nicht von den Leihmüttern abstammen. In Deutschland ist dieses Verfahren verboten. Wie geht das Recht jedoch damit um, wenn Paare ins Ausland reisen, um dort durch Leihmutterschaft ihren Kinderwunsch zu erfüllen? Konrad Duden analysiert am Beispiel von sechs Rechtsordnungen, in denen Leihmutterschaft zulässig ist, wer aus Sicht des deutschen Rechts die Eltern solcher Kinder sind. Dabei stellt er fest, dass den Kindern vielfach eine Abstammung von den Wunscheltern verwehrt bleibt. Diesen Befund kontrastiert er mit den Grund- und Menschenrechten der Beteiligten. Insbesondere die Rechte des Kindes fordern, dass das Kind grundsätzlich in eine rechtliche Familie mit den Wunscheltern integriert werden kann.

Brandt, Verena

Das englische Disclosure-Verfahren

Ein Modell für Zugang zu Information und Beweis im deutschen Zivilprozess?

Band 332
2015. XXVII, 394 Seiten.

ISBN 9783161525124
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161527937
eBook PDF 74,00 €

Im englischen Zivilprozess bestehen im Rahmen des *Disclosure*-Verfahrens weitreichende Informationszugangsrechte der Parteien. Demgegenüber wird die Einführung prozessualer Aufklärungspflichten im deutschen Zivilprozess überwiegend abgelehnt. Verena Brandt vergleicht die Möglichkeiten des Zugangs zu Information und Beweis im englischen und deutschen Zivilverfahren und untersucht, inwieweit das deutsche Recht Mechanismen bereit hält, die dem *Disclosure*-Verfahren funktional vergleichbar sind. Sie überprüft, ob die deutsche Lösung zur Behebung unverschuldeter Informationsnot Defizite aufweist und inwieweit der Grundgedanke des englischen *Disclosure*-Verfahrens nutzbar gemacht werden kann. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Aufarbeitung des Spannungsfelds zwischen Parteiherrschaft auf der einen und Wahrheitsfindung auf der anderen Seite.

Deren, Deniz Halil

Internationales Enteignungsrecht

Kollisionsrechtliche Grundlagen und Investitionsschutzfragen

Band 331
2015. XXII, 340 Seiten.

ISBN 9783161537424
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161537431
eBook PDF 69,00 €

Das internationale Enteignungsrecht regelt die Anerkennung fremdstaatlicher Enteignungen, also die Frage, unter welchen Voraussetzungen die privatrechtsgestaltenden Wirkungen fremdstaatlicher Enteignungen in die deutsche Rechtsordnung übernommen werden. Es ist nicht kodifiziert. Deniz Halil Deren zeigt auf, dass das zur Beantwortung der Anerkennungsfrage allgemein bemühte richterrechtliche internationalenteignungsrechtliche Territorialitätsprinzip die auftretenden Rechtsfragen nicht zufriedenstellend lösen kann, und macht einen Vorschlag zu einer Neustrukturierung des Rechtsgebietes. Eigene Abschnitte sind dabei der Enteignung von dinglichen Rechten, Forderungsrechten, Immaterialgüterrechten und Rechten von und an Gesellschaften gewidmet. Neben den Grundlagen des internationalen Enteignungsrechts werden insbesondere investitionsschutzrechtliche Fragen behandelt.

Schwittek, Eva

Internationales Gesellschaftsrecht in Japan

Im Vergleich mit dem Internationalen Gesellschaftsrecht in der EU und in Deutschland

Band 330
2015. XXV, 398 Seiten.

ISBN 9783161533686
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161534508
eBook PDF 79,00 €

Das Internationale Gesellschaftsrecht steht im Fokus von Wissenschaft und Praxis in der EU. Auch der japanische Gesetzgeber hat sich mit der Kodifikation der herrschenden Gründungstheorie und mit der Neuregelung des Fremdenrechts zum Schutz vor Scheinauslandsgesellschaften befasst. Die Analyse der aktuellen japanischen Rechtslage ist insbesondere für das deutsche Internationale Gesellschaftsrecht aufschlussreich, das derzeit (teilweise) von der Sitz- zur Gründungstheorie übergeht. Der Rechtsvergleich mit Japan, das im Laufe seiner Geschichte verschiedenen Strömungen und ausländischen Einflüssen ausgesetzt war, ist besonders vielschichtig. Eva Schwittek analysiert das Internationale Gesellschaftsrecht Japans aus rechtsvergleichender Perspektive und bezieht die historischen, rechtspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge ein. Damit liegt erstmals eine umfassende Studie dieses Rechtsgebiets in einer westlichen Sprache vor.



Dicke, Andrea Isabell

Kapitalmarktgeschäfte mit Verbrauchern unter der Rom I-VO

Band 329
2015. XXVII, 393 Seiten.
ISBN 9783161533990
fadengeheftete Broschur 79,00 €
ISBN 9783161538049
eBook PDF 79,00 €

»Finanzinstrumente«, »öffentliche Übernahmeangebote« und »multilaterale Systeme« – In der Rom I-VO wendet der europäische Gesetzgeber aus dem Kapitalmarktrecht bekannte Begriffe erstmalig auch im Internationalen Privatrecht der vertraglichen Schuldverhältnisse an. Er stellt in Art. 6 Abs. 4 lit. d und e Rom I-VO verschiedene Fallgruppen mit Kapitalmarktbezug auf, in denen der Schutz des Verbrauchers unter der besonderen Kollisionsregel für Verbraucherverträge in Art. 6 Rom I-VO entfällt. Andrea Isabell Dicke untersucht den Anwendungsbereich von Art. 6 Abs. 4 lit. d und e Rom I-VO und entwickelt hierzu ein verordnungsautonomes Verständnis der kapitalmarktrechtlichen Begriffe unter systematischer Heranziehung der Auslegungskriterien des EuGH. Sie stellt dar, welche vertraglichen Rechte und Pflichten diese Regelungen erfassen, und überprüft sie im Hinblick auf ihre praktische Relevanz.

Pietrek, Marietta

Konsens über Tradition?

Eine Studie zur Eigentumsübertragung in Brasilien, Deutschland und Portugal

Band 328
2015. XXIV, 337 Seiten.
ISBN 9783161537189
fadengeheftete Broschur 74,00 €
ISBN 9783161537356
eBook PDF 74,00 €

Die Funktionsweise der Eigentumsübertragung gehört zu den Grundentscheidungen einer Rechtsordnung. Die Rechte Deutschlands, Brasiliens und Portugals stehen in dieser Frage jeweils für einen eigenen Lösungstyp. Während das deutsche Recht dem Trennungs- und dem Abstraktionsprinzip sowie dem Traditions- oder Übergabeprinzip folgt, liegen dem brasilianischen Recht das Einheits- und das Traditionsprinzip zugrunde. Das portugiesische Recht kommt dagegen im Grundfall der Übereignung mit dem Einheitsprinzip aus; einen Publizitätsakt wie die Übergabe erfordert es nicht (Konsensprinzip). Neben diesen Prinzipien und dem Erwerb beweglicher und unbeweglicher Sachen vom Berechtigten und Nichtberechtigten finden die in den lusitanischen Rechten bedeutsamen Rechtsinstitute der Ersitzung und des Immobilien-Vorvertrags Beachtung. Marietta Pietrek plädiert abschließend für die Unterstützung der Kombination aus Übergabe, Trennung und Abstraktion in internationalen Harmonisierungsbestrebungen.

Juristische Methodenlehre und Immobiliarsachenrecht

Deutsch-chinesische Tagung vom 21.-23.8.2013

Hrsg. v. Hui Huang, Franz J. Säcker u. Claudia Schubert

Band 327
2015. X, 250 Seiten.
ISBN 9783161535994
fadengeheftete Broschur 59,00 €
ISBN 9783161536007
eBook PDF 59,00 €

Die deutsche juristische Methodenlehre wurde in der Volksrepublik China rezipiert und ist auf einem abstrakten Niveau in die wissenschaftliche Diskussion eingegangen. Die fallbezogene Anwendung der Methodenlehre und ihre Leistungsfähigkeit zur Lösung juristischer Streitfragen standen im Mittelpunkt einer Tagung deutscher und chinesischer Zivilrechtswissenschaftler im August 2013 in Berlin. Die juristische Argumentation wurde anhand des Immobiliarsachenrechts, insbesondere des Wohnungseigentums, diskutiert, das in China zu einer Vielzahl von Konflikten geführt hat. Diesen deutsch-chinesischen Diskurs dokumentiert der vorliegende Tagungsband.

Inhaltsübersicht

Helmut Köhler: Die Auslegung von Gesetzen als methodisches Problem – *Franz Jürgen Säcker:* Der Wille des historischen Gesetzgebers bzw. der objektive Gesetzessinn am Beispiel der Entwicklung des Eigentumsbegriffs im deutschen und chinesischen Recht – *Qingyu ZHU:* Herrscherwille oder der Wille des Gesetzgebers? – Aufbau der Rechtsinstitutionen der unbeweglichen Sachen in China – *Hartmut Oetker:* Systematische und verfassungskonforme Auslegung von Gesetzen anhand des Begriffs des Immobiliareigentums aus Sicht des deutschen Sachenrechts – *Shiyong TIAN:* Wem gehört das Schwemmland? – *Reinhard Singer:* Lücken im Gesetz und deren Ausfüllung durch richterliche Rechtsfortbildung am Beispiel des zivilrechtlichen Nachbarschutzes – *Hailong Ji:* Lücken im Gesetz und deren Ausfüllung durch richterliche Rechtsfortbildung am Beispiel des zivilrechtlichen Nachbarschutzes in China – *Jan Busche:* Das Konzept des Wohnungseigentums – *Weifei SUN:* Einige Fragen in Bezug auf das Wohnungseigentum an Gebäuden in China – *Claudia Schubert:* Die Vormerkung – ein Instrument zur Sicherung des Erwerbs von Immobilien und beschränkt dinglichen Rechten an Grundstücken – *Shuanggen ZHANG:* Probleme bei der Vormerkung im chinesischen Recht – *Jan von Hein/Lydia Beil:* Gutgläubiger Erwerb von Immobilien im deutschen Recht – *Baoyu LIU:* Studie zur Rechtsnatur und Art der Schadensersatzhaftung des Registerorgans für Eintragungsfehler – *Dirk Looschelders:* Die Grundbuchberichtigung bei fehlerhaftem Grundbuch – *Xiangxiang WU:* Grundbuchberichtigung bei fehlerhaftem Grundbuch in China – ein Versuch der Auslegung – *Torsten Körber:* Hypothek und Grundschild als Sicherungsrechte – *Hongliang WANG:* Die Einschränkung der Verfügungsmöglichkeit über mit einem Pfandrecht belastete Immobilien – *Maik Wolf:* Die Vermögenshaftung nach dem Haftungsverband der Hypothek und Grundschild – *Hui HUANG:* Vom Rechtsideal zur Rechtspraxis - zur Diskussion über Voraussetzungen und Schwierigkeiten bei der Entwicklung eines chinesischen Gesetzeskommentars zum Zivilrecht und die Möglichkeiten einer deutsch-chinesischen Kooperation



Zoppel, Moritz

Europäische Diskriminierungsverbote und Privatrecht

Unionsrechtliche Vorgaben und Sanktionen

Band 326
2015. XIV, 221 Seiten.

ISBN 9783161532986
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161533129
eBook PDF 64,00 €

Der Einsatz der Europäischen Union auf dem Gebiet des privatrechtlichen Diskriminierungsschutzes hat in den letzten Jahren für viel Aufsehen gesorgt. Lassen sich Diskriminierungsverbote mit dem Grundsatz der Vertragsfreiheit vereinbaren oder ist der Unionsgesetzgeber zu weit gegangen? Moritz Zoppel nimmt die emotional geführte Diskussion zum Anlass um gesellschaftspolitische Diskriminierungsverbote im Privatrecht zu untersuchen. Die Arbeit gliedert sich dazu in vier Abschnitte.

Zunächst überprüft der Autor die Verbote der rassistischen und sexistischen Diskriminierung auf ihre Systemverträglichkeit mit dem Grundsatz der Vertragsfreiheit. Nach einer Beleuchtung der kompetenzrechtlichen Dimension der – auf Art. 19 AEUV gestützten – Diskriminierungsverbote setzt er sich eingehend mit dem umstrittenen Problemkreis der Wirkung des Diskriminierungsverbots der Grundrechtecharta der Union auf das Privatrechtsverhältnis auseinander. Abschließend widmet sich Moritz Zoppel den unionsrechtlich gesollten Sanktionen bei verbotener Ungleichbehandlung. Er skizziert dazu die Voraussetzungen eines unionsrechtskonformen Sanktionsinstruments.

Möller, Lena-Maria

Die Golfstaaten auf dem Weg zu einem modernen Recht für die Familie?

Zur Kodifikation des Personalstatuts in Bahrain, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten

Band 325
2015. XXII, 259 Seiten.

ISBN 9783161535819
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161535826
eBook PDF 69,00 €

Islamisches Recht wird oftmals als starr und entwicklungsunfähig wahrgenommen. Die Reduktion des islamischen Rechts auf Religion und jahrhundertealte Tradition verfehlt jedoch dessen Dynamik und Wandelbarkeit. Wie ein modernes Recht für die Familie im islamischen Rechtskreis entstehen kann, untersucht Lena-Maria Möller am Beispiel der neuen Familiengesetzbücher Bahrains, Katars und der Vereinigten Arabischen Emirate. Interdisziplinär und rechtsvergleichend erörtert sie, inwieweit das neukodifizierte Ehe-, Scheidungs-, und Kindschaftsrecht den rasanten sozioökonomischen Wandel der arabischen Golfregion abbildet und aktuellen Regelungserfordernissen gerecht wird. Neben der Berücksichtigung der Rechtspraxis im Familienrecht werden die jüngsten Kodifikationen des arabischen Raums auch rechtshistorisch und rechtspolitisch kontextualisiert und ihr Entstehungsprozess eingehend beleuchtet.

Raupach, Claudia

Ehescheidung mit Auslandsbezug in der Europäischen Union

Die Rom III-Verordnung als Kernstück eines einheitlichen europäischen Scheidungskollisionsrechts

Band 324
2014. XXIII, 325 Seiten.

ISBN 9783161536038
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161536045
eBook PDF 74,00 €

Mit der Rom III-Verordnung, durch die sich mehrere EU-Mitgliedsstaaten im Wege der verstärkten Zusammenarbeit auf einheitliche Kollisionsnormen für die Ehescheidung verständigt haben, hat die Europäische Union erstmalig für eine zentrale familienrechtliche Frage eigenständige europäische Kollisionsregeln entwickelt. Aus diesem Anlass untersucht Claudia Raupach das Scheidungskollisionsrecht in der Europäischen Union, wie es sich nach Inkrafttreten der Verordnung darstellt. Dabei unterzieht sie nicht nur die neugeschaffene Verordnung einer tiefgreifenden und detaillierten Analyse und Bewertung, sondern nimmt auch die einschlägigen Kollisionsnormen der nichtteilnehmenden Mitgliedstaaten sowie die Gründe für deren Nichtteilnahme in den Blick. Auf diese Weise gelingt es ihr, neben den inhaltlichen Vorzügen und Problemen der Verordnung auch Gemeinsamkeiten und Kompromissmöglichkeiten mit den nichtteilnehmenden Mitgliedstaaten zu beleuchten und Wege zur Weiterentwicklung des europäischen internationalen Familienrechts aufzuzeigen.

Kalin, Christian

Verhaltensnorm und Kollisionsrecht

Eine Studie zu den rechtsgeschäftlichen Auswirkungen der Korruption im internationalen Rechtsverkehr

Band 323
2014. XIX, 279 Seiten.

ISBN 9783161536120
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161536137
eBook PDF 69,00 €

Der zunehmenden Bedeutung der grenzüberschreitenden Korruptionsbekämpfung hat der deutsche Gesetzgeber durch eine beträchtliche Ausweitung strafrechtlicher Sanktionsdrohungen Rechnung getragen. In zivilrechtlicher Hinsicht sind indes allein die diesen normtheoretisch vorgelagerten Verhaltensnormen – insbesondere als »gesetzliche Verbote« – von Bedeutung. Unter konsequenter Beachtung der Einheit der Rechtsordnung untersucht Christian Kalin das komplexe Zusammenspiel in- und ausländischer korruptionsbezogener Verhaltensnormen sowohl im privatrechtlichen wie auch im strafrechtlichen Kontext. Dabei entwickelt er ein normtheoretisch begründetes, differenziertes kollisionsrechtliches Anknüpfungssystem, welches neben der Heranziehung von Verhaltensnormen als gesetzliche Verbote auch eine abgeschwächte Beachtung ausländischer Verhaltensnormen innerhalb eines kollisionsrechtlichen Subsystems zu erklären vermag und so ein neues Licht auf die traditionelle Problematik der Eingriffsnormen wirft.



Fix, Christian

Die fiducie-sûreté

Eine Untersuchung der französischen Sicherungstreuhand aus deutscher Sicht

Band 322
2014. XXIII, 387 Seiten.

ISBN 9783161534065
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161534737
eBook PDF 79,00 €

Im deutschen Kreditsicherungsrecht kommt der Sicherungstreuhand in Form der Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung eine zentrale Rolle zu. Im Gegensatz dazu war in Frankreich, abgesehen von einigen wenigen Fällen gesetzlicher Normierung mit sehr begrenztem Anwendungsbereich, eine treuhänderische Sicherheit lange Zeit unbekannt. Diesem als unbefriedigend empfundenen Zustand wollte der französische Gesetzgeber im Jahr 2007 durch Einführung der *fiducie* Abhilfe schaffen, die in der Ausprägung als *fiducie-sûreté* einer Verwendung als Kreditsicherheit offensteht. Christian Fix unterzieht die neu geschaffene französische Sicherungstreuhand einer Untersuchung aus rechtsvergleichender Perspektive. Die Herausarbeitung der dogmatischen Grundlagen der *fiducie-sûreté* steht dabei im Vordergrund der Betrachtung. Zugleich liefern die gewonnenen Untersuchungsbefunde wichtige Hinweise für die praktische Verwendung der *fiducie-sûreté* als Kreditsicherheit.

Vashakidze, George

Das Internationale Privatrecht von Georgien

Band 321
2014. XXVIII, 398 Seiten.

ISBN 9783161530159
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161530357
eBook PDF 79,00 €

George Vashakidze untersucht systematisch und umfassend das georgische internationale Privatrecht. Dabei stellt er ausschließlich das Kollisionsrecht dar. Das Ziel der Arbeit besteht darin, georgisches Kollisionsrecht aus der Sicht des europäischen Kollisionsrechts und insbesondere aus der Sicht des deutschen IPR zu analysieren. Dies geschieht vor allem durch die Entschlüsselung des dogmatischen Hintergrunds, der hinter den transformierten Rechtsinstituten steckt oder stecken sollte. Der Autor nimmt an vielen Stellen auf das deutsch-europäische Kollisionsrecht und den dazu entwickelten Meinungsstand Bezug. Trotz äußerlicher Ähnlichkeiten ist das wirkliche Ziel des Gesetzgebers, das georgische Kollisionsrecht an das europäische anzupassen, nur halbwegs verwirklicht worden. Das Gesetz ist reich an Übersetzungsfehlern, Lücken und Unstimmigkeiten. George Vashakidze zeigt, dass das kodifizierte Kollisionsrecht sowie die von Georgien ratifizierten Staatsverträge in der Rechtsprechung nur geringe Bedeutung erlangen und die Gerichte ausländisches Recht kaum anwenden.

Lund, Nils

Der Gerichtsstand der Streitgenossenschaft im europäischen Zivilprozessrecht

Allgemeine Lehren, Anwendung im Patent- und Kartelldeliktsrecht

Band 320
2014. XXIX, 371 Seiten.

ISBN 9783161536649
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161536694
eBook PDF 79,00 €

Die Auslegung des Gerichtsstands der Streitgenossenschaft im europäischen Zivilprozessrecht wirft vor dem Hintergrund der kontroversen Rechtsprechung des EuGH zahlreiche ungeklärte Fragen auf. Was verbirgt sich hinter dem Tatbestandsmerkmal der Gefahr widersprechender Entscheidungen? Wie lässt sich die Vorschrift mit dem Gebot der Vorhersehbarkeit in Einklang bringen? Welche Mechanismen können die Erschleichung der Zuständigkeit durch den Kläger verhindern? Nils Lund entwickelt ein kohärentes Konzept zur einheitlichen und vorhersehbaren Interpretation des Gerichtsstands der Streitgenossenschaft. In Anwendung der aufgestellten Vorgaben geht er sodann der Verfahrenskonzentration im Patent- und Kartelldeliktsrecht auf den Grund, zwei Gebiete auf denen der Gerichtsstand der Streitgenossenschaft in jüngerer Zeit vermehrt praktische Bedeutung erlangt hat.

Messinger, Markus

Rechtsunsicherheiten bei internationalen elektronischen Handelsgeschäften

Ihre Reduktion unter Berücksichtigung des deutschen, US-amerikanischen und internationalen Vertragsrechts

Band 319
2014. XXXVI, 541 Seiten.

ISBN 9783161533600
fadengeheftete Broschur 99,00 €

ISBN 9783161533617
eBook PDF 99,00 €

Die Globalisierung der Märkte und die Informatisierung von Transaktionen verändern die Anforderungen an die rechtlichen Rahmenbedingungen für Geschäfte zwischen Unternehmen. Markus Messinger analysiert und bewertet die deutschen, US-amerikanischen und internationalen Rechtsvorschriften für elektronische B2B-Verträge und entwickelt alternative Lösungen. Zunächst gibt er einen Überblick über die ökonomischen und technischen Merkmale elektronischer Handelsgeschäfte und die ökonomische Funktion rechtlicher Regelungen. Anschließend prüft er im Detail die Effizienz der bestehenden Rechtsregeln im IZVR, IPR und Vertragsrecht zur Reduktion von Rechtsunsicherheiten im internationalen elektronischen Handelsverkehr. Auf dieser Basis werden Vorschläge ökonomisch effizienter Regelungen unterbreitet, die der Bewertung des »United Nations Convention on the Use of Electronic Communications in International Contracts« dienen. Markus Messinger wurde für diese Arbeit der Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover verliehen.



Schuh, Sandra

Gemeinnützige Rechtsträger in Japan und Deutschland

Eine rechtsvergleichende Studie gemeinnütziger Vereine und Stiftungen

Band 318
2014. XXVII, 272 Seiten.

ISBN 9783161530210
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161531972
eBook PDF 69,00 €

Der japanische Gesetzgeber hat die gesetzlichen Vorschriften für gemeinnützige Rechtsträger über hundert Jahre unverändert gelassen. Seit dem Jahr 1998 wurde die gesetzliche Dogmatik gemeinnütziger Rechtsträger jedoch schrittweise grundlegend reformiert. Dies geschah in Japan vor dem Hintergrund des Rückgangs sozialstaatlicher Leistung einerseits und der Stärkung privaten gesellschaftlichen Engagements andererseits. Sandra Schuh untersucht im Schwerpunkt die rechtliche Spannweite der Reform von japanischen Vereinen und Stiftungen in zivilrechtlicher und steuerrechtlicher Hinsicht sowie aus rechtsvergleichender Perspektive die deutschen Regelungen.

Franck, Gunnar

Der Direktanspruch gegen den Haftpflichtversicherer

Eine rechtsvergleichende Untersuchung zum deutschen und skandinavischen Recht

Band 317
2014. XXIII, 235 Seiten.

ISBN 9783161534805
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161534997
eBook PDF 69,00 €

Der Geschädigte nimmt in der Haftpflichtversicherung eine besondere Stellung ein: Sein Schadensersatzanspruch entspricht dem versicherten Risiko. Grundsätzlich kann der Geschädigte seinen Schadensersatzanspruch indes nicht direkt beim Haftpflichtversicherer geltend machen. Gunnar Franck untersucht rechtsvergleichend, inwieweit das deutsche und skandinavische Recht dem Geschädigten dennoch ermöglichen, unmittelbar gegen den Haftpflichtversicherer vorzugehen. Zudem analysiert er, wie die mit einer solchen Durchgriffshaftung einhergehenden Probleme gelöst werden. Hierfür wird insbesondere auf die zentralen Fragen der Drittwirkung der Einwendungen des Versicherers und der Bindungswirkung des Haftungsverhältnisses eingegangen. Der Vergleich mit dem skandinavischen Recht fördert dabei Vor- und Nachteile einzelner Regelungsmodelle zu Tage.

Botthof, Andreas

Perspektiven der Minderjährigenadoption

Band 316
2014. XIV, 231 Seiten.

ISBN 9783161534584
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161534843
eBook PDF 64,00 €

Jedes fürsorgebedürftige Kind soll in einer Familie aufwachsen. Diese sozialpolitische Zielsetzung wird vom geltenden deutschen Adoptionsrecht verfehlt. Es orientiert sich an der Vorstellung »leiblicher« Elternschaft und beharrt auf einer »Wiedergeburt« des Kindes in der Adoptivfamilie. Beide Konzepte sind nicht mehr zeitgemäß. Auf der Basis neuester sozialwissenschaftlicher und rechtsvergleichender Erkenntnisse entwirft Andreas Botthof eine gesetzgeberische Reaktion, die den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung trägt. Im Zentrum seiner Überlegungen steht das Kindeswohl. Es sollte auch den Mittelpunkt des internationalen Adoptionsrechts bilden. In Deutschland beweist eine Unzahl strittiger Gerichtsentscheidungen zum Status ausländischer Adoptionen, dass die juristische Praxis um einen einheitlichen Maßstab ringt. In diesem Spannungsfeld von Kindeswohl und Generalprävention liegt eine große Herausforderung für die Rechtspolitik. Auf der Grundlage einer differenzierten Auswahl von Fallbeispielen entwickelt der Autor überzeugende Handlungsoptionen.

Dengel, Katja

Die europäische Vereinheitlichung des Internationalen Ehegüterrechts und des Internationalen Güterrechts für eingetragene Partnerschaften

Band 315
2014. XXXIII, 414 Seiten.

ISBN 9783161534577
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161534782
eBook PDF 89,00 €

Die Kommissionsvorschläge zum Internationalen Ehegüterrecht und zum Internationalen Güterrecht für eingetragene Partnerschaften sollen einen klaren Rechtsrahmen für grenzüberschreitende vermögensrechtliche Wirkungen einer Ehe bzw. eingetragenen Partnerschaft schaffen. Katja Dengel analysiert die vorgeschlagenen Texte auf der Basis eines Vergleichs aller mitgliedstaatlichen Sach- und Kollisionsrechte. Schwerpunkte sind der Anwendungsbereich, die objektiven und subjektiven Anknüpfungsmomente sowie ausgewählte Fragen des Allgemeinen Teils. Der Vorschlag zur Vereinheitlichung des Internationalen Güterrechts für eingetragene Partnerschaften wird darüber hinaus unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare beleuchtet. Die Arbeit mündet in konkrete Verbesserungsvorschläge.



Kränzle, Michael

Heimat als Rechtsbegriff?

Eine Untersuchung zu Domicile und gewöhnlichem Aufenthalt im Lichte der EU-Erbrechtsverordnung

Band 314
2014. XXIX, 313 Seiten.

ISBN 9783161532764
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161533082
eBook PDF 69,00 €

Ab 17. 8.2015 wird die EU-Erbrechtsverordnung das internationale Verfahrens- und Kollisionsrecht für internationale Erbfälle in den EU-Mitgliedstaaten umfassend neu regeln. Schon vor diesem Datum muss die Verordnung von der rechtsberatenden Praxis auf Grund von Übergangsvorschriften berücksichtigt werden. Von zentraler Bedeutung wird für den Rechtsanwender künftig das Verständnis des neuen objektiven Anknüpfungspunktes des gewöhnlichen Aufenthalts werden. Michael Kränzle untersucht den Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts im Kontext bisheriger EU-Rechtsakte und stellt ihn rechtsvergleichend dem in den Common-Law-Rechtsordnungen verbreiteten Anknüpfungspunkt des Domicile gegenüber. Ausgehend von den gewonnenen Erkenntnissen wird ein eigenständiges Begriffsverständnis für den spezifischen Kontext des internationalen Erbrechts entwickelt, anhand dessen sich zahlreiche problematische Fallgruppen überzeugend lösen lassen.

Allwörden, Sebastian von

US-Terrorlisten im deutschen Privatrecht

Zur kollisions- und sachrechtlichen Problematik drittstaatlicher Sperrlisten mit extraterritorialer Wirkung

Band 313
2014. XVIII, 198 Seiten.

ISBN 9783161532740
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161532757
eBook PDF 64,00 €

Die Specially-Designated-Nationals-Listen des US-amerikanischen Office of Foreign Assets Control (OFAC) verbieten, basierend auf Exekutivanordnungen des US-Präsidenten, vollumfänglich Geschäfte mit den gelisteten terrorverdächtigen Personen und sonstigen Rechtssubjekten. Da sich der intendierte Geltungsbereich der entsprechenden Tatbestände nicht auf Sachverhalte in den USA beschränkt, stellt sich auch für international agierende deutsche Unternehmen die Frage, inwiefern die in den USA drakonisch sanktionierten Vorgaben im deutschen Privatrecht berücksichtigt werden können. Anknüpfungspunkte dafür bieten zum einen Vorschriften des internationalen Privatrechts betreffend sogenannte (drittstaatliche) Eingriffsnormen und zum anderen Generalklauseln im materiellen bürgerlichen Recht, wie etwa die Vorschriften zur Störung der Geschäftsgrundlage.

Kühn, Anna-Lisa

Die gestörte Gesamtschuld im Internationalen Privatrecht

Am Beispiel einer Spaltung des Mehrpersonenverhältnisses zwischen deutschem und englischem Recht

Band 312
2014. XXIV, 265 Seiten.

ISBN 9783161534102
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161534157
eBook PDF 69,00 €

Die gestörte Gesamtschuld stellt bereits nach deutschem Sachrecht ein sehr umstrittenes Problemfeld dar. Eine besondere Verschärfung erhält der Interessenkonflikt aber, wenn die Mitschuldner nach unterschiedlichen Rechtsordnungen verpflichtet sind. Es stellt sich hier die Frage, was es für die Auflösung des Mehrpersonenverhältnisses bedeutet, wenn der Gläubiger einen der Schuldner nicht in Anspruch nehmen kann, die betroffenen Rechtsordnungen die Auswirkungen dieser Privilegierung im Dreipersonenverhältnis aber unterschiedlich beurteilen. Anna-Lisa Kühn untersucht die Möglichkeit der Entstehung einer solchen »gestörten Gesamtschuld im Internationalen Privatrecht« durch exemplarische Gegenüberstellung der Auflösung des zugrundeliegenden Interessenkonflikts nach englischem und deutschem Sachrecht und entwickelt die kollisionsrechtliche Behandlung dieser Konstellation unter Geltung der Verordnungen Rom I und Rom II.

Born, Michael

Europäisches Kollisionsrecht des Effektengiros

Intermediatisierte Wertpapiere im Schnittpunkt von Internationalem Sachen-, Schuld- und Insolvenzrecht

Band 311
2014. XXI, 443 Seiten.

ISBN 9783161522376
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161523694
eBook PDF 89,00 €

Wertpapiertransaktionen auf den Kapitalmärkten werden nur noch durch Umbuchungen in einem System von Depotkonten erfüllt. Die stückelose Transaktionsform, der Effekten giroverkehr, steht zwangsläufig in einem Spannungsverhältnis zu traditionellen wertpapierrechtlichen Konzepten. Angesichts des ubiquitären Charakters der Finanzmärkte lässt sich dabei gerade auch kollisionsrechtlich ein starkes Bedürfnis nach Rechtssicherheit ausmachen. Um diesem zu entsprechen, stehen die intermediatisierten Titel seit längerem auf der Agenda des europäischen Gesetzgebers. Als Querschnittsmaterie des Internationalen Sachen-, Schuld- und Insolvenzrechts hat sich ein europäisches Kollisionsrecht des Effekten giroverkehrs herausgebildet. Michael Born analysiert die verschiedenen Sekundärrechtsakte, zeigt Parallelen und gemeinsame Grundzüge auf und legt die bestehenden Defizite und Lücken dar. Weiter lotet er die Optionen für eine künftige heteronome oder autonome Fortentwicklung des europäischen Rechtsrahmens aus.



Kim, Hwa

Die Nacherfüllung als Rechtsbehelf des Käufers nach CISG, deutschem und koreanischem Recht

Band 310
2014. XVII, 270 Seiten.

ISBN 9783161526848
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161527944
eBook PDF 69,00 €

Der Kaufvertrag ist der Vertragstyp, der in der Praxis am häufigsten geschlossen wird. Im Fall der Leistungsstörung des Kaufvertrages konzentrieren sich die Interessen der Vertragsparteien auf ihre Rechtsbehelfe. Der Nacherfüllungsanspruch hat eine besondere Funktion unter den Rechtsbehelfen des Käufers, denn mit dessen Hilfe kann der Käufer verlangen, was er sich vom Kaufvertrag erwartet hat. Im CISG wurde der Nacherfüllungsanspruch von Anfang an als Rechtsbehelf konzipiert. Nach der Schuldrechtmodernisierung wurde der Nacherfüllungsanspruch im BGB allgemein geregelt, jedoch wird er nach überwiegender Auffassung lediglich als modifizierter Erfüllungsanspruch verstanden. Hwa Kim stellt die Frage nach dem tradierten Verständnis des Nacherfüllungsanspruchs und analysiert diesen insbesondere anhand der jüngsten EuGH-Urteile. Daraus ergibt sich, dass der Nacherfüllungsanspruch als ein echter Rechtsbehelf des Käufers zu betrachten ist. Überdies zeigt der Autor die Problematik des Nacherfüllungsanspruchs im koreanischen BGB.

Pohlhausen, Carlo

Unternehmensfinanzierung am Kapitalmarkt in den arabischen Staaten

Eine rechtsvergleichende Analyse von Aktien-, Anleihe- und Hybridemissionen am Beispiel Ägyptens, der Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabiens und Jordaniens

Band 309
2014. XXXVII, 796 Seiten.

ISBN 9783161527678
fadengeheftete Broschur 109,00 €

ISBN 9783161531965
eBook PDF 109,00 €

Seit der Privatisierung des öffentlichen Sektors und der Entstehung organisierter Kapitalmärkte im arabischen Raum unterliegen die Organisationsstrukturen und Finanzierungsformen vieler arabischer Gesellschaften einem tiefgreifenden Wandel. Während die Unternehmenslandschaft bis vor wenigen Jahren nur das Modell der geschlossenen Familiengesellschaft und des Einzelunternehmers kannte, bieten zunehmend mehr arabische Gesellschaften ihre Aktien einem breiten Anlegerpublikum an oder finanzieren sich über börsennotierte Anleihen. Vor diesem Hintergrund untersucht Carlo Pohlhausen die zivil-, gesellschafts- und kapitalmarktrechtlichen Grundlagen der Unternehmensfinanzierung am Kapitalmarkt in Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und Jordanien, ordnet sie historisch ein und analysiert sie im Kontext ihres kulturellen Umfelds und der Erkenntnisse der modernen Kapitalmarktforschung. Mit diesem Ansatz erarbeitet der Autor eine Vielzahl von Spannungsverhältnissen zwischen rezipiertem Recht, regionalen Lösungen und den Einflüssen globaler Finanzmärkte und zeigt Möglichkeiten, sie im Einklang mit den rechtstatsächlichen Gegebenheiten durch effizientere Regulierung aufzulösen.

Riebold, Julia

Die Europäische Kontopfändung

Die grenzüberschreitende Kontopfändung wird mit der weiteren Stärkung des europäischen Binnenmarktes zunehmend an Bedeutung gewinnen. Da jedoch bislang weder eine Regelung im deutschen internationalen Privat- und Zivilverfahrensrecht noch auf EU-Ebene existiert, widmet sich Julia Riebold der Frage, unter welchen Voraussetzungen ein deutsches Gericht bei einem Sachverhalt mit europäischem Auslandsbezug einen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss erlässt. Eingehend werden die inländische Gerichtsbarkeit, die internationale Zuständigkeit, die Frage des anwendbaren Rechts, insbesondere bzgl. des Pfändungsschutzes und der Wirkungen des Pfändungsaktes, sowie die Frage der Anerkennung einer ausländischen Kontopfändung erörtert. Abschließend stellt die Autorin die Bestrebungen der Europäischen Kommission zur Vereinheitlichung der vorläufigen Kontopfändung dar und unterbreitet einen eigenen Verordnungsvorschlag zur endgültigen Kontopfändung.

Band 308
2014. XXXI, 452 Seiten.

ISBN 9783161532306
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161532771
eBook PDF 94,00 €

Pöttker, Erik

Klimahaftungsrecht

Die Haftung für die Emission von Treibhausgasen in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika

Band 307
2014. XXV, 476 Seiten.

ISBN 9783161533105
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161533112
eBook PDF 94,00 €

Haften Treibhausgasemittenten für Schäden infolge des Klimawandels? Aus Anlass der jüngst entflammten *climate change litigation* vergleicht Erik Pöttker das (Klima-)Haftungsrecht Deutschlands und der Vereinigten Staaten von Amerika. Maßstäbe sind dabei die Gewährleistung maximalen Individualrechtsgüterschutzes und eine ökonomisch wie ökologisch sinnvolle Verhaltenssteuerung. Den Schwerpunkt der Untersuchung bilden die beiden Determinanten des Haftungsrechts, die Kausalität und das Pflichtwidrigkeitserfordernis. Geprüft wird dabei nicht zuletzt der Gerechtigkeitsgehalt des haftungsrechtlichen Normenbestandes bezüglich der Verantwortungszuweisung auch in komplexen Strukturen, wie sie für moderne Gesellschaften typisch sind. Die Analyse mündet in eine Stellungnahme dazu, ob ein haftungsrechtlicher Klimaschutz wünschenswert und praktikabel ist.



Lein, Eva

Die Verzögerung der Leistung im europäischen Vertragsrecht

Band 306
2015. XXVII, 534 Seiten.

ISBN 9783161507113
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161540714
eBook PDF 94,00 €

Die im Lichte eines künftigen optionalen Instruments diskutierten Entwürfe für ein europäisches Vertragsrecht (PECL, DCFR) verzichten in Anlehnung an internationale Vorgaben (CISG, UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts) auf einen Verzugstatbestand und ordnen die Verzögerung der Leistung in die allgemeine Nichterfüllungshaftung ein. In einem weiteren Modell (Code Européen des Contrats) wird hingegen bewusst an einem Verzugstatbestand festgehalten. Welche Lösung ist im Lichte der Schuldner- und Gläubigerinteressen am sinnvollsten? Eva Lein beantwortet diese Frage in einer breit angelegten Untersuchung des geplanten europäischen Leistungsstörungsrechts vor dem Hintergrund internationaler Vorgaben, des Unionsprivatrechts, der historischen Grundlagen der Leistungsverzögerung sowie verschiedener nationaler Rechtsordnungen in West- und Osteuropa. Aus ihrer Analyse leitet sie auch Vorschläge für das deutsche Schuldrecht ab.

Wilke, Christine

Die Adoption minderjähriger Kinder durch den Stiefelternteil

Vergleichende Analyse des deutschen und englischen Rechts

Band 305
2014. XXII, 352 Seiten.

ISBN 9783161528187
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161528620
eBook PDF 74,00 €

Stiefkindadoptionen, die heutzutage mehr als die Hälfte aller jährlich beschlossenen Minderjährigenadoptionen in Deutschland ausmachen, stehen in einem Spannungsverhältnis zum Leitbild des Adoptionsrechts und sind nach sozialwissenschaftlichen Untersuchungen nicht selten problembelastet. Christine Wilke untersucht die Rechtsposition und Interessenlage der an einer solchen Adoption primär Beteiligten – Stiefelternteil, Stiefkind und außenstehender leiblicher Elternteil – unter Berücksichtigung psychosozialwissenschaftlicher Erkenntnisse und gesellschaftspolitischer Erwägungen. Vergleichend zieht sie hierbei die Rechtslage und Praxis in England heran, wo die intensive rechtspolitische Diskussion dieser Problematik bereits in den 70er Jahren gesetzgeberische Reaktionen nach sich gezogen hat. Basierend auf den aus dem Rechtsvergleich gewonnenen Erkenntnissen nimmt sie Stellung zu Lösungsansätzen im Recht der Stieffamilie sowie im Adoptionsrecht.

Wyen, Jan-Henning

Rechtswahlfreiheit im europäischen Insolvenzrecht

Eine Untersuchung zum forum shopping unter der EuInsVO unter besonderer Berücksichtigung von Effizienz Gesichtspunkten

Band 304
2014. XXX, 400 Seiten.

ISBN 9783161522468
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161523137
eBook PDF 79,00 €

Eine zentrale Weichenstellung der Zuständigkeitsermittlung gemäß der Europäischen Insolvenzverordnung wird durch den 'Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen', einen unbestimmten Rechtsbegriff, beherrscht. Den Verfahrensbeteiligten wird hierdurch in begrenztem Umfang die Möglichkeit vermittelt, Einfluss auf den Verfahrensort und damit auf das im Insolvenzverfahren zur Anwendung kommende mitgliedstaatliche Insolvenzrecht zu nehmen. Jan-Henning Wyen untersucht die im Spannungsfeld von Zuständigkeits- und Anerkennungsregeln entstehenden Einwirkungsmöglichkeiten der Verfahrensbeteiligten, die er als faktische Rechtswahlfreiheit begreift, und ihre gegenständliche Reichweite unter Berücksichtigung des deutschen Insolvenz- und Gesellschaftsrechts. Darüber hinaus analysiert er das Einflussnahmepotential und die damit verbundenen Anreizstrukturen unter Effizienz Gesichtspunkten. Im Spiegel der gewonnenen Erkenntnisse setzt er sich abschließend mit den Vor- und Nachteilen alternativer Regelungsmodelle auseinander.

Ptak, Paulina

Der Europäische Vollstreckungstitel und das rechtliche Gehör des Schuldners

Eine Analyse der EuVTVO anhand der deutschen und polnischen Anpassungsvorschriften

Band 303
2014. XXII, 266 Seiten.

ISBN 9783161530227
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161530562
eBook PDF 69,00 €

Die Europäische Vollstreckungstitelverordnung (EuVTVO) gehört zu den jüngeren Rechtsakten der EU, denen der Regelungsansatz einer einheitlichen und unmittelbaren Geltung von gerichtlichen Entscheidungen in der gesamten EU zugrunde liegt. Die EuVTVO zielt auf diejenigen gerichtlichen Entscheidungen, denen eine 'unbestrittene Forderung' zugrunde liegt. Eine fehlende Verteidigung rechtfertigt allerdings nur dann den Erlass eines europäischen Vollstreckungstitels, wenn der Schuldner eine hinreichende Möglichkeit hatte, zu der Klage gehört zu werden. Die Wahrung des rechtlichen Gehörs ist deswegen die Kernfrage der EuVTVO. Paulina Ptak untersucht die Gewährleistung des rechtlichen Gehörs im Rahmen der EuVTVO und ihrer Anwendung in Deutschland und Polen, zeigt hierfür notwendige Maßgaben auf und arbeitet Lücken in der Gehörswahrung sowie Verletzungen des Prinzips des rechtlichen Gehörs heraus.



Aschenbrenner, Mark

Die Sicherungsübereignung im deutschen, englischen und brasilianischen Recht

Band 302
2014. XXX, 380 Seiten.

ISBN 9783161531569
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161531576
eBook PDF 79,00 €

Die deutsche Sicherungsübereignung, die englische *legal mortgage* und die brasilianische *alienação fiduciária* haben gemeinsam, dass die Vollberechtigung am Sicherungsgegenstand auf den Sicherungsnehmer übertragen wird. In allen drei Rechtsordnungen verursacht dieses Konzept dogmatische und praktische Schwierigkeiten. Mark Aschenbrenner arbeitet die wesensimmanenten Probleme der genannten Vollrechtssicherheiten heraus und überprüft die Lösungsansätze des deutschen, englischen und brasilianischen Rechts. Dazu deckt er zunächst Parallelen in der geschichtlichen Entwicklung und in der Dogmatik der Rechtsinstitute auf und untersucht anschließend die Ausgestaltung der Sicherungsrechte – insbesondere hinsichtlich Zwangsvollstreckung und Insolvenz. Im Ergebnis stellt sich heraus, dass Detailregelungen zu Begründung, Verwertung etc. entscheidender für die Effektivität und die Effizienz einer Vollrechtssicherheit sind als ihre Rechtsnatur.

Winter, Matthias

Das Lösungsrecht nach gutgläubigem Erwerb

Ein Mittel zum Ausgleich von Ausfallrisiko und Sachzuordnung, unter vergleichender Berücksichtigung des deutschen und französischen Rechts

Band 301
2014. XXV, 425 Seiten.

ISBN 9783161526220
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161529603
eBook PDF 89,00 €

Matthias Winter widmet sich mit dem gutgläubigen Erwerb vom Nichtberechtigten einem klassischen Thema des Zivilrechts. Die Regelungen zum gutgläubigen Erwerb müssen dabei die sich überlagernden schuld- und sachenrechtlichen Interessen der Beteiligten zum Ausgleich bringen, wobei die Fragen nach der Eigentumszuweisung und der Verteilung des Risikos der Nichtrealisierbarkeit schuldrechtlicher Ausgleichsansprüche im Vordergrund stehen. Der Blick auf das existierende französische und deutsche Recht zeigt, dass die zugrunde liegende Ordnungsaufgabe zwar mit vergleichbaren Steuerungselementen, aber aufgrund verschiedener Kombinationen dieser Steuerungselemente im Detail unterschiedlich gelöst wird. Die Analyse dieser Lösungsansätze führt – inspiriert von dem Flexibilitätsgewinn, den die Mechanik eines Lösungsrechts ermöglicht – zu einem Regelungsvorschlag, der die Elemente der nationalen Lösungen aufgreift und vor dem Hintergrund der heutigen Gesellschafts- und Lebensumstände teilweise neu bewertet und kombiniert.

Matz, Henry

Regulierung von Eigentumssicherheiten an beweglichen Sachen

Reformüberlegungen auf rechtsvergleichender Grundlage

Band 300
2014. XXVI, 417 Seiten.

ISBN 9783161529436
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161530739
eBook PDF 79,00 €

Henry Matz leistet einen Beitrag zur Reform der Mobiliarkreditsicherheiten – insbesondere der Eigentumssicherheiten – in Deutschland und der Schweiz. Er systematisiert aktuelle nationale und supranationale Gesetzgebungsansätze, untersucht Unterschiede anhand vergleichender Falllösungen und macht schließlich Reformvorschläge. Ein Ziel der Arbeit ist es, den in Europa vermehrt an Einfluss gewinnenden funktionalen und unitären Ansatz zu »entmystifizieren«. Neben den einschlägigen US-amerikanischen und kanadischen Quellen werden das Kreditsicherheitsrecht der kanadischen Provinz Québec, das neue französische Kreditsicherheitsrecht sowie Vorschläge aus dem Bereich *Soft Law* eingehend untersucht. Der Autor zeigt, dass es möglich ist, in Deutschland und auch in der Schweiz auf der Basis des bestehenden Rechtsfundaments ein effektives und effizientes Recht der Kreditsicherheiten zu entwickeln.

Lemmerz, Anna-Luisa

Die Patientenverfügung

Autonomie und Anknüpfungsgerechtigkeit

Band 299
2014. XXI, 360 Seiten.

ISBN 9783161528491
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161528521
eBook PDF 74,00 €

Die Patientenverfügung ist ein vergleichsweise junges Rechtsinstitut. Viele europäische Gesetzgeber haben erst jüngst in dem Anliegen, die Selbstbestimmung im Alter und bei Krankheit zu stärken, Regelungen für private Vorsorge durch Patientenverfügung geschaffen. Die gewonnenen Regelungskonzepte differieren in ihrer Grundkonzeption wie auch im Detail. Obgleich aus dieser Rechtszersplitterung Unsicherheiten für den internationalen Rechtsverkehr erwachsen, haben sich die europäischen Gesetzgeber den kollisionsrechtlichen Fragen im Umgang mit Patientenverfügungen ganz überwiegend noch nicht angenommen. Anna-Luisa Lemmerz setzt an dieser Stelle an und entwickelt ausgehend von der grundlegenden Fragestellung, ob die internationalen Wirkungen der Patientenverfügung eher dem internationalen Strafrecht oder dem internationalen Privatrecht zuzuordnen sind, für das deutsche Recht rechtsfortbildend Anknüpfungsregeln für die Patientenverfügung.



Bareiß, Andreas

Pflichtenkollisionen im transnationalen Beweisverkehr

Offenbarungspflichten im Zivilprozessrecht der USA und Offenbarungsverbote nach deutschem und europäischem Recht

Band 298
2014. XIX, 208 Seiten.

ISBN 9783161528170
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161528644
eBook PDF 64,00 €

Die Anzahl deutscher Unternehmen, die in den USA verklagt werden, hat in den vergangenen Jahrzehnten stetig zugenommen. Häufig befinden sich die Unternehmen in einem Dilemma: Das US-amerikanische Zivilprozessrecht verpflichtet sie, während einer *pre-trial discovery* Informationen zu offenbaren, die nach deutschem und europäischem Recht Offenbarungsverböten unterliegen. Andreas Bareiß stellt die Rechtslage nach deutschem, europäischem und US-amerikanischem Recht dar. Dabei konzentriert er sich auf Offenbarungspflichten, die sich aus den *US Federal Rules of Civil Procedure* ergeben und Offenbarungsverböte, die aus dem allgemeinen Datenschutz, dem Fernmeldegeheimnis und dem Bankgeheimnis resultieren. Er untersucht Abwehrstrategien und Schutzmaßnahmen, die betroffene Unternehmen in Deutschland und den USA ergreifen können. Schließlich erarbeitet der Autor einen eigenen Ansatz zur grundlegenden Lösung des rechtlichen Dilemmas.

Wais, Hannes

Der Europäische Erfüllunggerichtsstand für Dienstleistungsverträge

Zur Auslegung des Art. 5 Nr. 1 lit. b 2. Spiegelstrich EuGVO

Band 297
2013. XXVI, 254 Seiten.

ISBN 9783161526992
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161527371
eBook PDF 69,00 €

Der europäische Erfüllunggerichtsstand nach Art. 5 Nr. 1 EuGVO gehört zu den wichtigsten Gerichtsständen dieser Verordnung. Hannes Wais beleuchtet die Sondervorschrift des Erfüllunggerichtsstands für Dienstleistungsverträge in Art. 5 Nr. 1 lit. b 2. Spiegelstrich EuGVO. Dabei entwickelt er zunächst eine Kernthese, die sich an den Besonderheiten grenzüberschreitender Streitbeilegung orientiert und dem Autor als Prüfungsmaßstab und zugleich Richtschnur für die Auslegung der Vorschrift dient. Die Vorschrift wird insbesondere im Hinblick auf ihren sachlichen Anwendungsbereich und die Methode ihrer Anwendung eingehend untersucht. Dabei würdigt der Autor die etablierten Lösungsansätze von Rechtsprechung und Literatur zu den bekannten Problemfeldern der Regelung kritisch und entwickelt eigene Lösungsvorschläge (insbesondere im Hinblick auf die Methode der Bestimmung der zuständigen Gerichte). Außerdem werden bislang unbehandelte Probleme angesprochen und einer Lösung zugeführt.

Schmidt, Mareike

Produkt Rückruf und Regress

Band 296
2013. XXII, 282 Seiten.

ISBN 9783161529382
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161529399
eBook PDF 64,00 €

Die Anzahl der zurückgerufenen Produkte ist innerhalb des vergangenen Jahrzehnts drastisch gestiegen, und die Frage nach der zivilrechtlichen Rückruffpflicht des Warenherstellers hat mittlerweile auch den Bundesgerichtshof erreicht. Diese Entwicklungen nimmt Mareike Schmidt zum Anlass, um den Produkt Rückruf nach deutschem und schweizerischem Recht zu untersuchen. Im ersten Teil der Arbeit steht die Rückruffpflicht des Warenherstellers als zivilrechtliche Verkehrspflicht im Mittelpunkt. Deren Voraussetzungen und ihr Umfang einschließlich der entsprechenden Kostentragungspflicht werden eingehend analysiert. Anschließend erörtert die Autorin die zeitlichen Grenzen der Rückruffpflicht, die Frage eines Anspruchs auf Produkt Rückruf sowie die Verpflichtung zum Rückruf bei arbeitsteiliger Produktion. Im zweiten Teil der Arbeit prüft sie nach nationalem und internationalem Recht (CISG), inwiefern der Endhersteller von dem Zulieferer, dessen Produkt die Gefährlichkeit des Endprodukts verursacht hat, die Ersetzung der Kosten einer Rückrufaktion verlangen kann.

Orgel, Marc

Class Arbitration

Von der Gruppenklage zum Gruppenschiedsverfahren und zurück? Eine Untersuchung zum U.S.-amerikanischen Schiedsverfahrensrecht

Band 295
2013. XXVII, 437 Seiten.

ISBN 9783161530142
fadengeheftete Broschur 89,00 €
ISBN 9783161530326
eBook PDF 89,00 €

Die Class Action ist das wohl prominenteste Beispiel einer Gruppenklage und weltweit ein Begriff – nicht nur für Juristen. Die Class Arbitration hingegen stellt eine relativ neue, aber nicht minder faszinierende Erscheinung des U.S.-amerikanischen Prozessrechts dar, die durch die Entscheidung des Supreme Court in *Green Tree Fin. Corp. v. Bazzle* schlagartig bekannt wurde. Marc Orgel stellt den Aufstieg – und möglicherweise bereits wieder: Fall – der Class Arbitration umfassend dar. Dabei erörtert der Autor nicht nur die in den USA vorherrschenden rechtlichen Rahmenbedingungen und die Entstehungsgeschichte der Class Arbitration im Beziehungsgeflecht zwischen Kautelarpraxis, staatlicher und schiedsgerichtlicher Judikatur. Zugleich gibt er auch eine präzise dogmatische Analyse der relevanten schiedsvertraglichen und schiedsverfahrensrechtlichen Aspekte und wirft einen Blick in die Zukunft des Gruppenschiedsverfahrens in den USA.



Kroh, Johanna

Der existenzvernichtende Eingriff

Eine vergleichende Untersuchung zum deutschen, englischen, französischen und niederländischen Recht

Band 294
2013. XXIX, 466 Seiten.

ISBN 9783161523724
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161524042
eBook PDF 94,00 €

Mit den für das internationale Gesellschaftsrecht grundlegenden Entscheidungen des EuGH in Sachen 'Centros', 'Überseering' und 'Inspire Art' sind Gesellschaften innerhalb Europas grenzüberschreitend mobil. Was ausländische Gesellschaften im Rucksack ihres Gesellschaftsstatuts in Punkto Gläubigerschutz und insbesondere im Hinblick auf existenzvernichtende Eingriffe mit auf ihre Reise nach Deutschland nehmen, ist im Detail jedoch noch ebenso ungeklärt wie die spiegelbildliche Frage nach der Anwendbarkeit des deutschen Rechts auf ausländische Gesellschaften mit Sitz in Deutschland. Beide Fragen lassen sich nur mit einem detaillierten Blick auf die jeweiligen nationalen Regelungen klären. Ausgehend von der deutschen Rechtsprechung zu existenzvernichtenden Eingriffen geht Johanna Kroh daher der Frage nach, welche Lösungen die englische, französische und niederländische Rechtsordnung für insolvenzverursachende Eingriffe der Gesellschafter in das Gesellschaftsvermögen bieten.

Die Dissertation wurde mit dem Förderpreis der Esche Schümann Commichau Stiftung ausgezeichnet.

Baldauf, Nicole

Richtlinienverstoß und Verschiebung der Contra-legendem-Grenze im Privatrechtsverhältnis

Der Konflikt zwischen Richtlinie und nationalem Recht bei der Rechtsanwendung

Band 293
2013. XXVI, 282 Seiten.

ISBN 9783161528781
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161529146
eBook PDF 74,00 €

Nicole Baldauf behandelt die Problematik der richtlinienkonformen Rechtsfindung im Privatrechtsverhältnis. Ausgangspunkt sind zum einen die Voraussetzungen und Grenzen des nationalen Verfassungsrechts und Methodenverständnisses, zum anderen die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs zur unionsrechtskonformen Interpretation des nationalen Rechts und der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien in den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen. In diesem Spannungsfeld werden von der Verfasserin die in Rechtsprechung und Literatur vertretenen Ansätze zu der Problematik des Konflikts zwischen Richtlinien der Union und dem nationalen Recht strukturiert und bewertet. Unter Herausarbeitung verschiedener Fallgruppen der richtlinienkonformen Rechtsfindung und unter Auseinandersetzung mit den vertretenen Ansätzen entwickelt Nicole Baldauf eine Möglichkeit der verfassungs- und europarechtskonformen Auflösung des Konflikts mithilfe des Instituts der Staatshaftung.

Albrecht, Annette

Die deliktische Haftung für fremdes Verhalten im französischen und deutschen Recht

Eine rechtsvergleichende Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Bleick-Rechtsprechung der Cour de cassation

Band 292
2013. XXVIII, 175 Seiten.

ISBN 9783161526695
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161526930
eBook PDF 59,00 €

Unter welchen Voraussetzungen muss eine Person für das schädigende Verhalten einer anderen Person gegenüber dem Geschädigten einstehen? Es werden zwei Fallgruppen näher beleuchtet: Die Haftung von Betreuungspersonen für Kinder und Behinderte und die Haftung von Organisationen für ihre Mitglieder. Während in Frankreich seit dem Bleick-Urteil aus dem Jahr 1991 die Haftung durch die Cour de cassation als verschuldensunabhängige, objektive Einstandspflicht ausgestaltet ist, sieht das deutsche Recht eine Haftung für vermutetes Verschulden vor. Annette Albrecht arbeitet die Rechtsprechung in beiden Rechtsordnungen auf und vergleicht diese. Dabei beleuchtet sie auch Reformvorhaben in beiden Ländern und behandelt die bisherigen Bemühungen um ein einheitliches europäisches Haftungsrecht. Sie schließt mit einer dogmatischen und rechtspolitischen Bewertung der vorhandenen Lösungsansätze, die auch die Versicherbarkeit von Schäden berücksichtigt.

Schneider, Félicie

Die Leistungsverfügung im niederländischen, deutschen und europäischen Zivilprozessrecht

Im internationalen Rechtsverkehr ist oft nur schneller Rechtsschutz effektiv. Das schlagkräftigste, aber auch gefährlichste Instrument des grenzüberschreitenden einstweiligen Rechtsschutzes stellen Leistungsverfügungen dar. Besonderer Beliebtheit erfreut sich in diesem Zusammenhang das niederländische *kort geding*. Um eine angemessene Risikoverteilung der Interessen von Gläubiger und Schuldner bemüht, entwickelte der EuGH in seinen Entscheidungen *van Uden* und *Mietz* spezielle Voraussetzungen für einstweilige Maßnahmen, die in ihrer praktischen Umsetzung für den Rechtsanwender im Anwendungsbereich der Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung (EuGVO) eine Reihe von Fragen aufwerfen. Félicie Schneider stellt dar, warum sie eine Präzisierung der richterrechtlichen Anforderungen für Leistungsverfügungen unter besonderer Berücksichtigung des niederländischen *kort geding* auch im Hinblick auf die anstehende Reform der EuGVO für geboten hält.

Band 291
2013. XXIII, 436 Seiten.

ISBN 9783161519925
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161521676
eBook PDF 79,00 €



Aubart, Andrea

Die Behandlung der *dépeçage* im europäischen Internationalen Privatrecht

Band 290
2013. XXVII, 248 Seiten.

ISBN 9783161526664
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161526947
eBook PDF 64,00 €

Der Begriff der *dépeçage* beschreibt im IPR eine Spaltung des anwendbaren Rechts. Im europäischen Rechtsraum ist die Skepsis gegenüber der *dépeçage* groß, während sie im US-amerikanischen Recht eine liberalere Handhabung erfährt. Dennoch können auch in der EU durch eine Spaltung des anwendbaren Rechts durchaus angemessene und im Vergleich zur Anwendung eines einheitlichen Rechts vorteilhafte Ergebnisse entstehen. Andrea Aubart untersucht die Behandlung der *dépeçage* schwerpunktmäßig in der Rom I-VO und der Rom II-VO. Darüber hinaus geht sie auf die neueren und geplanten EU-Verordnungen zur Vereinheitlichung des IPR im Familien- und Erbrecht sowie auf die Übernahmerrichtlinie ein. Dabei zeigt die Autorin die Voraussetzungen sowie die Folgen der *dépeçage* und ihre möglichen Anwendungsfelder auf.

Fervers, Matthias

Hypothèque rechargeable und Grundschuld

Band 289
2013. XXVI, 259 Seiten.

ISBN 9783161524905
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161525353
eBook PDF 64,00 €

Grundpfandrechte haben national wie international eine große wirtschaftliche Bedeutung. Gleichwohl ist das Recht der Grundpfandrechte in den einzelnen europäischen Staaten durchaus unterschiedlich ausgestaltet. Während das deutsche Recht traditionell zwischen der Hypothek und der Grundschuld unterscheidet, existierte in Frankreich bis vor kurzem mit der »hypothèque« nur ein einziges Grundpfandrecht. Mit der Reform der Kreditsicherheiten und der Einführung der »hypothèque rechargeable« hat der französische Gesetzgeber mit dieser Tradition gebrochen und eine Hypothekenform eingeführt, die auf den ersten Blick an die deutsche Grundschuld erinnert. Matthias Fervers untersucht die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede zwischen der Grundschuld und der neuen »hypothèque rechargeable« und befasst sich dabei insbesondere mit den verschiedenen dogmatischen Ansätzen und den praktischen Verwendungsmöglichkeiten beider Sicherungsrechte.

Peiffer, Evgenia

Schutz gegen Klagen im forum derogatum

Gültigkeit und Durchsetzung von Gerichtsstandsvereinbarungen im internationalen Rechtsverkehr. Eine rechtsvergleichende Untersuchung unter Berücksichtigung ökonomischer Aspekte

Band 288
2013. XLIX, 582 Seiten.

ISBN 9783161524462
fadengeheftete Broschur 99,00 €

ISBN 9783161524479
eBook PDF 99,00 €

Gerichtsstandsvereinbarungen schaffen Rechtssicherheit und Planbarkeit. Ganz besonders gilt dies für internationale Verträge. Hier steuern sie nicht nur Ort und Sprache zukünftiger Streitigkeiten, sondern mittelbar auch das anwendbare Sach- und Verfahrensrecht und damit den Prozessausgang. Umso größerer Schaden droht, wenn eine Vertragspartei vor ein anderes als das vereinbarte Gericht zieht. Dann stellt sich für den abredewidrig Verklagten die Frage, wie er sich wehren und die Forumswahl durchsetzen kann. Evgenia Peiffer behandelt dies in rechtsvergleichender Hinsicht. Das deutsche, englische und US-amerikanische Recht sowie die EuGVVO und das HGÜ verhelfen Gerichtsstandsvereinbarungen mit unterschiedlichen Instrumenten zur Geltung. Diese bewertet die Autorin – insbesondere unter Effizienz-Gesichtspunkten. Sodann entwickelt sie ein eigenes Lösungsmodell zur Stärkung von Gerichtswahlabreden in der EuGVVO.

Köhler, Andreas

Eingriffsnormen – Der »unfertige Teil« des europäischen IPR

Band 287
2013. XXI, 355 Seiten.

ISBN 9783161525315
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161525322
eBook PDF 74,00 €

Mit Erlass der Verordnungen zum IPR der vertraglichen und außervertraglichen Schuldverhältnisse wurde der Problematik der sog. »Eingriffsnormen« eine europäische Dimension gegeben, die Andreas Köhler einer umfassenden und neue Wege beschreitenden Analyse unterzieht. Er kommt hierbei – entgegen der herkömmlichen Auffassung – zu dem Schluss, dass der auf in- und ausländische Eingriffsnormen bezogene kollisionsrechtliche Anwendungsbefehl nunmehr vollumfänglich europäischem Recht zu entnehmen ist. Auf dieser Grundlage errichtet er ein konsequentes System der Eingriffsnormen, welches eine kohärente kollisionsrechtliche Behandlung solcher Bestimmungen im europäischen IPR unter Beachtung des europäischen Entscheidungseinklangs ermöglicht. Wichtige Konsequenzen aus dem im Rahmen seiner Arbeit entwickelten Ansatz sind eine vollständige Prüfungscompetenz des EuGH hinsichtlich des auf in- und ausländische Eingriffsnormen bezogenen kollisionsrechtlichen Anwendungsbefehls sowie eine umfassende Anwendungspflicht dritt- und mitgliedstaatlicher Eingriffsnormen.

Vogeler, Andreas

Die freie Rechtswahl im Kollisionsrecht der außervertraglichen Schuldverhältnisse

Band 286
2013. XXVI, 470 Seiten.

ISBN 9783161523977
fadengeheftete Broschur 94,00 €
ISBN 9783161526190
eBook PDF 94,00 €

Mit der Kodifikation des Art. 14 Rom II-VO hat der europäische Gesetzgeber die Voraussetzungen für die Ausübung der Parteiautonomie im Bereich der außervertraglichen Schuldverhältnisse europarechtlich harmonisiert. Mit ihr sollen die Grundlagen geschaffen werden, um die Prozessführung im In- und Ausland bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten zu vereinfachen. Die Parteien können danach grundsätzlich das Sachrecht frei wählen, welches über ein bestehendes oder künftiges außervertragliches Schuldverhältnis entscheiden soll. Art. 14 Rom II-VO erhält damit neue Bedeutung für die Rechtspraxis. Andreas Vogeler untersucht, unter welchen Voraussetzungen eine Rechtswahlvereinbarung geschlossen werden kann und zeigt weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarf auf.

Albrecht, Hendrik

Die Streitsache im deutschen und englischen Zivilverfahren

Band 285
2012. XIX, 264 Seiten.

ISBN 9783161523427
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161523892
eBook PDF 64,00 €

Um ein Zivilverfahren sinnvoll führen zu können, müssen die Parteien wissen, worüber sie genau streiten. Hendrik Albrecht untersucht, mit welchen Mechanismen englische Juristen den Inhalt ihres Rechtsstreits bestimmen und Klagen voneinander abgrenzen. Hierfür nutzt Hendrik Albrecht den dogmatisch unvorbelasteten Begriff der Streitsache. Er erklärt unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Bestimmung der Streitsache aus der historischen Entwicklung des deutschen und englischen Rechts heraus und analysiert die Lösungen für das sich anschließende Problem, dass es keine mehrfachen Klagen über dieselbe Streitsache geben soll. Immer deutlicher zum Vorschein kommt dabei die Suche der Verfahrensordnungen nach einer Balance zwischen Parteiherrschaft und Verfahrensökonomie. Schließlich vergleicht und bewertet der Autor die deutsche und englische Herangehensweise an die Streitsache mit der europarechtlichen Rechtsprechung, um Impulse für die zukünftige Auslegung der Streitsache zu geben.

Nehne, Timo

Methodik und allgemeine Lehren des europäischen Internationalen Privatrechts

Band 284
2012. XXV, 372 Seiten.

ISBN 9783161520747
fadengeheftete Broschur 74,00 €
ISBN 9783161524721
eBook PDF 74,00 €

Mit der Verabschiedung der Rom II-Verordnung ist eine neue Ära für das Internationale Privatrecht (IPR) in Europa angebrochen. Sie regelt innerhalb ihres Anwendungsbereiches seit dem 11.01.2009 das Kollisionsrecht der außervertraglichen Schuldverhältnisse unionsweit einheitlich. Dabei normiert sie jedoch genau wie ihre später erlassenen »Schwester-Verordnungen« Materien der allgemeinen Lehren und Methodik nur bruchstückhaft. Daher steht die europäische Rechtswissenschaft und -praxis vor vielen offenen Fragen, unter anderem: Mit welcher Methodik sollten Unionskollisionsnormen ausgelegt und Lücken geschlossen werden? Wie sollte im EU-IPR qualifiziert werden? Wie sollten Vorfragen beantwortet werden? Diese und weitere methodische Fragestellungen rückt Timo Nehne in den Mittelpunkt seiner Arbeit.

Dillmann, Meiko

Der Schutz der Privatsphäre gegenüber Medien in Deutschland und Japan

Eine rechtsvergleichende Untersuchung der zivilrechtlichen Schutzinstrumente

Band 283
2012. XX, 275 Seiten.

ISBN 9783161520754
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161521300
eBook PDF 64,00 €

Der rechtliche Schutz der Privatsphäre gegenüber Medien in der modernen Kommunikations- und Mediengesellschaft ist ein Problem, das sich in allen freiheitlich-demokratisch verfassten Industrieländern gleichermaßen stellt. Vor diesem Hintergrund untersucht Meiko Dillmann rechtsvergleichend, wie die damit verbundenen Fragestellungen in Deutschland und Japan – und damit in zwei Ländern sehr unterschiedlicher Kulturkreise – gelöst werden. Sie arbeitet heraus, wie Unterschiede in den zivil- und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen sowie in den Wert- und Moralvorstellungen der Gesellschaft zu Unterschieden in der Ausgestaltung des Schutzes geführt haben, deckt dabei andererseits aber auch auf, dass über unterschiedliche Wege oftmals das gleiche Ergebnis erzielt wird und die kulturellen Besonderheiten nicht überbewertet werden dürfen. Weiterhin wird gezeigt, wie aus dem japanischen Recht Anregungen für eine Verbesserung des Schutzes im deutschen Recht gewonnen werden können.

Sperling, Florian

Familiennamensrecht in Deutschland und Frankreich

Eine Untersuchung der Rechtslage sowie namensrechtlicher Konflikte in grenzüberschreitenden Sachverhalten



Band 282
2012. XX, 226 Seiten.

ISBN 9783161521980
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161523120
eBook PDF 59,00 €

Das Familiennamensrecht hat in den vergangenen Jahrzehnten weitreichende Veränderungen erfahren. Zuletzt wurde das Namensrecht der EU-Mitgliedstaaten zunehmend von der Rechtsprechung des EuGH geprägt. Florian Sperling vergleicht das Familiennamensrecht Deutschlands und Frankreichs und arbeitet die Unterschiede heraus. Er zeigt Konflikte auf, die in grenzüberschreitenden Sachverhalten aus der Unterschiedlichkeit der Rechtsordnungen resultieren können. Anhand konkreter Beispiele beleuchtet er insbesondere die Problematik der sogenannten »hinkenden Namensführung«. Abschließend beschäftigt er sich mit der Frage, wie die dargestellten Konflikte vermieden werden könnten. Neben der Möglichkeit einer Rechtsvereinheitlichung setzt er sich mit dem »Grunkin-Paul«-Urteil des EuGH aus dem Jahr 2008 und dem darin postulierten Prinzip der EU-weiten Anerkennung von Namen auseinander.

Knetsch, Jonas

Haftungsrecht und Entschädigungsfonds

Eine Untersuchung zum deutschen und französischen Recht

Band 281
2012. XXIII, 257 Seiten.

ISBN 9783161519529
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161521652
eBook PDF 59,00 €

Die sozialen und technologischen Umwälzungen der Moderne stellen das heutige Schadensausgleichsrecht vor große Herausforderungen. Zu deren Bewältigung ist das Recht des Schadensersatzes seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts um alternative Kompensationsmechanismen ergänzt worden. Neben der Privatversicherung und den sozialen Sicherungssystemen haben in den letzten Jahrzehnten insbesondere Entschädigungsfonds an Bedeutung gewonnen. Jonas Knetsch widmet sich der systematischen Aufarbeitung dieser neuartigen Schadensabnahmesysteme sowie deren Einordnung in das bestehende Entschädigungsrecht. Da Fondslösungen in der Diskussion über die Fortbildung des Schadensausgleichsrechts bisher wenig Beachtung gefunden haben, erörtert er unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem französischen Recht die Perspektiven derartiger Einrichtungen für die zukünftige Bewältigung komplexer Schadenstypen. Die Arbeit wurde mit dem CBH-Dissertationspreis der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln ausgezeichnet.

Rüppell, Philipp

Die Berücksichtigungsfähigkeit ausländischer Anlagenehmigungen

Eine Analyse im Rahmen der grenzüberschreitenden Umwelthaftung nach der Rom II-Verordnung

Band 280
2012. XXV, 271 Seiten.

ISBN 9783161519116
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161521669
eBook PDF 64,00 €

Ein wichtiges Instrument zum Ausgleich von Umweltschädigungen sind die Abwehr-, Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche der zivilrechtlichen Umwelthaftung. Bei grenzüberschreitenden Umweltschädigungen können diese Ansprüche verschiedenen Hindernissen begegnen. Philipp Rüppell hinterfragt, wie Gerichte mit ausländischen Anlagenehmigungen verfahren und wie sie von einer ausländischen Rechtsordnung angeordnete Ausschlüsse bewerten. Das Thema ist sowohl durch die neuen kollisionsrechtlichen Regelungen der Verordnung über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (»Rom II«) als auch durch eine junge Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur Atomhaftung (Oberösterreich ./ ČEZ) in Bewegung gekommen. Der Autor entwickelt einen neuen Lösungsansatz aus den die Umwelthaftung betreffenden Bestimmungen der Rom II-VO (Art. 7 und 17) und den völkerrechtlichen Vorgaben für Planungsverfahren aus den UNECE-Konventionen (Espoo und Aarhus) und deren Umsetzungen.

Coendet, Thomas

Rechtsvergleichende Argumentation

Phänomenologie der Veränderung im rechtlichen Diskurs

Band 279
2012. XI, 203 Seiten.

ISBN 9783161522345
fadengeheftete Broschur 54,00 €

ISBN 9783161523113
eBook PDF 54,00 €

Welche Bedeutung haben rechtsvergleichende Argumente bei der Anwendung nationalen Rechts? Diese Frage beschäftigt die rechtsmethodologische und rechtsvergleichende Wissenschaft seit langem. Entsprechend erstaunlich ist, dass bisher keine ganzheitliche Theorie der rechtsvergleichenden Argumentation existiert. Thomas Coendet legt nun einen umfassenden Entwurf für eine solche Theorie vor. Er entwickelt seine Theorie entlang der Grundfragen, die das Problem der rechtsvergleichenden Argumentation aufwirft: Wie interagieren eigenes und anderes Recht normativ miteinander? Weshalb sollte man rechtsvergleichend argumentieren und wie funktioniert eine solche Argumentation? Und schließlich: Wie ist rechtsvergleichendes Argumentieren methodisch zu gestalten, damit es praktisch gelinge? Die auf diesem Weg entwickelte rechtsvergleichende Argumentationstheorie informiert all jene, die in der juristischen Arbeit an der Überschreitung räumlicher Grenzen interessiert sind.

Hauser, Paul

Eingriffsnormen in der Rom I-Verordnung

Band 278
2012. XVIII, 166 Seiten.

ISBN 9783161520631
fadengeheftete Broschur 54,00 €
ISBN 9783161521317
eBook PDF 54,00 €

Paul Hauser untersucht mit dem Eingriffsrecht eine klassische Fragestellung des Internationalen Privatrechts, die sich durch Einführung der Rom I-Verordnung in neuem Gewand darstellt. Den Schwerpunkt legt er dabei auf die Anwendung ausländischer Eingriffsnormen. Zunächst untersucht er die neu eingeführte Definition des Begriffs »Eingriffsnorm« und insbesondere, wem die Auslegungskompetenz dieses Terminus anhand welchen Maßstabes zukommt. Nach einer kurzen Erläuterung der recht unproblematischen Anwendung inländischer Eingriffsnormen untersucht der Autor sodann die Anknüpfung ausländischer Eingriffsnormen. Die Bewertung der Arbeit des europäischen Gesetzgebers in diesem Bereich fällt ermutigend aus, sodass Paul Hauser seine Untersuchung mit einem Reformvorschlag schließt.

Wolf, Ulrich M.

Der europäische Gerichtsstand bei Konzerninsolvenzen

Band 277
2012. XXIII, 254 Seiten.

ISBN 9783161519826
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161521683
eBook PDF 64,00 €

International zuständig für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens sind die Gerichte des Mitgliedstaates der Europäischen Union, in dem der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen hat. Bei Gesellschaften und juristischen Personen wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass dieser Ort an ihrem satzungsmäßigen Sitz liegt. Auch zehn Jahre nach dem Inkrafttreten der Europäischen Insolvenzverordnung und mehreren Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs hat die Diskussion um das vorzugswürdige Verständnis des facettenreichen Interessenmittelpunktes kein Ende gefunden. Ulrich M. Wolf gelangt zu einem praxistauglichen Lösungsansatz, der einen einheitlichen Gerichtsstand für die Insolvenzverfahren verbundener Unternehmen eröffnet und auf diese Weise eine Brücke zwischen der Europäischen Insolvenzverordnung und den Bedürfnissen der Insolvenzpraxis baut.

Deißner, Susanne

Interregionales Privatrecht in China

- zugleich ein Beitrag zum chinesischen IPR

Band 276
2012. XXXIV, 535 Seiten.

ISBN 9783161521799
fadengeheftete Broschur 99,00 €
ISBN 9783161522529
eBook PDF 99,00 €

In China gelten unterschiedliche Zivilrechtsordnungen auf dem Festland, in Taiwan, Macau und Hong Kong. Susanne Deißner untersucht die unterschiedlichen Lösungen der vier Rechtsregionen Chinas für die Fragen der Gerichtszuständigkeit, des anwendbaren Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen in Zivilrechtsfällen, in denen der Sachverhalt Bezugspunkte zu mehr als einer der Regionen aufweist. Den Schwerpunkt legt sie auf die festlandchinesische Rechtslage, nach der im Grundsatz die Regeln des internationalen Privatrechts entsprechend angewendet werden. Dem stellt sie im Überblick die entsprechenden Regelungen von Taiwan, Macau und Hong Kong gegenüber und zieht erste Rückschlüsse auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten.

Wendelstein, Christoph

Kollisionsrechtliche Probleme der Telemedizin

Zugleich ein Beitrag zur Koordination von Vertrag und Delikt auf der Ebene des europäischen Kollisionsrechts

Band 275
2012. XXXII, 541 Seiten.

ISBN 9783161520112
fadengeheftete Broschur 99,00 €
ISBN 9783161521928
eBook PDF 99,00 €

Während herkömmliche Behandlungsformen nur geringfügigen Spielraum für kollisionsrechtlich relevante Auslandsbeziehungen lassen, ist dies bei der Telemedizin im Hinblick auf die technische Möglichkeit, weite Distanzen zwischen Arzt und Patient zu überbrücken, grundsätzlich anders. Damit eröffnet die Telemedizin für das Arzthaftungsrecht eine breite Palette neuer Probleme des internationalen Privat- und Verfahrensrechts. Christoph Wendelstein widmet sich diesen Problemen und stellt dabei das Kollisionsrecht ins Zentrum seiner Untersuchung. Insgesamt verfolgt er bei alledem zwei Zielrichtungen: Einerseits wird für alle wichtigeren Rechtsfragen, die im Zusammenhang mit telemedizinischen Behandlungen auftreten können, die kollisionsrechtliche Problematik im Einzelnen erörtert. Daneben geht es dem Verfasser jedoch um mehr: Er will anhand des internationalen Arzthaftungsrechts das Verhältnis von Vertrags- und Deliktsstatut grundsätzlich neu überdenken und damit einen »Beitrag zur Koordination von Vertrag und Delikt auf der Ebene des europäischen Kollisionsrechts« leisten.

Schattka, Friederike

Die Europäisierung der Abschlussprüferhaftung

Eine juristisch-ökonomische Analyse



Band 274
2012. XXIV, 360 Seiten.

ISBN 9783161519574
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161520884
eBook PDF 69,00 €

In welchem Umfang und in welcher Ausgestaltung ist eine Haftung des Abschlussprüfers wirtschaftlich sinnvoll – das heißt effizient – und juristisch vertretbar? Hintergrund der Untersuchung von Friederike Schattka ist eine Empfehlung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2008, die Haftung der Wirtschaftsprüfer für Fehler bei der gesetzlichen Jahresabschlussprüfung zu begrenzen. In einigen EU-Mitgliedstaaten existieren entsprechende Haftungsbegrenzungen bereits. Die Autorin skizziert mögliche Haftungsmodelle anhand des deutschen, englischen, französischen, polnischen und schwedischen Rechts. Im Anschluss analysiert sie diese Modelle aus rechtsökonomischer sowie aus rechtsdogmatischer Perspektive und stellt Leitlinien für eine gleichermaßen effiziente und juristisch vertretbare Haftungsgestaltung auf.

Ubertazzi, Benedetta

Exclusive Jurisdiction in Intellectual Property

Band 272
2012. XVIII, 341 Seiten.

ISBN 9783161520877
eBook PDF 74,00 €

Die ausschließliche Zuständigkeit in Verbindung mit dem geistigen Eigentum wird durch die Argumente, auf die man sich beruft, nicht gestützt. Benedetta Ubertazzi zeigt, dass sie sogar im Widerspruch zu völkerrechtlichen Regeln steht, die das Vermeiden der Rechtsverweigerung und das Menschenrecht auf Zugang zum Gericht betreffen.

Maurer, Andreas

Lex Maritima

Grundzüge eines transnationalen Seehandelsrechts

Band 272
2012. XVII, 260 Seiten.

ISBN 9783161517815
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161520228
eBook PDF 64,00 €

In der Rechtswissenschaft werden unter den Stichworten »Neue Lex Mercatoria« und »Transnationales Recht« seit Jahrzehnten Konzepte eines globalisierten Rechts jenseits des Nationalstaats diskutiert. Weitgehend unbeachtet von derartigen Debatten hat die Seehandelsbranche aufgrund ihrer eigenen Internationalität die Globalisierung bereits seit langem tatsächlich vollzogen. Der grenzüberschreitende Seehandel hat dabei Institutionen im Bereich von Rechtsetzung, Rechtsprechung und Rechtsdurchsetzung entwickelt, die aufgrund privater Setzung ein transnationales Seehandelsrecht begründen. Regeln entstehen dabei in Verfahren, die unter breiter Beteiligung von allen Interessenträgern des Seehandels zustande kommen. Diese dienen als Beispiel für die Legitimation eines transnationalen Rechts, das mit staatlichem Recht interagiert und so einen hybriden Rechtskörper – eine Lex Maritima – bildet.

Bartl, Franziska

Die neuen Rechtsinstrumente zum IPR des Unterhalts auf internationaler und europäischer Ebene

Band 271
2012. XXVII, 246 Seiten.

ISBN 9783161518034
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161519437
eBook PDF 64,00 €

Mit der Europäischen Unterhaltsverordnung und den Übereinkommen der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht sind drei neue Rechtsinstrumente zur grenzüberschreitenden Unterhaltsdurchsetzung geschaffen worden. Franziska Bartl untersucht, welche Veränderungen sich durch diese neuen Regelwerke auf internationaler und europäischer Ebene hinsichtlich der grenzüberschreitenden Unterhaltsdurchsetzung ergeben. Hierbei erläutert die Verfasserin die Schwierigkeiten, die bislang bei der Unterhaltsdurchsetzung mit Auslandsbezug bestanden haben. Sie vergleicht die neuen Rechtsinstrumente und analysiert, ob bzw. inwieweit die bestehenden Probleme gelöst werden konnten. Im Rahmen dessen beantwortet Franziska Bartl auch die Frage, ob es auf europäischer Ebene überhaupt eines eigenständigen Rechtsinstruments zur grenzüberschreitenden Unterhaltsdurchsetzung bedurfte.

Wesiack, Max

Europäisches Internationales Vereinsrecht

Grenzüberschreitende Sitzverlegung und Umwandlung im Lichte der Niederlassungsfreiheit und des allgemeinen Freizügigkeitsrechts



Band 270
2011. XXVII, 332 Seiten.

ISBN 9783161517853
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161518584
eBook PDF 69,00 €

Nach traditioneller Auffassung sind grenzüberschreitende Sitzverlegungen und Umwandlungen von Vereinen weitgehend unzulässig. Im Anschluss an die EuGH-Rechtsprechung zur Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften hat sich diese Rechtslage innerhalb der EU jedoch weitgehend umgekehrt. Denn auch Vereine können sich auf die Niederlassungsfreiheit berufen, wenn sie ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Tätigkeit ausüben. Darüber hinaus steht nicht wirtschaftlich tätigen Vereinen das allgemeine Freizügigkeitsrecht zu, das als *lex generalis* einen entsprechenden Schutz vermittelt. Die Zulässigkeit grenzüberschreitender Umstrukturierungen hat für das Vereinsrecht der Mitgliedstaaten weitreichende Konsequenzen. So können etwa die in Deutschland für Vereine geltenden Grenzen der zulässigen wirtschaftlichen Betätigung umgangen werden, wenn ein im Ausland gegründeter Verein seinen Verwaltungssitz ins Inland verlegt.

Krzymuski, Marcin

Umweltprivatrecht in Deutschland und Polen unter europarechtlichem Einfluss

Band 269
2012. XXVIII, 312 Seiten.

ISBN 9783161517051
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161518577
eBook PDF 69,00 €

Grenzüberschreitende Umwelteinwirkungen berühren verschiedene Rechtssysteme und Rechtsgebiete, darunter auch das internationale und nationale Privatrecht. Für die privatrechtliche Aufarbeitung international wirkender Umweltschädigungen ist die Kenntnis von kollisionsrechtlichen Instrumenten und nationalen Umwelthaftungsansprüchen unverzichtbar. Die Arbeit von Marcin Krzymuski ist zunächst Wegweiser für die Feststellung des anwendbaren Rechts (internationales Delikts- und Sachenrecht). Dem schließt sich eine systematische Zusammenstellung von privatrechtlichen Ansprüchen des deutschen und polnischen Rechts an. Sie verschafft einen Überblick über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Rechtsordnungen hinsichtlich der Haftung für Schäden wegen beeinträchtigender Umwelteinwirkungen. Im Zusammenhang damit wird auch die Rolle von öffentlich-rechtlichen Genehmigungen sowie der Grenz- und Richtwerte besprochen.

Mertens, Jens M.

Privatrechtsschutz und vertikale Integration im internationalen Handel

Band 268
2011. XIII, 268 Seiten.

ISBN 9783161509599
fadengeheftete Broschur 59,00 €
ISBN 9783161517709
eBook PDF 59,00 €

Staatlicher Privatrechtsschutz spielt im internationalen Handel eine nur untergeordnete Rolle. Um grenzüberschreitende Transaktionen abzusichern, vertrauen Kaufleute meist auf private Governance-Mechanismen. Der Arbeit liegt die These zugrunde, dass diese Substitution des Privatrechts den Prinzipien einer wettbewerblichen Wirtschaftsordnung zuwiderläuft. Denn gleich ob in Form von bilateralen Vertragsbeziehungen, Handelsnetzwerken oder Intrafirmenhandel in transnationalen Unternehmen können private Ordnungen Erwartungsstabilität nur durch persönliche Abhängigkeiten und Hierarchien herstellen – also durch vertikale Integration. Jens Michael Mertens kritisiert, dass dieser Zusammenhang zwischen vertikal konzentrierten Marktstrukturen und den Defiziten des staatlichen Privatrechts auf globaler Ebene in der vom »More Economic Approach« geprägten Wettbewerbspolitik keine Beachtung findet.

Kosche, Kevin

Contra proferentem und das Transparenzgebot im Common Law und Civil Law

Eine rechtsvergleichende, rechtshistorische und rechtsökonomische Analyse

Band 267
2011. XXXVI, 700 Seiten.

ISBN 9783161508844
fadengeheftete Broschur 109,00 €
ISBN 9783161517693
eBook PDF 109,00 €

Kevin Kosche zeigt eine umfassende Betrachtung der rechtshistorischen Entwicklung von Contra proferentem (Unklarheitenregel) sowie des aktuellen Status quo der Auslegungsregel im anglo-amerikanischen und kontinentaleuropäischen Recht. Die Analyse von Contra proferentem im heutigen Recht ist eingebettet in eine ausführliche und bisher in der deutschen Rechtsliteratur einzigartige Beschreibung der Methode der Vertragsauslegung im englischen und US-amerikanischen Recht. Im rechtsökonomischen Teil der Arbeit untersucht der Autor die Effizienz von Contra proferentem und des Transparenzgebots als Informationspflichten und Risikoverteilungsregeln. Er schließt mit einer detaillierten rechtshistorischen und rechtsvergleichenden Analyse der Entstehung des Transparenzgebots im deutschen Recht. Der Autor legt ein bisher verborgen gebliebenes Faktum des deutschen AGB-Rechts offen: das Transparenzgebot entwickelte sich unter dem prägendem Einfluss der culpa in contrahendo und entstammt ursprünglich der versicherungsrechtlichen Rechtsprechung der 20er und frühen 30er Jahre.

Koziol, Gabriele

Lizenzen als Kreditsicherheiten

Zivilrechtliche Grundlagen in Deutschland, Österreich und Japan

Band 266
2011. XV, 179 Seiten.

ISBN 9783161509162
fadengeheftete Broschur 49,00 €

ISBN 9783161514500
eBook PDF 49,00 €

Patente, Marken und Urheberrechte stellen wertvolle Vermögenswerte dar. Insbesondere für Unternehmen im Technologie- oder Softwarebereich ergibt sich daraus das Bedürfnis, Immaterialgüterrechte sowie Nutzungsrechte an diesen als Sicherheiten für die Erlangung von Liquidität einzusetzen. Bei der Verwendung von Lizenzen als Kreditsicherheiten stellt sich zunächst die Frage, wie Lizenzen rechtlich einzuordnen sind. Ferner sind die Voraussetzungen für die Begründung von Sicherungsrechten an Lizenzen zu untersuchen. Prüfstein jedes Sicherungsmittels ist schließlich der Insolvenzfall, wobei nicht nur die Bestandfestigkeit des Sicherungsrechts zu erörtern ist, sondern auch das Schicksal der Lizenz selbst. Gabriele Koziol untersucht das bislang kaum behandelte Thema der Verwendung von Lizenzen als Kreditsicherheiten rechtsvergleichend für das deutsche, österreichische und japanische Recht, wobei sie sich um möglichst Einbindung in das allgemeine Zivilrecht bemüht.

Weber, Johannes

Gesellschaftsrecht und Gläubigerschutz im Internationalen Zivilverfahrensrecht

Die Internationale Zuständigkeit bei Klagen gegen Gesellschafter und Gesellschaftsorgane vor und in der Insolvenz

Band 265
2011. XXIV, 567 Seiten.

ISBN 9783161509148
fadengeheftete Broschur 99,00 €

ISBN 9783161517686
eBook PDF 99,00 €

Welche Gerichte sind international zuständig, wenn es um die Durchsetzung von Normen des Gläubigerschutzes in Gesellschaften geht? Johannes Weber untersucht diese Frage mit Blick auf das Europäische Internationale Zivilverfahrensrecht unter Einbeziehung des deutschen und englischen Sachrechts. Er analysiert zunächst das zuständigkeitspolitische Spannungsfeld bei gesellschafts- und insolvenzrechtlichen Fragestellungen und stellt die Weichen für die Abgrenzung von EuInsVO und EuGVVO. Sodann nimmt er die Zuständigkeitsnormen der EuGVVO näher in den Blick. Eine ökonomische Betrachtung des Gläubigerschutzes erweist sich dabei als wichtiges Hilfsmittel, um die Systembegriffe des Europäischen IZVR autonom auszulegen. Der Autor zeigt außerdem Reformperspektiven für die künftige Rechtsentwicklung auf.

Meeßen, Gero

Der Anspruch auf Schadensersatz bei Verstößen gegen EU-Kartellrecht – Konturen eines Europäischen Kartelldeliktsrechts?

Die Haftung wegen Verstößen gegen das europäische Kartellrecht ist Gegenstand lebhafter rechtspolitischer Auseinandersetzung. Die Kommission attestiert den Mitgliedstaaten auf diesem Rechtsgebiet einen Zustand der »totalen Unterentwicklung«. Dieses Verdikt steht in auffälligem Gegensatz zu der derzeit in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Staaten zu beobachtenden Entwicklung. Gero Meeßen, als Referent der Grundsatzabteilung des Bundeskartellamts intensiv mit der Diskussion auf europäischer Ebene befasst, untersucht die Grundlagen, Voraussetzungen und Rechtsfolgen des kartellrechtlichen Schadensersatzanspruchs in Deutschland, England und Frankreich und überprüft diese an den Vorgaben des europäischen Primärrechts. Vor dem Hintergrund der Untersuchungsergebnisse beleuchtet der Autor die weitreichenden Forderungen der Generaldirektion Wettbewerb nach einer Umgestaltung des Kartelldeliktsrechts und der Mittel seiner prozessualen Durchsetzung.

Band 264
2011. XXXII, 659 Seiten.

ISBN 9783161507373
fadengeheftete Broschur 109,00 €

ISBN 9783161514494
eBook PDF 109,00 €

Trautmann, Clemens

Europäisches Kollisionsrecht und ausländisches Recht im nationalen Zivilverfahren

Mit der Europäisierung des internationalen Privatrechts verfolgt die Union das Ziel, dass ein Streitfall – unabhängig vom Gerichtsstand – in allen Mitgliedstaaten nach demselben Recht beurteilt wird. Ob dies in der Praxis gelingt, hängt allerdings von den nationalen Verfahrensregeln zur Anwendung und Ermittlung ausländischen Rechts ab, die in den Mitgliedstaaten sehr heterogen ausgestaltet sind. Clemens Trautmann untersucht die Verfahrensregeln der wichtigsten europäischen Jurisdiktionen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht und entwickelt auf der Basis einer rechtsvergleichenden und unionsrechtlichen Analyse Lösungen für die wesentlichen Problemfelder: fakultatives Kollisionsrecht, stillschweigende Rechtswahl im Prozess, Feststellung von Anknüpfungstatsachen, Einführung ausländischen Rechts in Rechtsmittelinstanzen sowie in Eilverfahren, Offenlassen der kollisionsrechtlichen Entscheidung, Verteilung der Ermittlungslasten und Nichtermittelbarkeit ausländischen Rechts.

Band 263
2011. XXVIII, 483 Seiten.

ISBN 9783161504839
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161514487
eBook PDF 94,00 €

Rybarz, Jonas C.

Billigkeitserwägungen im Kontext des Europäischen Privatrechts



Band 262
2011. XXI, 210 Seiten.

ISBN 9783161508189
fadengeheftete Broschur 54,00 €

ISBN 9783161514470
eBook PDF 54,00 €

Das europäische Privatrecht wirkt zunehmend auf die nationalen Zivilrechtssysteme ein. Infolge des eindimensionalen Regelungsansatzes führt die Anwendung des europäischen Privatrechts im Einzelfall jedoch immer wieder zu ungerechten Ergebnissen. Aufgrund des unionsrechtlichen Anwendungsvorranges können Billigkeitsdefizite des europäischen Privatrechts dabei allein auf Unionsebene ausgeglichen werden.

Jonas C. Rybarz versucht daher durch die Analyse einzelner EuGH-Entscheidungen und durch den Vergleich mitgliedstaatlicher Privatrechtsordnungen allgemeine Zivilrechtsprinzipien auf Unionsebene aufzudecken. Mit Hilfe der gefundenen Ergebnisse sollen in Zukunft auch im Kontext des europäischen Privatrechts bei der Rechtsanwendung im Einzelfall Ergebnisse erzielt werden können, die mit den nationalen Gerechtigkeitsvorstellungen vereinbar sind.

Netzer, Felix

Status quo und Konsolidierung des Europäischen Zivilverfahrensrechts

Vorschlag zum Erlass einer EuZPO

Band 261
2011. XXI, 306 Seiten.

ISBN 9783161508288
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161514463
eBook PDF 64,00 €

Felix Netzer knüpft an die Vielzahl neuer Rechtsakte auf dem Gebiet des Europäischen Zivilprozessrechts an, die seit dem Amsterdamer Vertrag erlassen wurden, um die grenzüberschreitende Rechtsverfolgung zu verbessern. Die neuen Verordnungen erleichtern Auslandszustellungen, schaffen europaweit vollstreckbare Titel und regeln autonom europäische Erkenntnisverfahren, die nationales Recht ergänzen. Der Autor vergleicht die unterschiedlichen Verfahrensabläufe der Verordnungen und zeigt Schwächen in der horizontalen Abstimmung und Rechtsanwendung auf. Er stellt einen Reformvorschlag für den Erlass einer Europäischen Prozessrechtsverordnung – einer EuZPO – zur Diskussion, der den aktuellen Besitzstand des Europäischen Zivilverfahrensrechts systematisiert und notwendige Ergänzungen vornimmt, um die Rechtsanwendung zu erleichtern.

Abbas, Raya

Die Vermögensbeziehungen der Ehegatten und nichtehelichen Lebenspartner im serbischen Recht

Eine Untersuchung des Sach- und Kollisionsrechts unter Berücksichtigung der Staatensukzession im IPR

Band 260
2011. XXI, 297 Seiten.

ISBN 9783161508479
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161514456
eBook PDF 64,00 €

Der Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens und die dadurch hervorgerufene Rechtszersplitterung in den unabhängigen Teilrepubliken haben eine erhebliche Rechtsunsicherheit für den deutschen Rechtsanwender mit sich gebracht. Raya Abbas durchleuchtet die verschiedenen Rechtsordnungen und erforscht das jeweils geltende Güterrecht. Sie untersucht den serbischen gesetzlichen Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft und die Ehevertragsfreiheit. Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Recht der nichtehelichen Lebensgemeinschaft, die neben der Ehe eine eigenständige Institution darstellt. Die Autorin befasst sich außerdem mit der besonderen Problematik der Staatensukzession im internationalen Privatrecht, die bei der Bestimmung des Güterstatuts ehemaliger jugoslawischer Staatsangehöriger relevant wird. In diesem Zusammenhang wird das Staatsangehörigkeitsrecht vor und nach dem Zerfall dargestellt, das auch im Hinblick auf das im internationalen Familienrecht regierende Staatsangehörigkeitsprinzip von Bedeutung ist und somit einem praktischen Bedürfnis Rechnung trägt.

Reuß, Philipp M.

»Forum Shopping« in der Insolvenz

Missbräuchliche Dimension der Wahrnehmung unionsrechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten

Band 259
2011. XXIII, 417 Seiten.

ISBN 9783161508196
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161514449
eBook PDF 79,00 €

Einflussnahmen auf die internationale gerichtliche Zuständigkeit (forum shopping) durch Schuldner erfreuen sich im Rahmen der Europäischen Insolvenzverordnung (EuInsVO) reger Beliebtheit. Nicht selten ist bei diesen Manövern aber fraglich, ob dem Ziel der EuInsVO, ein für die von der Insolvenz des Schuldners betroffenen Dritten feststell- und vorhersehbares Anknüpfungssystem zu schaffen, noch entsprochen wird. Es lohnt daher, die Zulässigkeit von forum shopping im Rahmen der EuInsVO mit Blick auf einen reibungslos funktionierenden Binnenmarkt zu beleuchten und zu hinterfragen, wie binnenmarktschädlichen Gestaltungen erfolgreich begegnet werden kann. Dies unternimmt Philipp Reuß und stellt dabei das unionsrechtliche allgemeine Rechtsmissbrauchsverbot in den Fokus seiner Betrachtung. Er bereitet das seit jeher kontrovers diskutierte Rechtsmissbrauchsverbot nicht nur rechtstheoretisch auf, sondern entwickelt auch dessen höchst umstrittene Geltung und konkrete Ausgestaltung im Recht der Europäischen Union, insbesondere im unionalen Insolvenzrecht. Angesichts einer geplanten Revision der EuInsVO macht der Autor geeignete Reformvorschläge. Die Arbeit wurde mit dem Wissenschaftspreis des Gravenbrucher Kreises 2012 ausgezeichnet.



Heinz, Nina

Das Vollmachtsstatut

Eine einheitliche Kollisionsnorm für Europa

Band 258
2011. XXIII, 264 Seiten.

ISBN 9783161507694
fadengeheftete Broschur 54,00 €

ISBN 9783161514432
eBook PDF 54,00 €

Auf europäischer Ebene existiert bislang keine vereinheitlichte Kollisionsnorm zur Bestimmung des Vollmachtsstatuts. Die »Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I)«, die sog. Rom I-VO, klammert die Frage ausdrücklich aus ihrem Anwendungsbereich aus. Dies erstaunt, stellt die Stellvertretung doch ein wesentliches Teilgebiet des Internationalen Vertragsrechts und damit des grenzüberschreitenden Rechtsverkehrs dar. Auch auf nationaler mitgliedstaatlicher Ebene sind die Anknüpfung der Vollmacht und der Anwendungsbereich des Vollmachtsstatuts nicht immer unumstritten. Nina Heinz untersucht zunächst die entsprechenden Kollisionsregeln einiger repräsentativer Rechtsordnungen und internationaler Vereinheitlichungsprojekte, um in der Folge mithilfe der kollisionsrechtlichen Methodenlehre einen eigenen Regelungsvorschlag zur Ergänzung der Rom I-VO zu erarbeiten.

Lamsa, Michael

Die Firma der Auslandsgesellschaft

Bildung, Führung und Schutz der Firma von Auslandsgesellschaften in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Europäischen Gemeinschaftsrechts

Band 257
2011. XXXIV, 560 Seiten.

ISBN 9783161506482
fadengeheftete Broschur 99,00 €

ISBN 9783161514425
eBook PDF 99,00 €

Das internationale Gesellschaftsrecht hat in Folge der Rechtsprechung des EuGH zur Niederlassungsfreiheit mit deren Entwicklung vom reinen Diskriminierungsverbot zum Beschränkungsverbot eine grundlegende Neuorientierung erfahren. Vor diesem Hintergrund erarbeitet Michael Lamsa für das internationale Firmenrecht ein konsistentes Anknüpfungsmodell für Bildung, Führung und Schutz der Firma von Auslandsgesellschaften. Dazu untersucht er das Firmenrecht im gemeinschaftsrechtlichen Regelungsgefüge unter besonderer Berücksichtigung der Vorgaben der Niederlassungsfreiheit und kennzeichenrechtlicher Regelungen des sekundären Gemeinschaftsrechts. Auf dieser Grundlage schlägt der Autor eine kumulative Anknüpfung vor. Er weist nach, dass das von ihm vorgeschlagene Anknüpfungsmodell insbesondere durch die Anwendung inländischen (deutschen) Firmenrechts nicht zu einer ungerechtfertigten Beeinträchtigung der Niederlassungsfreiheit von Auslandsgesellschaften führt.

Schmehl, Christine

Parallelverfahren und Justizgewährung

Zur Verfahrenskoordination nach europäischem und deutschem Zivilprozessrecht am Beispiel taktischer »Torpedoklagen«

Band 256
2011. XVIII, 424 Seiten.

ISBN 9783161507779
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161514418
eBook PDF 74,00 €

Christine Schmehl untersucht sogenannte Torpedoklagen, mit denen der Kläger die Rechtshängigkeitssperre des Art. 27 EuGVVO auslösen will, um den Erfolg einer möglichen Klage des Gegners zu verzögern oder faktisch zu entwerten. Diese Prozesstaktik kann vor allem dann aufgehen, wenn vor einem »langsamen« Gericht geklagt wird. Die damit verbundenen Rechtsfragen gehen über die konkrete Konstellation und die Rolle des Instituts des Rechtsmissbrauchs hinaus: Sie verweisen insbesondere auf die Bedeutung der Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes im grenzüberschreitenden Fall und das Verhältnis der Rechtshängigkeitssperre zu anderen Instrumenten der Verfahrenskoordination. Die Autorin schlägt daher den Bogen von der zivilprozessualen Thematik zur Relevanz des grundrechtlichen Justizgewährungsanspruchs für die Regelung der Koordination paralleler Verfahren.

Micha, Marianne

Der Direktanspruch im europäischen Internationalen Privatrecht

Das kollisionsrechtliche System des Art. 18 Rom II-VO vor dem Hintergrund des materiellen Rechts der Mitgliedsstaaten

Band 255
2010. XXII, 256 Seiten.

ISBN 9783161506963
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161514401
eBook PDF 59,00 €

Der europäische Binnenmarkt fördert die Zirkulation von Gütern und Personen. Sich hierbei realisierende Schäden müssen grenzüberschreitend reguliert werden. Ist der Schädiger haftpflichtversichert, stellt sich zunächst die Frage, welches Recht auf einen Direktanspruch des Geschädigten gegen den Versicherer anwendbar ist. Marianne Micha beschränkt den Blick dabei nicht auf die praktisch relevanteste Kfz-Haftpflichtversicherung, sondern richtet ihn vor dem Hintergrund einer rechtsvergleichenden Umschau in Europa auch auf sonstige Pflicht- und freiwillige Haftpflichtversicherungen. So entwickelt die Autorin ein kollisionsrechtliches System zu Art. 18 Rom II-VO, das insbesondere eine differenzierte Regelung für die umstrittene Frage der Anknüpfung von Einwendungen des Versicherers aus dem Versicherungsvertrag enthält.



Salewski, Sabrina

Der Verkäuferregress im deutsch-französischen Rechtsvergleich

Band 254
2011. XXIV, 348 Seiten.

ISBN 9783161507274
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161514395
eBook PDF 69,00 €

Art. 4 der RL 1999/44/EG (Verbrauchsgüterkaufrichtlinie) verpflichtet die Mitgliedstaaten der EU u.a. zur Einführung einer Regelung zum Letztverkäuferregress. Während Deutschland sich bei der Umsetzung für einen Regress entlang der Lieferkette entschieden und die Rückgriffsmöglichkeiten des jeweiligen Verkäufers gegenüber seinem direkten Lieferanten vereinfacht hat, verweist der französische Gesetzgeber lediglich auf die *principes du Code civil*. Vor dem Hintergrund der immer wieder diskutierten Frage, ob die französische *action directe* als Vorbild für einen Direktanspruch des Letztverkäufers oder sogar des Verbrauchers gegen den Hersteller in Betracht kommt, untersucht Sabrina Salewski die Darstellung dieser »Prinzipien«, nämlich die allgemeinen Gewährleistungsvorschriften, die *action directe* sowie die *action récursoire*. Anschließend analysiert sie prozessuale Besonderheiten in Frankreich auf ihren Vorbildcharakter hin.

Mata Munoz, Almudena de la

Typical Personal Security Rights in the EU

Comparative Law and Economics in Italy, Spain and other EU Countries in the Light of EU Law, Basel II and the Financial Crisis

Band 253
2010. XXXV, 330 Seiten.

ISBN 9783161506628
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161514388
eBook PDF 69,00 €

Almudena de la Mata Muñoz bietet in ihrer rechtsvergleichenden Studie eine umfassende Analyse des Rechts der typischen persönlichen Kreditsicherheiten in der EU.

Maesch, Petja

Kodifikation und Anpassung des bulgarischen IPR an das Europäische Recht

Band 252
2010. XVIII, 366 Seiten.

ISBN 9783161505409
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161514371
eBook PDF 74,00 €

Im Mai 2005 trat das bulgarische Gesetzbuch über das Internationale Privatrecht in Kraft, mit dem das bulgarische IPR erstmalig umfassend kodifiziert wurde. Die partiellen Modernisierungsversuche nach 1990 brachten keinen durchschlagenden Erfolg, weil dem bulgarischen IPR nach wie vor das Grundgerüst fehlte. Petja Maesch zeigt, dass das Gesetzbuch nun die Merkmale des bestehenden europäischen IPR/IZPR trägt: *ipso iure*-Anerkennung, Relativität des *ordre public*, Prinzip der engsten Verbindung, Verdrängung des Staatsangehörigkeitsprinzips etc. Solange das IPR in der Union noch nicht vollständig vereinheitlicht ist, bleibt zwar weiterhin Raum für das nationale Kollisionsrecht. Der Spielraum des nationalen Gesetzgebers wird jedoch immer enger, so dass die bulgarische IPR-Kodifikation nur im Gesamtkontext der europäischen Entwicklung beurteilt werden kann.

Weppner, Simon

Der gesellschaftsrechtliche Minderheitenschutz bei grenzüberschreitender Verschmelzung von Kapitalgesellschaften

Eine Untersuchung zum Spruchverfahrensrecht unter besonderer Berücksichtigung internationalzivilverfahrensrechtlicher Aspekte

Band 251
2010. XXIV, 233 Seiten.

ISBN 9783161506581
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161514364
eBook PDF 59,00 €

Der Schutz von Minderheitsgesellschaftern bei der Durchführung von gesellschaftsrechtlichen Strukturmaßnahmen gehört zum Kernbestand des gesellschaftsrechtlichen Minderheitenschutzes. Aus diesem Grund können Gesellschafter auch bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung nach Maßgabe der SE-VO bzw. Verschmelzungsrichtlinie im Grundsatz die gerichtliche Überprüfung des Umtauschverhältnisses ihrer Anteile und die Höhe der ihnen angebotenen Barabfindung beantragen. Hierfür stellt das deutsche Zivilprozessrecht eine eigens auf die Bedürfnisse dieses Verfahrens zugeschnittene Verfahrensordnung zur Verfügung, das SpruchG. Welche Konflikte sich aus dem Zusammenspiel des Spruchverfahrens mit dem internationalen Zivilverfahrensrecht ergeben und wie diese zu lösen sind, untersucht Simon Weppner in seiner Studie zum internationalen Zivil- bzw. Spruchverfahrensrecht.



Schubel, Joanna

Gestaltungsfreiheit und Gestaltungsgrenzen im polnischen Vertragskonzernrecht

Band 250
2010. XXV, 567 Seiten.

ISBN 9783161502439
fadengeheftete Broschur 99,00 €

ISBN 9783161514357
eBook PDF 99,00 €

Der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft hat in den ostmitteleuropäischen Staaten Reformen des Gesellschaftsrechts veranlasst, welche teilweise auch die Schaffung eines modernen Konzernrechts beinhalten. Joanna Schubel untersucht die konzernrechtlichen Regelungen des polnischen Gesetzbuches für Handelsgesellschaften (KSH) aus dem Jahre 2000 und des ungarischen Konzernrechts von 2006. Sie zeigt den Beteiligten nationaler und grenzüberschreitender Unternehmensgruppen Wege auf, ihre Beziehungen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Gruppenstrategien rechtssicher zu gestalten. Hierfür ist nach Ansicht der Autorin der Abschluss von Konzernverträgen zu empfehlen, für deren Ausgestaltung sie der Praxis Gestaltungsvorschläge unterbreitet. Der Blick auf das polnische und ungarische Recht demonstriert zugleich, wie das deutsche Vertragskonzernrecht weiterentwickelt werden könnte.

Oertel, Christoph

Objektive Haftung in Europa

Rechtsvergleichende Untersuchung zur Weiterentwicklung der verschuldensunabhängigen Haftung im europäischen Privatrecht

Band 249
2010. XXIV, 363 Seiten.

ISBN 9783161502705
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161514340
eBook PDF 74,00 €

Objektive Haftung bedeutet Haftung, ohne dass ein schuldhaftes Verhalten des Schädigers Voraussetzung für eine Schadensersatzpflicht ist. Die Rechtslage auf diesem Gebiet ist im europäischen Privatrecht äußerst uneinheitlich und die Diskussion darum gehört zu den ungelösten Streitfragen des außervertraglichen Haftungsrechts. Christoph Oertel untersucht den Geltungsbereich und die Begründungen zur Einführung und Ausgestaltung objektiver Haftungsnormen in Europa. Nach einer kritischen Analyse jüngster Vorschläge aus der vergleichenden Rechtswissenschaft untersucht er, was bei der Formulierung europäischer Grundsätze der objektiven Haftung berücksichtigt werden müsste. Insbesondere werden die Fragen nach den *rationes* der objektiven Haftung, ihrem Kernanwendungsbereich und dem Regelungsmodell, das am besten für die Beschreibung des Anwendungsbereiches der objektiven Haftung geeignet erscheint, beantwortet.

Hawellek, Jeronimo

Die persönliche Surrogation

Eine vergleichende Untersuchung von Rechtsübergängen zu Regresszwecken in Deutschland, Spanien und England

Band 248
2010. XXIV, 463 Seiten.

ISBN 9783161502675
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161514333
eBook PDF 89,00 €

Persönliche Surrogationen findet man in allen großen europäischen Rechtskreisen; die systematische Einbettung in die Zivilrechtsordnung unterscheidet sich jedoch jeweils im deutschen, englischen und spanischen Recht. Jeronimo Hawellek analysiert diese Rechtsfigur in den genannten Rechtsordnungen und zeigt, dass die abweichende Systematik kaum praktische Auswirkungen hat, sieht man von den Besonderheiten der englischen *simple subrogation* ab, die eine Art Prozessstandschaft darstellt. Der Autor untersucht, was bei der Entscheidung der Sachfragen im Vordergrund steht: dies sind Erwägungen des Schuldnerschutzes und das Ziel, die Subsidiarität nachrangiger Forderungen durchzusetzen. Es zeigt sich, dass die Gleichsetzung der Surrogation mit der Abtretung, die sich nur im deutschen Recht findet, dem Rechtsanwender diese Wertungen gegenüber der Systematik der anderen Rechtskreise erleichtert.

Henke, Matthias Felix

Enthält die Liste des Anhangs der Klauselrichtlinie 93/13/EWG Grundregeln des Europäischen Vertragsrechts?

Band 247
2010. XIX, 209 Seiten.

ISBN 9783161503603
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161514326
eBook PDF 59,00 €

Zu einer der größten rechtlichen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte gehört die Schaffung eines einheitlichen europäischen Vertragsrechtswerks. Voraussetzung für dessen Akzeptanz sind unter anderem allseits anerkannte vertragsrechtliche Grundregeln. Matthias Felix Henke arbeitet anhand der Liste des Anhangs der Klauselrichtlinie – mit einer eigens dafür entwickelten Methode – einen Grundstock bereits vorhandener europäischer Grundregeln heraus. Diese betreffen schwerpunktmäßig das Zustandekommen eines Vertrags, die Vertragsbindung, die Folgen des Abbruchs von Vertragsverhandlungen, den Anspruch auf Erfüllung, die Vertragsänderung, die Aufrechnung, die Einrede des nicht erfüllten Vertrags sowie die Rechte bei Leistungsstörung. Die herausgearbeiteten Grundregeln können als Ausgangspunkt für weitere einschlägige Forschungen dienen.



Moser, Dominik

Die Offenkundigkeit der Stellvertretung

Eine Untersuchung zum deutschen und englischen Recht sowie zu den internationalen
Regelungsmodellen

Band 246
2010. XXXII, 518 Seiten.

ISBN 9783161502798
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161514319
eBook PDF 94,00 €

Ohne die Stellvertretung wäre eine arbeitsteilig organisierte Wirtschaft nicht möglich. In jüngster Zeit erschienen mit den Principles of European Contract Law, den Unidroit Principles of International Commercial Contracts und dem Draft Common Frame of Reference drei unterschiedliche Vorschläge für vereinheitlichte Stellvertretungsregelungen. Dominik Moser untersucht diese Modellregelungen hinsichtlich der Fragen, inwieweit das Vorliegen einer Stellvertretung der anderen Partei offenbart werden muss, und welche Rechtsfolgen sich hieraus ergeben. Dabei nimmt der Autor die Regelungen des deutschen und des englischen Rechts als Vertreter der kontinental-europäischen Rechts tradition einerseits und des Common Law andererseits zum Ausgangspunkt. Er vergleicht die Regelungsvorschläge und bewertet sie danach, ob sie interessengerechte Lösungen für die in der Rechtspraxis auftretenden Probleme bieten.

Klein, Jean-Philippe

Die Unwirksamkeit von Verträgen nach französischem Recht

Eine konzeptionelle Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsgeschichte

Band 245
2010. XIX, 401 Seiten.

ISBN 9783161499746
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161514302
eBook PDF 74,00 €

Die Unwirksamkeit von Verträgen fasziniert die französischen Juristen seit Jahrhunderten, das Gebiet gilt als eines »des plus obscurs du droit civil«. Jean-Philippe Klein geht den Gründen dieser Faszination nach, die einst auch deutsche Autoren wie Zachariae von Lingenthal und Windscheid erfasste. Ausgehend vom römischen Recht folgt er den Spuren der Unwirksamkeit im Mittelalter, um sich anschließend deren theoretischer Erfassung im vorrevolutionären Frankreich zuzuwenden. Besondere Beachtung finden dabei die historischen Zusammenhänge. Anschließend stellt der Autor die verschiedenen Theorien zur Unwirksamkeit im Code civil dar und unterzieht die Rechtsprechung einer eingehenden Analyse. Das Ergebnis wird am Ende in Schlussthesen zusammengefasst. Im Anhang würdigt der Autor die Bestimmungen zur Unwirksamkeit im »Avant-Projet Catala« sowie in der französischen Überarbeitung der »Lando-Principles«.

Primaczenko, Vladimir

Treuhänderische Vermögensverwaltung nach russischem Recht

Band 244
2010. XX, 356 Seiten.

ISBN 9783161503344
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161514296
eBook PDF 74,00 €

Im zweiten Teil des russischen Zivilgesetzbuches von 1996 ist eine ausführliche Regelung über die treuhänderische Vermögensverwaltung enthalten. Es handelt sich hierbei um einen neuen Vertragstyp, für den es bislang weder im zaristischen noch im sowjetischen Recht Vorbilder gab. Die Vorschriften zur treuhänderischen Vermögensverwaltung gehen zwar auf die Einführung des Rechtsinstituts des *trust* aus dem angloamerikanischen Rechtskreis durch einen Präsidialerlass von 1993 zurück, stellen jedoch zugleich eine bewusste Abkehr durch den Gesetzgeber von dieser im russischen Recht umstrittenen Rechtsfigur dar. Vladimir Primaczenko zeigt in seiner Abhandlung die Entwicklung der treuhänderischen Vermögensverwaltung in historischer und rechtsvergleichender Perspektive auf. Der Autor stellt die Grundstrukturen der Treuhandverwaltung dar und erläutert ihre Behandlung im Zwangsvollstreckungs-, Insolvenz- und Kollisionsrecht.

Bischoff, Jan Asmus

Die Europäische Gemeinschaft und die Konventionen des einheitlichen Privatrechts

Band 243
2010. XXVII, 465 Seiten.

ISBN 9783161503092
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161514289
eBook PDF 89,00 €

Die verstärkte Vereinheitlichung des Privatrechts auf europäischer Ebene ruft nach einer Klärung des Verhältnisses des Gemeinschaftsprivatrechts zu der klassischen Privatrechtsvereinheitlichung durch völkerrechtliche Verträge. Jan Asmus Bischoff vergleicht die unterschiedlichen Entwicklungen des Einheitsprivatrechts und des Gemeinschaftsprivatrechts, um die möglichen Konflikte, aber auch die möglichen Synergien aufzuzeigen. Er analysiert die Rechtswirkungen der einheitsrechtlichen Konventionen der Gemeinschaft selbst, aber auch der Mitgliedstaaten für den Gemeinschaftsgesetzgeber und die Gemeinschaftsgerichtsbarkeit. Schließlich zeigt er auf, dass durch die derzeitige Behandlung der Gemeinschaft durch das Konventionsprivatrecht und durch die Kompetenzverteilung zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten, Konflikte begünstigt werden, die die Rechtssicherheit gefährden.



Meckel, Verena

Die Corporate Governance im neuen japanischen Gesellschaftsrecht

Unter besonderer Berücksichtigung der Aufgaben von Verwaltungs- und Prüfererrat

Band 242
2010. XXII, 222 Seiten.

ISBN 9783161503801
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161514272
eBook PDF 59,00 €

Unter dem Begriff Corporate Governance ist gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung und -überwachung zu verstehen. Nachdem Japan nahezu 100 Jahre im Wesentlichen dem Vorbild der deutschen und damit dualistischen Unternehmensverfassung gefolgt ist, wird mit der Gesellschaftsrechtsreform 2005/2006 die bereits nach 1945 eingeleitete Trendwende hin zum amerikanischen Recht verfestigt. Neben einer umfassenden Darstellung der Corporate Governance-Strukturen des neuen Gesellschaftsgesetzes hat Verena Meckel vor Ort auch die Auswirkungen der Gesetzesänderung in der Praxis untersucht. Dabei fand sie heraus, dass die gesetzliche Betonung externer Direktoren und Prüfer – ein Kernpunkt der Reform – im Widerspruch zur Konsensmentalität japanischer Unternehmen steht, die nach wie vor auf sehr engen Beziehungen zu und unter ihren Mitarbeitern basieren, auch wenn sich diese Verbindungen ganz allmählich zu lockern scheinen.

Leifeld, Janis

Das Anerkennungsprinzip im Kollisionsrechtssystem des internationalen Privatrechts

Band 241
2010. XXI, 240 Seiten.

ISBN 9783161504167
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161514265
eBook PDF 59,00 €

Die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union nimmt stetig zu. Damit einher geht die Möglichkeit, im europäischen Ausland beispielsweise die Ehe zu schließen, eine Lebenspartnerschaft zu begründen oder einen Namen einzutragen. So selbstverständlich diese Optionen im immer enger zusammenwachsenden Europa heutzutage scheinen, so wenig geklärt ist bisher die Frage, ob die im europäischen Ausland begründeten Statusverhältnisse in Deutschland Wirksamkeit entfalten. Janis Leifeld geht diesem Problem sowohl aus europarechtlicher als auch aus international-privatrechtlicher Perspektive nach. Im Mittelpunkt stehen folgende Fragen: Sind in einem Mitgliedstaat begründete Statusverhältnisse von den anderen Staaten der Europäischen Union anzuerkennen? Wie kann die durch die europäischen Grundfreiheiten begründete Anerkennungspflicht kollisionsrechtlich umgesetzt werden? Wie fügt sich das Anerkennungsprinzip in die Dogmatik des internationalen Privatrechts ein?

Brieskorn, Konstanze

Vertragshaftung und responsabilité contractuelle

Ein Vergleich zwischen deutschem und französischem Recht mit Blick auf das Vertragsrecht in Europa

Band 240
2010. XIX, 488 Seiten.

ISBN 9783161501272
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161514258
eBook PDF 89,00 €

Das vertragliche Haftungsrecht ist Gegenstand wichtiger jüngerer Reformen in den nationalen Rechtsordnungen, wie z.B. der Schuldrechtsreform in Deutschland von 2002 und der laufenden Reformbemühungen in Frankreich auf Grundlage des »Avant-Projet Catala« von 2005. Auch die Vorschläge für ein gemeinsames Europäisches Vertragsrecht, wie zuletzt der Vorentwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens von 2009, betreffen die vertragliche Haftung. Konstanze Brieskorn vergleicht die verschiedenen Ansätze zur Vertragshaftung im deutschen und französischen sowie im schweizerischen, österreichischen und niederländischen Recht und in den Modellen für ein Europäisches Vertragsrecht. Sie analysiert diese Ansätze im ersten Teil des Buches anhand der Voraussetzungen und der Tatbestandsmerkmale der Vertragshaftung, im zweiten Teil behandelt sie die Rechtsfolgen und die Ausgestaltung des vertraglichen Schadensersatzanspruchs.

Gößl, Ulrich

Die Satzung der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) mit Sitz in Deutschland

Band 239
2010. XXIV, 353 Seiten.

ISBN 9783161500244
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161514241
eBook PDF 69,00 €

Die Europäische Aktiengesellschaft (»Societas Europaea«, kurz SE) ist eine noch junge supranationale Kapitalgesellschaft. Entgegen anfänglicher Prophezeiungen erfreut sie sich vor allem in Deutschland einer großen praktischen Beliebtheit. Nicht nur namhafte Großkonzerne wie z.B. Allianz, BASF und Porsche, sondern auch mittelständische Unternehmen haben sich mittlerweile für diese neue Rechtsform entschieden. Als körperschaftlich verfasste Gesellschaft verfügt auch die SE über eine Satzung, die als »Grundordnung« die wesentlichen Strukturmerkmale der Gesellschaft festlegt. Nach der Erörterung des anwendbaren Rechts unterzieht Ulrich Gößl die Satzung einer in Deutschland ansässigen SE einer eingehenden Analyse. Neben formellen Fragen, etwa im Zusammenhang mit dem Erlass und der Änderung der Satzung, widmet er sich umfassend den durch das SE-Statut eröffneten Gestaltungsspielräumen.

Magnus, Robert

Das Anwaltsprivileg und sein zivilprozessualer Schutz

Eine rechtsvergleichende Analyse des deutschen, französischen und englischen Rechts



Band 238
2010. XXX, 322 Seiten.

ISBN 9783161501821
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161514234
eBook PDF 69,00 €

Das Vertrauensverhältnis zwischen Anwalt und Mandant ist unverzichtbar für jede wirksame anwaltliche Interessenwahrnehmung. Denn soll der Anwalt seinen Mandanten im Zivilprozess wirksam vertreten, bedarf er aller dafür notwendigen Informationen, die ihm in erster Linie der Mandant zugänglich machen muss. Das wird dieser freilich nur tun, wenn er darauf vertrauen kann, dass sein Anwalt die offenbarten Informationen weder missbrauchen wird noch zu ihrer Offenlegung ohne Weiteres gezwungen werden kann. Dem Anwalt muss daher das Recht zustehen, diese Informationen zurückhalten zu dürfen. Robert Magnus untersucht rechtsvergleichend den Umfang und die Grenzen dieses Privilegs in Deutschland, Frankreich und England. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, dass die deutschen Vorschriften im internationalen Vergleich als eher schwach ausgeprägt erscheinen und einer kritischen Hinterfragung bedürfen.

Bernitt, Carmen Christina

Die Anknüpfung von Vorfragen im europäischen Kollisionsrecht

Band 237
2010. XXII, 261 Seiten.

ISBN 9783161502651
fadengeheftete Broschur 59,00 €
ISBN 9783161514227
eBook PDF 59,00 €

Die Europäische Union befindet sich auf dem Weg zu einem vollständig vereinheitlichten Internationalen Privatrecht. Als erste kollisionsrechtliche Verordnung ist im Januar 2009 die Rom II-Verordnung in Kraft getreten, weitere Verordnungen mit Vorschriften zum Besonderen Teil des Internationalen Privatrechts werden demnächst folgen. Eine einheitliche Anwendung dieser Vorschriften ist jedoch nur gewährleistet, wenn auch die Probleme des Allgemeinen Teils des Internationalen Privatrechts einheitlich gelöst werden. Carmen Christina Bernitt untersucht das höchst umstrittene Problem der Vorfragenanknüpfung. Im Zentrum ihrer Analyse steht die Frage, wie sich die Besonderheiten eines Europäischen IPR auf die Anknüpfung von Vorfragen auswirken. Die Autorin erarbeitet einen Vorschlag zur künftigen Behandlung von Vorfragen, den sie anschließend anhand konkreter Beispiele aus der Rom II-Verordnung überprüft.

Maurer, Tobias

Schuldübernahme

Französisches, englisches und deutsches Recht in europäischer Perspektive

Band 236
2010. XXXII, 341 Seiten.

ISBN 9783161501159
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161514210
eBook PDF 69,00 €

Die Schuldübernahme gehört zu den schwierigsten Rechtsfiguren des allgemeinen Schuldrechts, da immer eine Dreipersonenkonstellation zu bewältigen ist. Dabei ergeben sich insbesondere zwei Fragen: Kann die Schuld »identitätswahrend« übernommen werden, wie es dem deutschen Sukzessionsmodell der §§ 414 ff. BGB entspricht, oder bedarf es einer Neubegründung der Schuld? Und wie sind die drei Parteien an dem auf die Schuldübernahme gerichteten Rechtsgeschäft zu beteiligen? Diese konstruktive Seite der Schuldübernahme ist mit verschiedenen wertungsmäßigen Festlegungen abzustimmen, deren wichtigste die Festlegung der vom Schuldübernehmer geltend zu machenden Einwendungen sowie das Schicksal von Sicherheiten sind. Tobias Maurer untersucht das Problemspektrum der Schuldübernahme aus historischer und rechtsvergleichender Perspektive vor dem Hintergrund einer künftigen europäischen Privatrechtsvereinheitlichung.

Giesen, Reinhard

Die Anknüpfung des Personalstatuts im norwegischen und deutschen internationalen Privatrecht

Band 235
2010. XXV, 350 Seiten.

ISBN 9783161501258
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161514203
eBook PDF 69,00 €

Das deutsche internationale Privatrecht ist von einem zunehmenden Abschied von der Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit gekennzeichnet und Internationales Personen-, Familien- und Erbrecht befinden sich in einem europäischen Entwicklungsprozess. Die norwegischen Erfahrungen mit einer dem angelsächsischen Domizilprinzip nicht unähnlichen Wohnsitzanknüpfung sind schon für sich gesehen beachtenswert und können auch im Hinblick auf die künftige europäische Entwicklung, für die das Staatsangehörigkeitsprinzip als Ausgangspunkt ungeeignet ist, aufschlussreich sein. Reinhard Giesen stellt das norwegische System anhand von Regeln und Fällen zusammen mit der typischen, am skandinavischen Rechtsrealismus orientierten Vorgehensweise des norwegischen Juristen dar und gewährt einen einzigartigen Einblick in einen dem deutschen Juristen trotz aller Nähe doch oft recht fremden Rechtsraum.

Lüttringhaus, Jan D.

Grenzüberschreitender Diskriminierungsschutz – Das internationale Privatrecht der Antidiskriminierung

Band 234
2010. XXV, 449 Seiten.

ISBN 9783161502446
fadengeheftete Broschur 79,00 €
ISBN 9783161514197
eBook PDF 79,00 €

Diskriminierungen treten besonders häufig auf, wenn Verträge über Staatsgrenzen hinweg geschlossen werden. Gleichbehandlungsvorstellungen europäischer Prägung müssen hier grundsätzlich umso stärker zurückstehen, je intensiver ein fremder Kulturkreis betroffen und das Rechtsverhältnis dort verwurzelt ist. Doch wie ist das räumlich-territorial anwendbare Antidiskriminierungsrecht im Einzelnen zu bestimmen? Jan D. Lüttringhaus beantwortet diese Frage anhand der zunehmend vergemeinschafteten Kollisionsnormen des IPR. Er untersucht dabei neben dem internationalen Schuld- und insbesondere Arbeits- und Versicherungsvertragsrecht auch das internationale Verbands- und Gesellschaftsrecht. Da einige EG-Mitgliedstaaten Benachteiligungen zusätzlich mithilfe des Straf- bzw. Verwaltungsrechts sanktionieren, geht der Autor auch auf die Konflikte ein, welche sich aus der Kombination hoheitlicher und privatrechtlicher Diskriminierungsschutzkonzepte in Sachverhalten mit Auslandsbezug ergeben.



Lenhard, Anselm

Die Vorschläge zur Reform des englischen Mobiliarkreditsicherungsrechts

Ein Wegweiser für eine europäische Harmonisierung?

Band 232
2010. XXVIII, 391 Seiten.

ISBN 9783161500572
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161514180
eBook PDF 74,00 €

Die Unterschiede der nationalen Mobiliarkreditsicherungsordnungen im Zusammenspiel mit der *lex rei sitae*-Regel des IPR bergen für Kreditgeber das Risiko des Verlusts ihrer Sicherheit in grenzüberschreitenden Fällen. Diese mit dem Gedanken eines Europäischen Binnenmarkts kaum zu vereinbarende Problematik nimmt Anselm Lenhard zum Ausgangspunkt seiner Untersuchung zu den Reformbemühungen auf dem Gebiet des Mobiliarkreditsicherungsrechts in England. Nach einer umfassenden Darstellung des gegenwärtigen Rechtszustands diskutiert er die bislang erfolglosen Reformversuche, die sich am US-amerikanischen Vorbild (Art. 9 UCC) orientieren. Der Autor ordnet die englischen Reformvorschläge in die internationale Diskussion über die sachgerechte Regelung dieses Rechtsgebiets ein (insbesondere UNCITRAL Legislative Guide on Secured Transactions) und skizziert Wesenszüge eines zukünftigen europäischen Harmonisierungsprojekts.

Rohde, Kerstin

Haftung und Kompensation bei Straßenverkehrsunfällen

Eine rechtsvergleichende Untersuchung nach deutschem und neuseeländischem Recht

Band 232
2009. XXI, 416 Seiten.

ISBN 9783161502415
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161514173
eBook PDF 79,00 €

Straßenverkehrsunfälle sind im menschlichen Alltag zu einem Massenphänomen geworden. Es war daher Aufgabe der Gesetzgeber nahezu aller Länder, den Schadensausgleich bei Straßenverkehrsunfällen sicherzustellen. Der neuseeländische Gesetzgeber schuf mit dem *Accident Compensation Scheme* ein bisher weltweit einmaliges Entschädigungssystem für den Ausgleich von Personenschäden, die durch einen Unfall hervorgerufen werden. Auch der deutsche Gesetzgeber richtete mit der Gefährdungshaftung und der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung ein System ein, um den Schadensausgleich bei Straßenverkehrsunfällen zu gewährleisten. Kerstin Rohde untersucht den Schadensausgleich bei Straßenverkehrsunfällen in beiden Rechtssystemen mit Blick auf die Voraussetzungen zur Begründung eines Schadensersatzanspruchs, Art und Umfang der Schadensersatzleistungen sowie die Abwicklung von Schadensfällen.

Seibl, Maximilian

Die Beweislast bei Kollisionsnormen

Band 231
2009. XXXI, 385 Seiten.

ISBN 9783161501814
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161514166
eBook PDF 74,00 €

Kann eine strittige Tatfrage vor Gericht nicht aufgeklärt werden, spricht man von einem *non liquet*. Maximilian Seibl geht der Frage nach, wie ein bei einer Kollisionsnorm des Internationalen Privatrechts eingetretenes *non liquet* überwunden werden kann und welche Folgen sich hieraus für die Parteien im Verfahren ergeben. Er zeigt auf, dass die Problematik in der Struktur der Kollisionsnorm selbst begründet ist, die aus Anknüpfungsgegenstand und Anknüpfungsmoment besteht. Insbesondere das Anknüpfungsmoment unterscheidet sich durch seine funktionsbedingte tatbestandliche Offenheit erheblich von den Tatbestandsmerkmalen materiellrechtlicher Rechtsnormen. Nach einer eingehenden Analyse dieser Besonderheiten stellt der Autor ein differenziertes Lösungsmodell vor, das eine Synthese zwischen den allgemeinen Beweislastlehren sowie internationalprivat- und -verfahrensrechtlichen Erfordernissen bildet.

Schreier, Michael

Schutz vor willkürlichen und diskriminierenden Entlassungen

Eine rechtsvergleichende Untersuchung zum Recht von Deutschland und British Columbia

Band 230
2009. XXV, 397 Seiten.

ISBN 9783161502309
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161514159
eBook PDF 79,00 €

Kündigungsschutz ist eines der zentralen Themen, die immer wieder Diskussionen in Politik und Wissenschaft entfachen. Während auf der einen Seite die Beibehaltung des bisherigen Kündigungsschutzrechts oder dessen Stärkung befürwortet wird, wird auf der anderen Seite die Lockerung oder gar Abschaffung des Kündigungsschutzes in Deutschland diskutiert. Ähnlich kontroverse Diskussionen werden in Bezug auf das Antidiskriminierungsrecht geführt. Michael Schreier untersucht diese gegensätzlichen Ausgangspunkte rechtsvergleichend: Im Fokus steht der Schutz vor willkürlichen und diskriminierenden Kündigungen. Der Autor zeigt Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Kanada – am Beispiel der Provinz British Columbia – und Deutschland auf und leitet daraus Handlungsempfehlungen in Bezug auf das Kündigungsschutzgesetz und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz an den deutschen Gesetzgeber ab.



Henke, Johannes

Effektivität der Kontrollmechanismen gegenüber dem Unternehmensinsolvenzverwalter

Eine Untersuchung des deutschen und englischen Rechts

Band 229
2009. XVII, 209 Seiten.

ISBN 9783161501982
fadengeheftete Broschur 54,00 €

ISBN 9783161514142
eBook PDF 54,00 €

Missbrauchs- und Untreuefälle in Insolvenzverfahren, der steigende Wettbewerb unter Insolvenzverwaltern um das Verwalteramt, die relativ geringe Verfahrenspartizipation seitens der Gläubiger sowie die zunehmende Verlagerung von Insolvenzverfahren in das Ausland (vor allem nach England) sind derzeit hochaktuelle Themen. Johannes Henke nimmt dies zum Anlass für seine Untersuchung zur Effektivität der Kontrollmechanismen gegenüber dem Unternehmensinsolvenzverwalter. Er beleuchtet die deutschen und die englischen Kontrollmechanismen gegenüber dem Unternehmensinsolvenzverwalter. Dabei trennt er zwischen staatlicher und privater Auswahl- und Verfahrenskontrolle. Nach Darstellung der Rechtslage und der Reformvorhaben zieht der Autor in einem Rechtsvergleich Schlussfolgerungen für den gesetzgeberischen Anpassungsbedarf und für eine verbesserte deutsche Insolvenzrechtspraxis.

Böger, Ole

System der vorteilsorientierten Haftung im Vertrag

Gewinnhaftung und verwandte Haftungsformen anhand von Treuhänder und Trustee

Band 228
2009. XXXIX, 1143 Seiten.

ISBN 9783161500077
fadengeheftete Broschur 124,00 €

ISBN 9783161514135
eBook PDF 124,00 €

Vorteilsorientierte Haftungsformen stellen nicht auf Schäden des Verletzten oder auf die Rückgängigmachung von Vermögensverschiebungen ab, sondern auf Gewinne und andere Vorteile der anderen Partei. Während bisher in Form von Bereicherungsrecht oder dreifacher Schadensberechnung primär die außervertragliche vorteilsorientierte Haftung untersucht wurde, widmet sich Ole Böger dieser Haftung im Vertragsrecht und führt ihre Einzelausprägungen wie den § 285 BGB, die Haftung des Geschäftsbesorgers nach § 667 BGB und die Eintrittsrechte des HGB auf allgemeine Prinzipien zurück. Anhand einer rechtsvergleichenden Heranziehung von *Trust* und Treuhand entwickelt er so ein System der vorteilsorientierten Haftung aus drei Grundtypen, welches die Einzelfälle dieser Haftung fortentwickelt sowie deren Verständnis schärft und zugleich das Problem einer allgemeinen Gewinnhaftung im Vertrag beantwortet.

Janköster, Jens P.

Fluggastrechte im internationalen Luftverkehr

Verspätung von Fluggästen, Überbuchung und Annullierung von Flügen

Band 227
2009. XVIII, 375 Seiten.

ISBN 9783161500381
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161514128
eBook PDF 69,00 €

Das gestiegene Verkehrsaufkommen im Luftverkehr führt heute immer häufiger zu Verspätungen von Fluggästen sowie zu Überbuchungen und Annullierungen von Flügen. Jens Peter Janköster untersucht, welche Ansprüche der Fluggast in diesen Situationen gegen den vertraglichen Luftfrachtführer hat. Dabei stellt sich vor allem die Frage nach der Abgrenzung der Anwendbarkeit von internationalem Einheitsrecht sowie europäischem und nationalem Recht. In diesem Zusammenhang untersucht der Autor insbesondere den häufig angenommenen Fixgeschäftszusammenhang des Luftbeförderungsvertrages und die Bedeutung der Flugnummer für die Beförderungsverpflichtung des vertraglichen Luftfrachtführers. Insgesamt wird eine tragfähige dogmatische Struktur erarbeitet, die es allen voran der Rechtsprechung ermöglichen soll, nicht nur im Einzelfall sowohl für den Luftfrachtführer als auch für den Fluggast 'gerechte' Lösungen zu finden.

Schmidt, Jan Peter

Zivilrechtskodifikation in Brasilien

Strukturfragen und Regelungsprobleme in historisch-vergleichender Perspektive

Band 226
2009. XXXII, 607 Seiten.

ISBN 9783161501265
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161514111
eBook PDF 89,00 €

Jan Peter Schmidt nimmt das brasilianische Zivilgesetzbuch von 2002 zum Anlass, dem in der internationalen Rechtsvergleichung bislang nur wenig beachteten brasilianischen Privatrecht eine breit angelegte Untersuchung zu widmen. Nach einer historischen Einführung befasst er sich ausführlich mit den strukturellen Aspekten des neuen Gesetzbuches, darunter die Zusammenführung von Zivil- und Handelsrecht, die Ausgliederung des Verbraucherschutzrechts, die Voranstellung eines Allgemeinen Teils und die Verwendung von Generalklauseln. Die hierbei erlangten Erkenntnisse zu den Anforderungen an eine moderne Zivilrechtskodifikation sind auch für den europäischen Kontext von Interesse. Abgerundet wird die Darstellung durch die Kommentierung beachtenswerter Einzelregelungen, vielfältige Einblicke in die Rechtspraxis und durchgehende Bezugnahmen auf die gesellschaftlichen Hintergründe.



Spelsberg-Korspeter, Ullrich

Anspruchskonkurrenz im internationalen Privatrecht

Ein Beitrag zur Diskussion um die akzessorische Anknüpfung

Band 225
2009. XX, 171 Seiten.

ISBN 9783161501531
fadengeheftete Broschur 54,00 €

ISBN 9783161514104
eBook PDF 54,00 €

Fast immer gibt es mehr als nur eine Anspruchsgrundlage, die von der Rechtsfolge her geeignet ist, das Begehren des Klägers zu stützen. Jede Rechtsordnung enthält daher – wenn auch meist ungeschriebene – Regeln, anhand derer zu entscheiden ist, ob mehrere Anspruchsgrundlagen nebeneinander anzuwenden sind oder ob eine von ihnen die übrigen ganz oder teilweise verdrängt. Treffen Anspruchsgrundlagen aus verschiedenen Rechtsordnungen zusammen, so kann es vorkommen, dass sich mehrere solcher Regeln widersprechen. Ullrich Spelsberg-Korspeter geht der Frage nach, wie mit der Gefahr derartiger Normenwidersprüche umzugehen ist. Ausgehend von einer Bestandaufnahme unter Einbeziehung der neu in Kraft getretenen Vorschriften der Rom II-Verordnung wird dabei insbesondere die im Schrifttum häufig befürwortete Methode der akzessorischen Anknüpfung kritisch gewürdigt.

Henninger, Thomas

Europäisches Privatrecht und Methode

Entwurf einer rechtsvergleichend gewonnenen juristischen Methodenlehre

Band 224
2009. XXXII, 496 Seiten.

ISBN 9783161514098
eBook PDF 79,00 €

Aufgrund der fortschreitenden Europäisierung des Privatrechts rückt die Methodenlehre des Europäischen Privatrechts stärker in den Mittelpunkt rechtstheoretischen Denkens. Vor diesem Hintergrund erarbeitet Thomas Henninger rechtsvergleichend methodische Prinzipien des Europäischen Privatrechts. Zunächst untersucht er die existierenden Methodenlehren in den wichtigsten Ländern Europas insbesondere in Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Großbritannien und am EuGH. Dabei legt er jeweils die gesetzlichen Methodennormen, historische Entwicklung, exemplarische Urteile, Rechtsprechung, wissenschaftliche Lehre und das methodische Selbstverständnis der Richter zu Grunde. Durch den Vergleich mit weiteren deutschsprachigen, romanischen, angloamerikanischen, skandinavischen und osteuropäischen Rechtsordnungen entsteht ein Gesamtbild der Methodenlehre in Europa. Im normativen Teil arbeitet der Autor die gemeinsamen Prinzipien einer Methodenlehre der europäischen Privatrechte heraus und stellt Lösungsansätze für eine europäische Methodenlehre des Privatrechts vor. Dabei werden die Funktionsweise der jeweiligen methodischen Instrumente beleuchtet und deren Vor- und Nachteile abgewägt. Ein zentraler Punkt ist dabei der Vergleich der Methode kontinentaler Zivilrechtskodifikationen mit der präjudiziengestützten Fallrechtmethodik in England und die Darstellung gemeinsamer Prinzipien. Abschluss des Buches bildet eine Methodennorm, welche – vergleichbar mit Art. 1 des schweizerischen Zivilgesetzbuches – die Tätigkeit des Richters in einem europäisch geprägten Privatrecht definiert.

Häcker, Birke

Consequences of Impaired Consent Transfers

A Structural Comparison of English and German Law

Band 223
2009. XXII, 386 Seiten.

ISBN 9783161497902
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161514081
eBook PDF 74,00 €

Birke Häcker untersucht die schuld- und sachenrechtlichen Auswirkungen von Willensmängeln bei der Mobiliarübereignung im Strukturvergleich zwischen deutschem und englischem Recht. Im Mittelpunkt steht die Rückabwicklung im Zwei- und Drei-Personen-Verhältnis. Die Autorin beleuchtet das Verhältnis von Grundgeschäft und Übereignung dabei ebenso wie Natur und Umfang des Rückforderungsanspruchs, die Regeln des gutgläubigen Erwerbs, Möglichkeiten eines bereicherungsrechtlichen Durchgriffs auf Dritte sowie den Anspruch auf rechtsgeschäftliche Surrogate.

Klingel, Katharina

Die Principles of European Law on Personal Security als neutrales Recht für internationale Bürgschaftsverträge

Ein Vergleich mit dem französischen und dem deutschen Recht



Band 222
2009. XXVIII, 346 Seiten.

ISBN 9783161500541
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161514074
eBook PDF 69,00 €

Im Rahmen der Pläne der Europäischen Kommission zur Schaffung eines Gemeinsamen Referenzrahmens für ein Europäisches Vertragsrecht hat die Study Group on a European Civil Code auf der Grundlage rechtsvergleichender Studien der Rechte der EU-Mitgliedstaaten Vorschläge für vereinheitlichte Regelungen zum Bürgschaftsrecht erarbeitet. Diese Principles of European Law on Personal Security sollen bereits jetzt zum Beispiel vor Schiedsgerichten wählbar sein und damit in der täglichen grenzüberschreitenden Vertragspraxis innerhalb des europäischen Rechtsraums Anwendung finden können. Katharina Klingel untersucht, ob und inwieweit sich die Principles aus Sicht der Nutzer des Binnenmarktes, wie Wirtschaftsunternehmen oder Verbraucher, als neutrales Recht für internationale Bürgschaftsverträge eignen. Dies unternimmt sie im Wege eines Vergleichs mit dem französischen und dem deutschen Recht.

Steinbrück, Ben

Die Unterstützung ausländischer Schiedsverfahren durch staatliche Gerichte

Eine rechtsvergleichende Untersuchung des deutschen, österreichischen, englischen, schweizerischen, französischen und US-amerikanischen Schiedsrechts

Band 221
2009. XXX, 536 Seiten.

ISBN 9783161500060
fadengeheftete Broschur 89,00 €
ISBN 9783161514067
eBook PDF 89,00 €

Die Effektivität des schiedsgerichtlichen Rechtsschutzes setzt voraus, dass staatliche Gerichte die Einleitung und Durchführung des Schiedsprozesses in bestimmten Situationen durch geeignete Maßnahmen unterstützen können. Das deutsche Schiedsrecht erlaubt staatsgerichtliche Unterstützung – im Gegensatz zu vielen anderen Rechtsordnungen – auch zugunsten ausländischer Schiedsverfahren. Damit nimmt es eine internationale Vorreiterrolle ein, da staatsvertragliche Regelungen für internationale Rechtshilfehandlungen zugunsten privater Schiedsverfahren fehlen. Ben Steinbrück untersucht das Kooperationsverhältnis zwischen der staatlichen Gerichtsbarkeit und ausländischen privaten Schiedsgerichten anhand einer umfassenden rechtsvergleichenden Analyse des deutschen Schiedsrechts und zeigt auf, warum und in welchen Fällen grenzüberschreitende Unterstützungsmaßnahmen geboten sind.
»Die Veröffentlichung der Arbeit wurde u.a. von der Johanna und Fritz Buch Gedächtnisstiftung, Hamburg, mit einem großzügigen Druckkostenzuschuss gefördert.«

Bitter, Anna-Kristina

Vollstreckbarerklärung und Zwangsvollstreckung ausländischer Titel in der Europäischen Union

Anna-Kristina Bitter geht im vorliegenden Buch über die Darstellung des Vollstreckbarerklärungsverfahrens der EuGVVO hinaus und beleuchtet Schwierigkeiten bei der tatsächlichen Durchsetzung mitgliedstaatlicher Titel. Gerade die Vollstreckungsorgane der Mitgliedstaaten stehen regelmäßig vor dem Problem, ob sie einen ausländischen Titel wie einen inländischen vollstrecken müssen. Dies führt zu großen praktischen Problemen, wenn das Rechtssystem, aus dem der Titel stammt, keine oder eine gänzlich andere Vollstreckung vorsieht. Die Autorin analysiert das Problem anhand der EuGH Rechtssache WECO/Italian Leather und gibt praktische Lösungsvorschläge. Sie befasst sich auch mit der Frage nach der deutschen Zwangsgewalt bei der Durchsetzung deutscher Titel mit Auslandsbezug. Das wird etwa dann problematisch, wenn eine an sich vertretbare Handlung nicht in Deutschland, sondern im Ausland geschuldet wird.

Band 220
2009. XX, 258 Seiten.

ISBN 9783161499388
fadengeheftete Broschur 54,00 €
ISBN 9783161514050
eBook PDF 54,00 €

Laimer, Simon

Durchführung und Rechtsfolgen der Vertragsaufhebung bei nachträglichen Erfüllungsstörungen

Simon Laimer behandelt mit der Vertragsaufhebung einen zentralen Rechtsbehelf im Falle von Leistungsstörungen. Er vergleicht das italienische, deutsche und österreichische nationale Schuldrecht sowie das UN-Kaufrecht und bezieht zudem neuere Vereinheitlichungsprojekte – von den PECL der Lando-Gruppe über die PICC des UNIDROIT-Instituts bis hin zu den PESL der Study Group on a European Civil Code – sowie den jüngst publizierten Entwurf für einen Gemeinsamen Referenzrahmen mit ein. Anschließend leitet er anhand einer folgenorientierten Bewertung der verschiedenen Lösungsmodelle Kriterien und Anregungen für die Ausgestaltung einer möglichen einheitlichen europäischen Regelung ab. Der Autor untersucht zunächst Art und Ausgestaltung von Verfahren für die Aufhebung im Falle einer Vertragsstörung. Dabei klärt er die Fragen, ob und innerhalb welcher Grenzen der vertragstreuen Partei ein Wahlrecht zwischen Erfüllung und Vertragsaufhebung zusteht, warum dies in einigen Regelungssystemen begrenzt wird bzw. inwiefern eine Revision der vorgenommenen Entscheidung möglich ist. Nachfolgend richtet er den Fokus auf die Rechtsfolgen einer wirksamen Vertragsaufhebung und untersucht deren Rechtsnatur in den behandelten Regelungen. In diesem Zusammenhang behandelt er die Wirkungen der Befreiung von den Leistungspflichten, der Restitution sowie der Haftung bei schuldhafter Verletzung von Pflichten aus dem Rückabwicklungsschuldverhältnis.

Band 219
2009. XX, 280 Seiten.

ISBN 9783161499159
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161514043
eBook PDF 64,00 €

Funken, Katja

Das Anerkennungsprinzip im internationalen Privatrecht

Perspektiven eines europäischen Anerkennungskollisionsrechts für Statusfragen



Band 218
2009. XXVIII, 400 Seiten.

ISBN 9783161499395
fadengeheftete Broschur 74,00 €
ISBN 9783161514036
eBook PDF 74,00 €

Grundlagen und Grenzen einer Anerkennung von personen- und familienrechtlichen Statusverhältnissen sind ein zentrales Thema der aktuellen Kollisionsrechtsdiskussion. Vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen »Stabilität« und »Mobilität« ist der Konsens über die Sachrichtigkeit kollisionsrechtlicher Antworten brüchig geworden. Katja Funken untersucht zunächst, ob das Gemeinschaftsrecht und dort insbesondere die Freizügigkeitsrechte eine »Verkehrsfähigkeit« von Statusverhältnissen im Sinne einer Anerkennungspflicht ausländischer Statusverhältnisse (Name, Ehe, eingetragene Lebenspartnerschaft, Abstammung, Adoption) bedingen. Auf der Basis der Analyse der einschlägigen Judikatur des EuGH deckt sie Verbindungslinien zwischen Gemeinschaftsrecht und Kollisionsrecht auf und verarbeitet diese. Den zweiten Themenschwerpunkt bilden Überlegungen zur Standortbestimmung der Anerkennung im Rahmen der internationalprivatrechtlichen Methodik, insbesondere hinsichtlich des Verweisungsrechts und der Berücksichtigung statutsfremden Rechts auf Sachnormebene. Hier zeigt die Autorin, was die Anerkennung eines ausländischen Status kollisionsrechtlich zu leisten im Stande ist und was nicht. Zugleich beleuchtet sie die Rolle und Funktion von Statusverhältnissen in den nationalen Rechtsordnungen. Den Abschluss der Untersuchung bilden rechtspolitische Überlegungen zur Ausgestaltung einer Anerkennungsregel auf Ebene der EU. Insgesamt zeigt sich, dass der Gedanke der gegenseitigen Anerkennung die Technik der kollisionsrechtlichen Verweisung im Europäischen Rechtsraum keineswegs ablösen, aber sinnvoll ergänzen kann.

Kroymann, Benjamin

Das Kapitalgesellschaftsrecht der VR China

Analyse der Rahmenbedingungen für ausländische Investoren

Band 217
2009. XXVII, 445 Seiten.

ISBN 9783161498596
fadengeheftete Broschur 79,00 €
ISBN 9783161514029
eBook PDF 79,00 €

Nach einer Einführung in die chinesische Rechtsordnung und die allgemeinen Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen untersucht Benjamin Kroymann die verschiedenen Kapitalgesellschaftsformen für ausländische Investoren und die entsprechenden Sonderformen auf nationaler und lokaler Ebene. Ein Schwerpunkt liegt in der Untersuchung der neueren Investitionsmodelle der ausländisch kapitalisierten Aktiengesellschaft, der Holding und der Regionalen Zentrale. Die verschiedenen Gesellschaftsformen werden unter anderem im Hinblick auf das Gründungsverfahren, die innere Organisation und die Beendigung untersucht. Bezogen auf die Aktiengesellschaft mit ausländischer Beteiligung befasst sich der Autor zudem mit kapitalmarktrechtlichen Fragen im Bereich Börsengänge und öffentliche Zweitemissionen an den festlandchinesischen Börsen. Auch das neu eingeführte Verifizierungsverfahren für ausländische Investitionsvorhaben wird beleuchtet.

Der Autor geht der Frage nach, wie sich der WTO-Beitritt Chinas und die damit verbundene Umgestaltung des chinesischen Rechtssystems auf das Regelungsumfeld für Kapitalgesellschaften mit ausländischer Beteiligung ausgewirkt haben. Es zeigt sich, dass die Aufnahme in die Welthandelsorganisation nicht zu der gewünschten strukturellen Bereinerung des Rechtsrahmens für ausländische Investitionen geführt hat. Auch mündete die Übernahme von Versatzstücken westlicher Rechtskonzepte vielfach in Konflikten mit bestehenden chinesischen Normen. Dennoch ist eine langfristige Tendenz zur Vereinheitlichung des Rechtsrahmens für rein chinesische und ausländisch kapitalisierte Unternehmen zu erkennen.

Trillmich, Philip

Klauselkontrolle nach spanischem Recht im Vergleich mit der Klauselrichtlinie 93/13/EWG

Band 216
2009. XXII, 518 Seiten.

ISBN 9783161498435
fadengeheftete Broschur 79,00 €
ISBN 9783161514012
eBook PDF 79,00 €

Die europäische Rechtsangleichung hat mit der Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen erstmals einen zentralen Bereich der Vertragsrechte der EU-Mitgliedstaaten erreicht. Die damit verbundene Bedeutung der Richtlinie macht die rechtsvergleichende Untersuchung ihrer Umsetzung in die Rechte der Mitgliedstaaten besonders interessant. Philip Trillmich befasst sich mit der Umsetzung in das spanische Recht durch das spanische Gesetz über Allgemeine Geschäftsbedingungen (LCGC) und neue Vorschriften im spanischen Verbraucherschutzgesetz (LCU). Vor dem Hintergrund des spanischen Verfassungs- und Zivilrechts und der Geschichte des spanischen Klauselkontrollrechts stellt er den Anwendungsbereich des gesamten seit Richtlinienumsetzung geltenden spanischen Klauselkontrollrechts (einschließlich einer wichtigen Sondervorschrift im Gesetz über Versicherungsverträge) sowie das Regelungsgebiet der Richtlinie dar und führt in die Vorschriften des spanischen Rechts zu allen Aspekten der Klauselkontrolle (Einbeziehung, Auslegung, Inhaltskontrolle, Rechtsfolgen und Kontrollinstrumentarium) ebenso wie in die entsprechenden Richtlinienvorgaben ein. Anschließend vergleicht er die erzielten Erkenntnisse. Besondere Beachtung finden dabei die Konsequenzen, die sich aus der Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung des spanischen Rechts ergeben, und die Anwendung der Klauselkontrollvorschriften durch die spanische Rechtsprechung vor und nach Richtlinienumsetzung. Als wesentliches Ergebnis ermittelt der Autor, inwieweit das spanische Recht den Richtlinienvorgaben entspricht.

Gal, Jens

Die Haftung des Schiedsrichters in der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit

Band 215
2009. XXII, 496 Seiten.

ISBN 9783161498138
fadengeheftete Broschur 79,00 €
ISBN 9783161514005
eBook PDF 79,00 €

Mit stetig wachsender Zahl der Schiedsverfahren im internationalen Rechtsverkehr und zunehmender Verrechtlichung der Schiedsgerichtsbarkeit rückt auch der Schiedsrichter in seiner Funktion als Dienstleister vermehrt in das Blickfeld der Rechtswissenschaft. Hierbei gewinnt auch die Frage einer möglichen Haftung des Schiedsrichters deutlich an Interesse. Jens Gal vergleicht die in Deutschland, England, Frankreich, Österreich, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika entworfenen Haftungsmodelle. Er bereitet das Thema in seinen unterschiedlichen Dimensionen – historisch, rechtsvergleichend und dogmatisch – auf und entwickelt eine kohärente Haftungssystematik. Das Augenmerk gilt zunächst dem als Haftungsgrundlage ausgemachten sogenannten Schiedsrichtervertrag und seiner dogmatischen Ausgestaltung. Im Anschluss hieran widmet sich der Autor möglichen haftungsauslösenden Pflichtverletzungen, wobei er seine besondere Aufmerksamkeit der Frage widmet, ob und inwieweit dem Schiedsrichter ein Haftungsprivileg zusteht und welche Pflichten



von diesem Haftungsprivileg umfasst sind. Hierbei zeigt sich, dass es einem weltweiten Konsens entspricht, dass der Schiedsrichter nur in begrenztem Umfang – nämlich einem Richter gleich – haftbar gemacht werden kann. Obgleich das so entworfene Haftungsmodell ein nur beschränktes Haftungsrisiko für den Schiedsrichter birgt, zeigt der Autor abschließend Möglichkeiten auf – insbesondere Haftungsbegrenzung, Versicherungsdeckung und Rechtswahl – mittels deren Schiedsrichter ihr Risiko weiter minimieren können.

Aukhatov, Adel

Durchgriffs- und Existenzvernichtungshaftung im deutschen und russischen Sach- und Kollisionsrecht

Band 214
2009. XXI, 294 Seiten.

ISBN 9783161498855
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161513992
eBook PDF 64,00 €

Adel Aukhatov analysiert vergleichend die Ausgangspunkte des Problems der Durchgriffs- und Existenzvernichtungshaftung im Sach- und Kollisionsrecht sowie Lösungsansätze in Deutschland und Russland. Für beide Rechtsordnungen gilt, dass die Durchgriffshaftung grundsätzlich nur subsidiär und als ultima ratio angewandt und in der Regel von den Umständen des Einzelfalls abhängig gemacht wird. Sie ist im deutschen wie im russischen IPR gesellschaftsrechtlich zu qualifizieren und damit einheitlich dem Gesellschaftsstatut zu unterstellen. Die kollisionsrechtlichen Instrumente (ordre public-Vorbehalt, Sonderanknüpfung und Gesetzesumgehung) helfen bei der Durchsetzung der russischen Kann-Bestimmungen über die Durchgriffshaftung der Gesellschafter in Russland agierender Auslandsgesellschaften nicht weiter. Anders ist die Situation in Deutschland. Die Durchgriffshaftung wegen Vermögensvermischung kann über Art. 6 EGBGB kraft der residualen positiven Funktion des ordre public oder als international zwingende Norm im Wege einer Sonderanknüpfung durchgesetzt werden. Die Existenzvernichtungshaftung ist nach dem »Trihotel«-Urteil des BGH eine auf § 826 BGB gestützte Innenhaftung der Gesellschafter gegenüber der Gesellschaft. Der Autor geht davon aus, dass sich ihre deliktsrechtliche Qualifikation durchsetzen wird, auch wenn die besseren Gründe für eine gesellschaftsrechtliche Qualifikation sprechen. Selbst auf der Basis einer deliktsrechtlichen Qualifikation der Existenzvernichtungshaftung ist aber deren akzessorische Anknüpfung an das Gesellschaftsstatut zu befürworten.

Burkei, Felix

Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit in Japan

Zustand und Perspektiven nach der Reform von 2004

Band 213
2008. XXI, 271 Seiten.

ISBN 9783161498794
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161513985
eBook PDF 59,00 €

Japan ist etwa seit der Jahrtausendwende Schauplatz tiefgreifender Justizreformen. Im Zuge der Stärkung der privaten Streitbeilegung wurde im Jahr 2004 das Schiedsverfahrensrecht umfassend reformiert und an den internationalen Standard des UNCITRAL-Modellgesetzes angeglichen. Trotz einer starken Affinität zu informeller und außergerichtlicher Streitbeilegung sowie starker internationaler Handelsbeziehungen sind Handelsschiedsverfahren in Japan jedoch vergleichsweise selten geblieben. Vor dem Hintergrund der japanischen Rechtsmentalität untersucht Felix Burkei diejenigen Faktoren, welche die bisherige Entwicklung der japanischen Schiedsgerichtsbarkeit gehemmt haben. Der Schwerpunkt liegt auf der Darstellung des Verfahrensablaufs, wobei insbesondere die Verfahrensordnung der *Japan Commercial Arbitration Association* (JCAA) berücksichtigt wird. Der Autor stellt auch Anerkennung und Vollstreckung vor allem ausländischer Schiedssprüche ausführlich dar. Hierfür wertet er neben dem japanischen und internationalen Schrifttum auch die japanische Rechtsprechung zu schiedsverfahrensrechtlichen Fragen aus. Besonderes Augenmerk gilt stets der Frage, inwieweit die nach altem Recht bestehenden Schwachstellen und Kritikpunkte durch das neue Schiedsverfahrensgesetz sowie die zeitgleich reformierten institutionellen Verfahrensordnungen behoben wurden. Der Autor zeigt, dass dies weitestgehend der Fall ist, und gelangt zu einer grundsätzlich positiven Beurteilung der Reform. Im Anhang findet sich eine deutsche Übersetzung des Schiedsverfahrensgesetzes.

Hettenbach, Dieter

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Verwendung elektronischer Mitteilungen bei internationalen Verträgen

Band 212
2008. XXIX, 334 Seiten.

ISBN 9783161498046
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161513978
eBook PDF 74,00 €

Das UN-Übereinkommen über die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel bei internationalen Verträgen des UN-Ausschusses für internationales Handelsrecht UNCITRAL verfolgt das Ziel, allgemeine vertragsrechtliche Fragen des grenzüberschreitenden Gebrauchs elektronischer Kommunikationsmittel zu einer international einheitlichen Antwort zu führen.

Dabei befasst es sich vor allem mit dem Zeitpunkt und dem Ort der Abgabe elektronischer Erklärungen, zum Beispiel von E-Mails, und mit der Erfüllung von Formvorschriften auf elektronischem Wege. Außerdem setzt es sich mit der Abgrenzung zwischen Angeboten und unverbindlichen Erklärungen im Internet auseinander, regelt den Gebrauch von automatischen Nachrichtensystemen und Fehlerkorrekturmechanismen und geht auf Informationspflichten ein.

Dieter Hettenbach stellt den Anwendungsbereich und die einzelnen Bestimmungen des neuen Übereinkommens ausführlich und unter Darstellung ihrer Entstehungsgeschichte sowie ihres Zwecks vor. Zudem vergleicht er die inhaltlichen Regelungen des neuen Übereinkommens mit dem geltenden deutschen, europäischen und amerikanischen Recht.

Abschließend bewertet er die Vor- und Nachteile des Übereinkommens aus deutscher, europäischer und internationaler Sicht. Dabei stellt er sowohl einerseits die Bedeutung des Übereinkommens für andere Instrumente der Rechtsvereinheitlichung – insbesondere das UN-Kaufrecht – als auch andererseits den begrenzten Regelungsbereich der neuen Konvention dar.



Stehl, Kolja

Die Überwindung der Inkohärenz des Internationalen Privatrechts der Bank- und Versicherungsverträge

Band 211
2008. XVIII, 398 Seiten.

ISBN 9783161496844
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161513961
eBook PDF 74,00 €

Das Internationale Privatrecht der Bank- und Versicherungsverträge ist gegenwärtig in verschiedenen Rechtstexten enthalten. Das Übereinkommen von Rom über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht von 1980 erfasst neben den Bankverträgen nur einen Teil der Versicherungsverträge. Die verbleibende Lücke wird zum einen durch das Internationale Privatrecht der Versicherungsrichtlinien und zum anderen durch Kollisionsnormen rein nationalen Ursprungs geschlossen. Da die Rechtstexte bei der Bestimmung der anwendbaren Rechtsordnung verschiedene Konzepte verfolgen, zeichnet sich das geltende Internationale Privatrecht der Bank- und Versicherungsverträge durch einen Mangel an Kohärenz aus.

Kolja Stehl stellt sich die Aufgabe, diese Inkohärenz zu überwinden. Den Ausgangspunkt bildet dabei die These, dass *de lege ferenda* Bank- und Versicherungsverträge im Internationalen Privatrecht einer gemeinsamen Regelung unterworfen werden sollten. Diese These wird von der Vorstellung getragen, dass auf die kollisionsrechtliche Behandlung der Vertragsbeziehungen, die Banken und Versicherer zu ihren Kunden unterhalten, vergleichbare Gestaltungsfaktoren einwirken. In beiden Fällen gilt es, das Ziel, grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen zu ermöglichen, mit dem Schutzbedürfnis bestimmter Kunden in Einklang zu bringen. Der Autor schlägt vor, im Zuge der Umwandlung des Übereinkommens von Rom in ein Gemeinschaftsinstrument und anlässlich seiner Aktualisierung das Internationale Privatrecht der Bank- und Versicherungsverträge neu zu gestalten und zusammenzuführen.

Tochtermann, Peter

Die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Mediators

Band 210
2008. XXIX, 318 Seiten.

ISBN 9783161498572
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161513954
eBook PDF 69,00 €

Die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Mediators ist zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Mediation. Peter Tochtermann untersucht, welche Anforderungen an die unparteiische Verfahrensleitung des Mediators zu erheben sind. In einem Rechtsvergleich mit den USA entwickelt er eigene, auf den andersartigen Verfahrenskarakter der Mediation zugeschnittene Ansätze, wie die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Mediators sichergestellt werden kann. Dabei differenziert er zwischen Mediationsverfahren, die ohne Anbindung an das Gerichtswesen durchgeführt werden, und solchen, die unter der Ägide der Justiz stattfinden. Nach einer Klärung der Konzepte der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, der Herleitung der Pflicht zur unbefangenen Leitung des Mediationsverfahrens sowie einer Analyse der Wechselwirkungen zwischen der Rolle des Mediators und dem Ausmaß, in dem seine Unabhängigkeit und Unparteilichkeit gewährleistet sein muss, widmet sich der Autor der Frage, welche Mechanismen vor, während und nach Abschluss der Mediation die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Mediators sicherstellen können. Hier untersucht er neben den Regelungen des anwaltlichen und notariellen Berufsrechts rechtsvergleichend geeignete verfahrensrechtliche Mechanismen wie Beschwerde- und Ablehnungsverfahren sowie die Effizienz vertragsrechtlicher Mechanismen, mittels derer ein durch einen befangenen Mediator beeinflusster Vergleich aufgehoben werden kann. Schließlich analysiert der Autor hybride Verfahrensformen, die sich aus der Kombination von Mediations- und Schiedsverfahren ergeben.

